

**Hochschule Merseburg
Fachbereich Soziale Arbeit. Medien. Kultur
Studiengang MA Angewandte Medien- und Kulturwissenschaft**

Masterarbeit zur Erlangung

des Grades MA Kulturwissenschaft

Nina Heise

**Kultur als Motor der Stadtentwicklung.
Aktuelle Herausforderungen der Stadtentwicklung und
Ansatzpunkte für den Einsatz von Kultur in der Stadtentwicklung
am Beispiel der Stadt Duisburg.**

Erstgutachterin: Prof. Dr. phil. Maria Nühlen
Zweitgutachter: Prof. Dr. phil. Paul D. Bartsch

Matrikelnummer: 19732
Anschrift: Mainstraße 49
47051 Duisburg
Email-Adresse: nina.heise@live.de
Mobiltelefon: 0177-2957324
Festnetztelefon: 0203-66983278
Abgabedatum: Mai 2017

*„Science may lead us to the right answers,
but the arts enable us to pose the right questions.“*
(Council of Europe zit. nach Houben 2003:46)

Inhaltsverzeichnis

Inhaltsverzeichnis	I
1 Einleitung	1
1.1 Einführung in das Thema	2
1.1.1 Strukturwandel in den Städten.....	2
1.1.2 Thematische Schwerpunkte	4
1.2 Methodisches Vorgehen	6
1.2.1 Zielsetzung	6
1.2.2 Fragestellung	7
1.3 Aufbau der Arbeit	8
2 Herausforderungen des städtischen Wandels	10
2.1 Herausforderung I: Das Selbstverständnis der Städte	10
2.1.1 Das absolute und das relativistische Raumverständnis.....	10
2.1.2 Der relationale Raumbegriff nach Löw	11
2.1.3 Erneuerter Selbstverständnis von Stadt und Stadtplanung	13
2.1.4 Erneuerte Aufgabenstellung der Stadtplanung.....	14
2.2 Herausforderung II: Die Postmoderne	16
2.2.1 Der Begriff der Postmoderne	17
2.2.2 Die postmoderne Gesellschaft im 21. Jahrhundert.....	21
2.2.3 Anforderungen der postmodernen Gesellschaft an Stadt.....	25
2.3 Zwischenbetrachtung	29
3 Kultur als Bewältigungsstrategie	34
3.1 Kultur in der Stadt	34
3.1.1 Der erweiterte Kulturbegriff in der kommunalen Kulturpolitik.....	35
3.1.2 Das Tätigkeitsfeld der Kulturpolitik	38
3.2 Stadtkultur	41
3.2.1 Stadtkultur - mehr als Kultur in der Stadt.....	41
3.2.2 Voraussetzungen einer lebendigen Stadtkultur	44
3.3 Kultur als Element von Stadtkultur	54
3.3.1 Die Identität des Einzelnen und des Ortes	55
3.3.2 Kultur in ihrer Funktion als Identifikationsgegenstand	61
3.4 Zwischenbetrachtung	69
4 Vorgehen der Stadt Duisburg	73
4.1 Rahmenbedingungen	74
4.1.1 Leipzig Charta zur nachhaltigen europäischen Stadt	74
4.1.2 Kulturentwicklungsplanung auf kommunaler Ebene	75
4.2 Prozessbeschreibung	76
4.2.1 Vorgehen der Verwaltung	76
4.2.2 Ablauf des Entwicklungsprozesses	78
4.3 Ergebnisse	79
4.3.1 Beschlussvorlage.....	79
4.3.2 Kritische Betrachtung.....	86
4.3.3 Instrumentalisierung der Kultur.....	87
5 Schlussbetrachtung	90
5.1 Zusammenfassung	90
5.2 Fazit	93
6 Literaturverzeichnis	I

1 Einleitung

„Das sieht hier aus wie der Todesstern“¹ zitiert der Journalist Frank Patalong in dem Buch über seine ehemalige Heimat. Zur Erläuterung schreibt er:

„Das ist ein Kompliment. Denn das Ruhrgebiet war ein ähnlich Größenwahnsinniges Projekt wie der künstliche Mond in den 'Star Wars'-Filmen. Der Todesstern wie die Region entstanden zu einem einzigen Zweck: Jener sollte Planeten zerstören, der Pott sollte Stahl und Waffen produzieren. Man muss sich nun einmal vorstellen, die Besatzung des Todessterns erhält plötzlich das Kommando: Wir brauchen keine Planetenzerstörer mehr. Ihr könnt ruhig hierbleiben, aber macht mal etwas anderes. Schwer vorstellbar. Und dennoch ergeht es dem Ruhrgebiet genau so.“²

Ein überspitzter und dennoch treffender Vergleich zu einer monostrukturell geprägten Region, der ihre einstige Existenzgrundlage bereits vor Jahrzehnten entzogen wurde. Inzwischen sind die Kohlevorkommen in erreichbarer Tiefe nahezu erschöpft, die Arbeitsplätze in der Stahlproduktion sind rar und der Kohlebergbau wird mit dem Ende der Subventionierung im Jahr 2018 endgültig eingestellt werden. Dennoch sind die Menschen bis heute geblieben und mit ihnen die Frage nach der Zukunft einer Industrieregion in postindustriellen Zeiten.

Werfen wir zunächst einen Blick auf die bisherigen Entwicklungen. Nach der strukturell bedingten Kohlekrise erlebt das Ruhrgebiet in den sechziger Jahren einen massiven Verlust an Arbeitsplätzen, der die Region in den darauffolgenden Jahren grundlegend prägte. Andere Industriezweige und der Dienstleistungssektor verfügen damals nicht über ausreichende Kapazitäten, um die plötzlich losbrechende Arbeitslosenwelle aufzufangen. Somit begann eine Suche nach Alternativen für das Ruhrgebiet, die bis heute nicht abgeschlossen ist.

Doch auch wenn eine Patentlösung bisher nicht gefunden wurde, entwickelt sich die Region kontinuierlich weiter. Die verbliebene industrielle Produktion ist mittlerweile ins Ausland verlegt oder vollständig eingestellt worden. Im Gegenzug ist der Dienstleistungsbereich zum bedeutendsten Wirtschaftssektor herangewachsen, der mehr als drei Viertel aller Beschäftigten trägt.³ Und trotz dieser soliden Entwicklung zeigt sich die Region *„jünger, unfertiger und entwurzelter als jede Millionen-Gegend Deutschlands. Daran ändert auch der Malocherkult nicht viel“⁴*, der gerne aus Ermangelung einer historischen Identität oder Tradition herangezogen wird, um das Ruhrgebiet überregional zu vermarkten.

¹ Lischka und Patalong 2011:8.

² Lischka und Patalong 2011:8f.

³ Vgl. Regionalverband Ruhr 2015:online.

⁴ Lischka 2010:online.

Neue Impulse für die strategische Entwicklung der Region zeichnen sich seit der Jahrtausendwende ab. Inzwischen haben auch andere ehemalige Industriestandorte, neben der erhöhten Arbeitslosigkeit, mit weiteren Folgen des Strukturwandels zu kämpfen, sodass sich mittlerweile eine internationale Debatte über die Zukunft postindustrieller Städte herausgebildet hat. Hierbei geht es um die Bewältigung des Transformationsprozesses zur postmodernen Stadt, wobei neben neuen ökonomischen Grundlagen, auch der Umgang mit Brachflächen und Industriebrachen thematisiert wird, die Erarbeitung neuer standortbezogener Images, eine politische und planerische Steuerung und begleitende soziale Maßnahmen.⁵ Diskutiert werden ökologische und nachhaltige Lösungen, die zudem möglichst zu der Gesamtentwicklung einer Stadt beitragen sollen.

In diesem Rahmen erfahren in der letzten Zeit vor allem kulturelle Ansätze eine steigende Popularität. Nicht zuletzt der Slogan *Wandel durch Kultur - Kultur durch Wandel*, mit dem das Ruhrgebiet im Jahr 2010 zum Kulturhauptstadtjahr antrat, verdeutlicht die zunehmende Tendenz, Kultur als Strategie in der Regional- und Stadtentwicklung einzusetzen. Hier wird Kultur oftmals als *Motor des Strukturwandels* beschrieben.⁶

Gleichzeitig wird der Einsatz von Kultur in der Stadtentwicklung in Frage gestellt. Kritiker warnen vor einem übertriebenen Glauben an die Potentiale der Kultur und bemängeln die Delegation städtischer Problemlagen.⁷ Die vorliegende Arbeit soll einen wissenschaftlichen Beitrag zu dieser Diskussion leisten, indem sie die Rolle der Kultur in der Stadtentwicklung näher definiert.

1.1 Einführung in das Thema

Die Arbeit beschäftigt sich mit der *Rolle der Kultur in der Stadtentwicklung*. Dieses Thema ergibt sich aus dem Kontext des Strukturwandels, der mit dem Rückgang der industriellen Produktion in Europa Mitte des zwanzigsten Jahrhunderts einsetzte und bis heute nicht abgeschlossen ist.

1.1.1 Strukturwandel in den Städten

In den vergangenen Jahrzehnten änderten sich nicht nur die ökonomischen Voraussetzungen, der Strukturwandel vollzieht sich ebenfalls auf der sozialen und kulturellen Ebene. Diese drei Aspekte stellen zugleich die „*maßgebliche[n] Elemente dessen, was Gesellschaft ausmacht*“⁸ dar, wodurch der Strukturwandel im Folgenden als Wandel von der Industriegesellschaft zu einer Gesellschaftsform betrachtet werden soll, in der

⁵ Vgl. Projektbericht „Die postindustrielle Stadt ...“ 2006:180f.

⁶ Vgl. Thoben o. J.:7.

⁷ Vgl. Haselbach u. a. 2012:171f.; Vgl. Holtmann und Chodzinski 2008:10.

⁸ Müller 2014:1.

das wirtschaftliche, soziale und kulturelle Leben nicht mehr primär durch die Bedingungen der industriellen Produktion geprägt ist.

In allgemeinen Zusammenhängen wird häufig der Begriff der *postindustriellen Gesellschaft* angewandt. An dieser Stelle muss eine Abgrenzung der postindustriellen von der postmodernen Gesellschaft erfolgen, da beide zwar technologische Veränderungen als Ausgangspunkt haben, die postindustrielle Gesellschaft jedoch eine Fortsetzung und Steigerung der Moderne und nicht deren Revision verfolgt.⁹ Diese Revision spielt jedoch gerade mit Blick auf die strategische Entwicklung von Städten eine bedeutende Rolle, weshalb im weiteren Verlauf der Begriff der *postmodernen Gesellschaft* Anwendung finden soll. An den Stellen im Text, an denen der Begriff *postindustriell* verwendet wird, bezieht sich dieser nicht auf eine Gesellschaftsform, sondern auf den geografischen Raum, der wie im Folgenden dargestellt durch die Industrialisierung geprägt ist.

In den letzten Jahrzehnten nimmt der Strukturwandel in den postindustriellen Städten immer deutlichere Formen an. Hier zeigt sich, dass „jede gesellschaftliche Veränderung auch eine räumliche Veränderung“¹⁰ darstellt. Vor allem im Ruhrgebiet ist dies darauf zurückzuführen, dass sich die landwirtschaftlich geprägten, dörflichen Strukturen erst im Rahmen der Industrialisierung zu Städten ausbildeten. Damals entstanden in kürzester Zeit und in direkter Umgebung der industriellen Produktionsstätten Siedlungsstrukturen, die den Beschäftigten in der Industrie eine direkte Nähe zum Arbeitsplatz boten. Die damals errichteten Städte wurden somit auf die Anforderungen der Industriegesellschaft zugeschnitten.

Während die *Urbanisierung* im Zuge der Industrialisierung rasant zunahm, setzt durch den wirtschaftlichen Aufschwung in den fünfziger Jahren die *Suburbanisierung* ein. Die Verstädterung wurde somit abgelöst durch eine verstärkte Abwanderung der Stadtbewohner in neu erschlossene Eigenheimsiedlungen an den Rändern der Städte. Zurück blieben damit industrielle Stadtstrukturen und eine zersiedelte Region, die den Anforderungen der postmodernen Gesellschaft an ihren Lebensraum heutzutage nicht mehr gerecht werden können.

Der Strukturwandel stellt die postindustriellen Städte also vor weitreichende Aufgaben. Zum einen ist der Rückbau und die Sanierung der im Ruhrgebiet durchgehend schlechten Gebäudestrukturen, teilweise sogar ganzer Siedlungen zu bewältigen, die ursprünglich nur auf Zeit errichtet wurden, da bereits damals die Erschöpfung der Kohlevorkommen absehbar war.¹¹ Auf der anderen Seite wird jedoch immer deutlicher,

⁹ Vgl. Welsch 1997:27.

¹⁰ Vogelpohl 2012:6.

¹¹ Vgl. Lischka 2010:online.

dass der Strukturwandel durch städtebauliche Eingriffe allein nicht mehr nachhaltig bewältigt werden kann. Städte sind also zusätzlich gefordert, sich stärker mit der gesellschaftlichen Dimension des Strukturwandels auseinander zu setzen und somit soziale, kulturelle und ökonomische Faktoren in städtische Entwicklungsstrategien einzubinden, um den Transformationsprozess zur postmodernen Stadt bewältigen zu können.

Vor diesem Hintergrund soll im Folgenden die Rolle der Kultur in der Stadtentwicklung untersucht werden. In den Blick zu nehmen ist zum einen, welche Erwartungen seitens der Städte in die Kultur gesetzt werden, und zum anderen, welche Funktionen Kultur in diesem Rahmen tatsächlich erfüllen kann.

1.1.2 Thematische Schwerpunkte

Im Fokus der Betrachtung stehen im weiteren Verlauf die *Stadt* und ihre Herausforderungen, aber auch die *Kultur* und ihre Möglichkeiten.

Zunächst ist die *Stadt* in den Blick zu nehmen. Die wissenschaftliche Betrachtung der Stadt beginnt bereits kurz nach dem Einsetzen der Urbanisierung. Für den urbanen Raum, als Gegenstand der Forschung, interessieren sich durch seine Mehrdimensionalität von Beginn an unterschiedliche Disziplinen. Zu einer Etablierung der Stadt- und Raumforschung als eigenständige wissenschaftliche Disziplin ist es jedoch nie gekommen, sodass diese als eine interdisziplinäre Forschungsrichtung aufgefasst werden muss.

Historisch gesehen, betätigten sich auf dem Gebiet der *Stadtforschung*, mit Ausrichtung auf die räumlich-baulichen Strukturen, lange Zeit die Geografie und später auch die Architektur. Zu Beginn des zwanzigsten Jahrhunderts folgte schließlich die Soziologie, die erstmals die Beziehung von Stadt und sozialen Verhältnissen in das Zentrum ihrer Forschung stellt. Wichtige Vorarbeiten für eine eigenständige *Stadtsoziologie* lieferte damals die durch Robert E. Park begründete *Chicagoer Schule*, die sich unter anderem mit dem Phänomen der Desintegration auseinandersetzt.

Schließlich erfuhr das frühe Interesse am städtischen Raum durch den Zweiten Weltkrieg eine jähe Zäsur und auch danach dauerte es Jahre, bis die Thematik sich wissenschaftlich rehabilitiert hatte, da die „in Deutschland gebräuchliche Raumsemantik die nationalsozialistischen Expansionsbestrebungen begleitet hatte und nach dem Zweiten Weltkrieg nachhaltig diskreditiert war.“¹²

Erst seit Mitte des zwanzigsten Jahrhunderts fand der Raum als kulturelle Größe in den Kultur- und Sozialwissenschaften wieder eine verstärkte Beachtung. Der Soziologe Michel Foucault schreibt hierzu: „Die große Obsession des 19. Jahrhunderts war

¹² Lossau 2012:185.

bekanntlich die Geschichte [...]. Unsere Zeit ließe sich dagegen eher als Zeitalter des Raumes begreifen.“¹³ Foucault beobachtete damals eine verstärkte wissenschaftliche Auseinandersetzung mit den sich verändernden gesellschaftlichen Voraussetzungen. Diese Veränderung ging einher mit historischen Ereignissen, wie der Mondlandung, der allmählichen Auflösung der Ostblock-Staaten und der Erfindung des Internet, was letztlich dazu führte, dass das Raummodell des Behälters an seine Grenzen stieß und zugunsten eines erweiterten Raumverständnisses revidiert werden musste.¹⁴ Die Erkenntnis, dass der Raum nicht mehr als Territorium begriffen werden kann, hat zur Folge, dass der Zusammenhang zwischen Raum und Gesellschaft grundsätzlich neu gedacht werden muss. Mit dieser Aufarbeitung ist die Stadt- und Raumforschung seither befasst. Vor allem die Soziologin Martina Löw (2001) liefert mit ihrer *Raumsoziologie*, in der sie einen relationalen Raumbegriff entwickelt, einen fundamentalen Beitrag zum heutigen Verständnis des städtischen Raumes.

Für die von Foucault beschriebene Zeitenwende führt der Humangeograph Edward W. Soja (1989) in seinem Buch *Postmodern Geographies* den Begriff *spatial turn* ein. Dieser bestimmt seither terminologisch die Raumdebatte, bezieht sich jedoch anfangs noch gar nicht auf die „epochale transdisziplinäre Umwälzung, die Soja heute mit dem Begriff verbunden wissen will“.¹⁵ Nach Döring und Thielmann wird aus heutiger Sicht jedoch deutlich, dass der damals beobachtete Umbruch als Übergang von der Moderne in das postmoderne Zeitalter einzuordnen ist.¹⁶

Mit diesem fundamentalen gesellschaftlichen Wandel setzt sich der Philosoph Wolfgang Iser (1997) im Rahmen seines Werkes *Unsere Postmoderne Moderne* eingehend auseinander. Hieraus ist die gegenwärtige Verfasstheit der Gesellschaft abzuleiten. Der Soziologe Albrecht Göschel (2001) greift die gesellschaftliche Situation auf und beschreibt in seinem Aufsatz über *Stadtkultur zwischen Universalismus und Identität* die Ansprüche, die eine postmoderne Gesellschaft an das Leben in den Städten stellt. In diesem Rahmen stellen sich die aktuellen gesellschaftlichen Herausforderungen dar, mit denen Städte im Wandel konfrontiert sind.

Den zweiten Schwerpunkt der vorliegenden Arbeit stellt die *Kultur* dar. Auch wenn der Kultur durch Politik und Wirtschaft in den letzten Jahren eine wachsende Bedeutung für die Stadtentwicklung zugeschrieben wird, stellt sich die Forschungslage zur *Bedeutung der Kultur für die Stadtentwicklung* äußerst begrenzt dar.¹⁷ Aus diesem Grund ist es im Folgenden unumgänglich, neben kulturwissenschaftlichen Theoriemodellen, Er-

¹³ Foucault 2006:317.

¹⁴ Vgl. Löw 2015:online.

¹⁵ Döring und Thielmann 2008:8.

¹⁶ Vgl. Döring und Thielmann 2008:8f.

¹⁷ Vgl. Kirchberg 2016:14.

kenntnissen aus ergänzenden wissenschaftlichen Bereichen heranzuziehen, die auf Kultur im städtischen Raum Bezug nehmen.

Bevor in den Blick genommen werden kann, wie Kultur in der Stadt zur Förderung des städtischen Wandels einzusetzen ist, ist zunächst zu betrachten, wie diese sich überhaupt in der Stadt manifestiert. Hier ist besonders die *Kulturpolitik* in die nähere Betrachtung aufzunehmen, welche je nach verwendetem Kulturbegriff unterschiedliche Bereiche des kulturellen Lebens in den Städten fördert. Zudem ist der Fokus auf den *Kulturbegriff* zu legen, der im Zuge des Wandels zur postmodernen Stadt Verwendung finden sollte. Letztlich ist zu beschreiben, wie Kultur gefördert werden kann, um aktuellen gesellschaftlichen Herausforderungen zu begegnen. In diesem Zuge geht der Soziologe Walter Siebel (1994) in seinem Aufsatz *Was macht eine Stadt urban?* näher auf den Begriff der Stadtkultur ein, der auf ein lebendiges Zusammenleben in den Städten zielt. Dessen Wiederherstellung wird gleichzeitig in der Stadtentwicklung durch Kultur angestrebt.

Neben den vielfältigen wissenschaftlichen Erkenntnissen und Werken, die in diesen Themenbereich Eingang finden, ist ein besonderes Augenmerk auf das Werk *Urbane Orte* der Soziologin Martina Baum (2008) zu legen, in welchem sie ein aktuelles Konzept von Stadtkultur in der postmodernen Stadt entwickelt und gleichzeitig inhaltliche Ansatzpunkte liefert, um Kultur zur Förderung einer lebendigen Stadtkultur zu instrumentalisieren.

1.2 Methodisches Vorgehen

1.2.1 Zielsetzung

Die vorliegende Arbeit befasst sich mit der wissenschaftlichen Aufarbeitung der Rolle der Kultur in der Stadtentwicklung. Aus der Gegenüberstellung der zugeordneten Rolle in der Stadtentwicklung und der tatsächlichen Funktion, die Kultur aus wissenschaftlicher Perspektive erfüllen kann, sollen Rückschlüsse über die Wirksamkeit kultureller Ansätze der Stadtentwicklung gezogen werden. Ebenso sollen Ansatzpunkte zur Weiterentwicklung kultureller Strategien beschrieben werden.

Die praktische Relevanz dieser Arbeit liegt somit in der Konkretisierung der Potentiale und Erfolgsaussichten kultureller Strategien. Die Ergebnisse bilden die Grundlage für einen gezielteren Einsatz von Kultur im Rahmen der Stadtentwicklung und es ergeben sich hieraus Ansatzpunkte zur Erneuerung kulturpolitischer Aufgabenfelder vor dem Hintergrund des Wandels zur postmodernen Gesellschaft.

Die wissenschaftliche Relevanz liegt in der Schärfung des Kulturbegriffs, im städtischen Kontext und vor dem Hintergrund des Strukturwandels. Diese Spezifizierung

wird einerseits notwendig, da der Begriff der Kultur durch seine unbestimmte Verwendung, vor allem in interdisziplinären Zusammenhängen, wie der Stadtentwicklung, eine zunehmend inflationäre Behandlung erfährt. Andererseits stellt eine präzise Begriffsbestimmung die Grundlage für eine intensivere Auseinandersetzung im Rahmen der Stadt- und Raumforschung mit der Bedeutung von Kultur im städtischen Kontext dar. Letztlich soll der Marginalisierung von Kultur im wissenschaftlichen sowie im politischen Kontext entgegengewirkt werden.

1.2.2 Fragestellung

Im weitesten Sinne behandelt die vorliegende Arbeit die Frage, ob der Transformationsprozess zur postmodernen Stadt durch den Einsatz von Kultur in der Stadtentwicklung bewältigt werden kann. Die Frage zielt auf die Identifizierung der konkreten Herausforderungen des Strukturwandels und der hieraus erwachsenden Erwartungen der Städte an die Kultur. Zum anderen sind die tatsächlichen Funktionen der Kultur zu analysieren und die Erwartungen der Städte mit den tatsächlichen Potentialen der Kultur abzugleichen. Um sich dieser allgemeinen Fragestellung zu nähern, schließen sich die folgenden Forschungsfragen an.

1. Kultur in der Stadtentwicklung aus Sicht der Städte

- 1.1 Vor welchen Aufgaben stehen Städte durch den Strukturwandel?
- 1.2 Wie können sich Städte diesen Herausforderungen stellen?
- 1.3 Welche Funktion ist Kultur in diesem Rahmen zugeordnet?

2. Kultur in der Stadtentwicklung aus Sicht der Kulturwissenschaft

- 2.1 Wie stellt sich Kultur im Kontext der Stadt dar?
- 2.2 Wie kann Kultur instrumentalisiert werden, um die ihr angedachte Funktion zu erfüllen?
- 2.3 Welche Aufgabenstellung ist daraus konkret für die Kultur in der Stadtentwicklung abzuleiten?

3. Rückschlüsse für den Einsatz von Kultur in der Stadtentwicklung im Transformationsprozess zur postmodernen Stadt

- 3.1 Wie wird Kultur in der Praxis der Stadtentwicklung instrumentalisiert?
- 3.2 Welche Ansatzpunkte ergeben sich zur Weiterentwicklung kultureller Strategien der Stadtentwicklung?

1.3 Aufbau der Arbeit

Da sich die Forschungslage zur Bedeutung von Kultur für die Stadtentwicklung sehr begrenzt darstellt, ist es notwendig, sich mittels Literaturstudien den beiden thematischen Schwerpunkten der Stadt und der Kultur zu nähern. Die beiden Themenbereiche sind vorab in sich zu explorieren, um letztlich Verbindungen zwischen den beiden Komplexen herstellen zu können und so das theoretische Fundament zur Bearbeitung der Fragestellung zu erhalten. Zur Behandlung der Fragestellung ist einerseits der gesellschaftliche Kontext und damit die Ausgangslage in den Städten zu untersuchen. Andererseits ist zu analysieren, wie sich die Städte konkret entwickeln müssen, um den strukturellen Wandel zu bewältigen. Letztlich ist die Rolle der Kultur in der Förderung dieser Entwicklung näher einzugrenzen.

In Kapitel 2 wird der Fokus auf die Herausforderungen gelegt, mit denen Städte durch den strukturellen Wandel konfrontiert sind. Zum einen sind diese, wie in Kapitel 2.1 beschrieben, vor dem Hintergrund des spatial turns gefragt, ein erneuertes Selbstverständnis zu entwickeln und daraufhin auch das Herangehen zur Planung und Entwicklung des städtischen Raumes zu verändern. Zum anderen müssen diese sich, wie Kapitel 2.2 verdeutlicht, stärker mit den gesellschaftlichen Anforderungen an den städtischen Raum auseinandersetzen, um eine nachhaltige städtische Entwicklung zu realisieren. Somit wird hier die gegenwärtige Verfasstheit der Gesellschaft näher beschrieben, aus der sich die konkreten gesellschaftlichen Herausforderungen ergeben, denen sich Städte im Zuge des Wandels zur postmodernen Stadt annehmen müssen. Hieraus ergibt sich die in Kapitel 2.3 benannte Aufgabenstellung der Herstellung einer lebendigen Stadtkultur, welche im Verlauf des folgenden Kapitels eingehender zu untersuchen ist.

In Kapitel 3 sind die Erscheinungsformen von Kultur in der Stadt in den Blick zu nehmen, um zu prüfen welche Rolle Kultur in Bezug auf eine lebendige Stadtkultur spielt und welche Funktion Kultur in diesem Rahmen tatsächlich erfüllen kann. Kapitel 3.1 geht zunächst darauf ein, wie Kultur in der Stadt in Erscheinung tritt. In Kapitel 3.2 wird schließlich der Zusammenhang zwischen der Kultur in der Stadt und der Stadtkultur hergestellt, wonach deutlich wird, dass beide Begriff nur partielle Schnittmengen aufweisen. Dennoch ergeben sich durchaus Ansatzpunkte, um eine lebendige Stadtkultur durch kulturelle Strategien zu fördern. Diese werden in Kapitel 3.3 konkretisiert.

In Kapitel 4 werden anhand der theoretischen Erkenntnisse, die Bestrebungen der Stadt Duisburg im Rahmen der Erstellung eines Kulturentwicklungsplans analysiert. Da sich die Stadt Duisburg im Vergleich zu allen Städten und Kreisen in Deutschland als

die Strukturschwächste darstellt,¹⁸ sind die Auswirkungen des Strukturwandels und die Erfolgsaussichten kultureller Strategien hier am deutlichsten zu analysieren. Bei der Analyse werden die Hintergründe und das Vorgehen zur Herstellung einer lebendigen Stadtkultur näher beleuchtet, ebenso wie die Ergebnisse, die aus dem partizipativen Prozess der Vorbereitung des Kulturentwicklungsplanes entstanden sind.

In der Schlussbetrachtung sind aus dem Vergleich der möglichen und der tatsächlichen Instrumentalisierung von Kultur in der Stadtentwicklung konkrete Rückschlüsse über die Wirksamkeit kultureller Ansätze in der Stadtentwicklung und die Notwendigkeit zur Erneuerung kultureller Strategien zu ziehen. Darüber hinaus lassen sich in Bezug auf die Stadt Duisburg und das Ruhrgebiet Aussagen darüber treffen, ob der Strukturwandel auf diesem Weg zu bewältigen ist.

¹⁸ Vgl. IW Consult o. J.: online.

2 Herausforderungen des städtischen Wandels

Der Transformationsprozess zur postmodernen Stadt stellt Städte im Allgemeinen und ehemalige Industriestandorte im Besonderen vor Herausforderungen in allen gesellschaftlichen Bereichen. Die Hintergründe wurden einleitend bereits erläutert. In diesem Kapitel sollen daran anknüpfend die Herausforderungen dargestellt werden, mit denen Städte im Wandel konfrontiert sind. Zum einen geht es hierbei um ein neues, postmodernes Selbstverständnis von Städten. In diesem Zusammenhang soll das erweiterte Raumverständnis erläutert werden, wonach Städte nicht mehr als Territorialräume, sondern als Ergebnis sozialer Handlungen zu begreifen sind. Zum anderen sollen die Anforderungen einer postmodernen Gesellschaft an ihren Lebensraum betrachtet werden. Hier soll zunächst eine Annäherung an den vieldiskutierten Begriff der Postmoderne erfolgen, um daraufhin eine Einschätzung der gesellschaftlichen Anforderungen an postmoderne Städte vornehmen zu können.

2.1 Herausforderung I: Das Selbstverständnis der Städte

Zunächst ist festzuhalten, dass sich bisher kein allgemein gültiger Stadtbegriff durchgesetzt hat, wodurch sich in verschiedenen Disziplinen unterschiedliche Beschreibungen des städtischen Raumes etabliert haben. Im Rahmen der Stadtplanung wurde die Stadt lange Zeit als Territorium aufgefasst. Nach dem erweiterten Raumverständnis, das sich seit dem *spatial turn* in der Stadt- und Raumforschung etabliert hat, ist diese Definition jedoch nicht länger haltbar. Der Wandel zur postmodernen Stadt erfordert die Erneuerung des Selbstverständnisses der Städte. Dieses stellt den Ausgangspunkt aller Strategien zur Bewältigung des Strukturwandels dar.

2.1.1 Das absolute und das relativistische Raumverständnis

Die klassische Stadtsoziologie geht ursprünglich von einer „*partiellen Einheit zwischen Territorium und Lebensstilen*“¹⁹ aus, setzt sich darüber hinaus jedoch nicht näher mit dem Raum auseinander. Dafür befassen sich die naturwissenschaftlichen Disziplinen, wie der Städtebau, die Architektur und die Raumplanung eingehend mit der Bestimmung des Raumes. Dieser wird hier als *Territorium* oder *Behälterraum* beschrieben und ist somit als ein neutrales Gefäß vorzustellen, das materielle und körperliche Objekte in sich aufnimmt. Der Raum stellt sich damit als absolut und gegeben dar. Gleichzeitig wird er zur geografischen Kategorie, in deren Rahmen Städte anhand ihrer Gebäude- und Infrastruktur in den Merkmalen der Dichte und Häufigkeit quantitativ bestimmbar sind. In den Sozialwissenschaften bildete sich, in Abgrenzung zum Modell

¹⁹ Frey und Koch 2011a:19.

des absoluten Raumes, ein *relativistisches Raumverständnis* heraus. Dieses geht von der Annahme aus, dass der Raum allein aus Beziehungsverhältnissen zwischen bewegten Körpern besteht und sich somit allein im Prozess des Handelns konstituiert. Bestehende räumliche Strukturen werden in diesem Konzept nicht berücksichtigt.

Im Rahmen des *spatial turn* wird letztlich deutlich, dass weder ein *absolutes*, noch ein *relativistisches Raumverständnis*, die sozialen und materiellen Lebenswelten adäquat erfassen kann, die zunehmend durch die Prozesse der „*Pluralisierung, Fragmentierung und Heterogenisierung*“²⁰ beeinflusst werden. Vielmehr ist eine ganzheitliche Sichtweise des Städtischen gefordert, welche die Wechselwirkungen von Raum und sozialem Handeln aufgreift. Somit bildet sich ein *erweitertes Raumverständnis* heraus, welches auf die unterschiedlichen Dimensionen des städtischen Raumes Bezug nimmt.

2.1.2 Der relationale Raumbegriff nach Löw

Um die einseitigen Raumkonstruktionen zu überwinden, entwickelte die Soziologin Martina Löw (2001) in ihrem Buch *Soziologie des Raumes* einen *relationalen Raumbegriff*. In diesem Rahmen beschreibt sie den städtischen Raum als Ergebnis und Voraussetzung von sozialem Handeln.²¹

Ursprünglich definierte der Soziologe Max Weber *soziales Handeln* als sinnhaftes Tun, das sich in seinem subjektiven Sinn auf das Verhalten anderer bezieht und daran in seinem Ablauf orientiert ist. Löw knüpft an diese Definition an und identifiziert im Rahmen des *sozialen Handelns* die analytisch voneinander abzugrenzenden Prozesse des *Spacing* und der *Syntheseleistung*.²²

Mit dem Prozess des *Spacing* bezeichnet Löw das Platzieren von sozialen Gütern und Menschen im Raum. Nach dem Soziologen Reinhard Keckel (1992) sind *soziale Güter* zu unterteilen in *primär materielle Güter*, worunter Gegenstände wie Tische, Stühle und Häuser, und *primär symbolische Güter*, worunter Lieder, Werte und Vorstellungen.²³ Soziale Güter sind nie ausschließlich materiell oder symbolisch. Menschen sind „in die Konstitution von Raum in zweierlei Hinsicht einbezogen. Zum einen können sie ein Bestandteil der zu Räumen verknüpften Elemente sein, zum zweiten ist die Verknüpfung selbst an menschliche Aktivität gebunden.“²⁴ Diese Aktivität besteht in der *Syntheseleistung*. Die *Syntheseleistung* beschreibt die Verknüpfungsleistung, durch die Ensembles von sozialen Gütern und Menschen zu einem Element zusammenge-

²⁰ Frey und Koch 2011(a):19.

²¹ Vgl. Volkmann 2012:40.

²² Vgl. Löw 2001:131.

²³ Vgl. ebd.:153.

²⁴ Ebd.:224.

fasst werden.²⁵ Dabei können nach Löw „*analytisch [...] drei Formen der Synthese unterschieden werden, das Synthetisieren in der Wahrnehmung, das in der Erinnerung und jenes in der abstrahierenden Vorstellung, wenn auch in der Praxis selten eine dieser drei Formen für sich existiert*“²⁶.

Löw unterscheidet bei der Konstitution von Räumen vier Ebenen sozialer Ungleichheit, die die Chancen Raum zu konstruieren einzeln oder in Kombination einschränken oder positiv begünstigen können. Zum einen nennt sie hier *finanzielle Verfügungsmöglichkeiten*, die sie als Reichtums-Dimension beschreibt, *Wissen oder Zeugnisse*, die sie als Wissens-Dimension bezeichnet, *Verfügungsmöglichkeiten über soziale Positionen*, die sie als Rang-Dimension aufzeigt und *(Nicht)Zugehörigkeit*, die die Assoziationsdimension darstellt.²⁷

Die beschriebenen Prozesse der Raumkonstitution manifestieren sich an Orten. Diese sind demnach unauflöslich mit Räumen verwoben. Orte sind, im Sinne der Stelle, Voraussetzung für die Raumkonstitution. Räume werden zwar im Handeln konstituiert, sind jedoch nicht beliebig platzierbar, sondern an Orten lokalisiert. Einstein definiert Orte als „*mit einem Namen bezeichnete (kleine) Teile der Erdoberfläche*“²⁸, wodurch sie eine konkret markierbare und benennbare Stelle darstellen. Gleichzeitig entsteht erst durch die Platzierung ein Bewusstsein für den Ort. Dieser wird durch Platzierungen also erst kenntlich gemacht. Der Ort ist somit „*Ziel und Resultat der Platzierung*“²⁹ und nicht, wie soziale Güter oder Menschen, selbst platziertes Element. Ebenso wenig sind Orte mit den platzierten sozialen Gütern und Lebewesen identisch, da Orte über einen bestimmten Zeitraum hinweg auch allein durch die symbolische Wirkung von ehemals Platziertem existent bleiben können. Ein Beispiel hierfür stellt der Ground Zero in New York dar, der trotz des nicht mehr vorhandenen World Trade Centers noch immer über eine symbolische Wirkung verfügt. Mit der analytischen Trennung zwischen Raum und Ort ist gleichzeitig die Möglichkeit der parallelen Konstitution mehrerer Räume an einem Ort gegeben.

Löw definiert Räume schließlich als „*eine relationale (An)Ordnung von Lebewesen und sozialen Gütern an Orten*“³⁰ Der Begriff der *relationalen (An)Ordnung* verweist zum einen auf die Strukturdimension des Raumes, also darauf, dass Räume geordnet sind, und zum anderen auf die Handlungsdimension, also darauf, dass Räume das Ergebnis eines Prozesses des Anordnens von Elementen sind.³¹ Raum kann somit nicht mehr

²⁵ Vgl. Löw 2001:160.

²⁶ Ebd.:199.

²⁷ Vgl. Ebd.:214

²⁸ Einstein zit. nach Löw 2001:199.

²⁹ Löw 2001:198.

³⁰ Ebd.:212.

³¹ Vgl. Löw 2001:214.

nur als gegeben vorausgesetzt werden. Räume werden im sozialen Handeln geschaffen und strukturieren gleichzeitig als räumliche Strukturen, eingelagert in Institutionen, das Handeln vor. Die gebauten und platzierten Elemente des Raumes stellen also Strukturierungsangebote dar, die erst in der Nutzung sozial relevant werden. „Der Behälterraum oder das Territorium ist hierbei eine mögliche, wenn auch vergleichsweise seltene Form der Raumkonstruktion.“³²

2.1.3 Erneuerter Selbstverständnis von Stadt und Stadtplanung

Mit dem relationalen Raumbegriff implementiert Löw in der Soziologie eine neuartige Betrachtungsweise von Räumen, die seither eine Vielzahl raumbezogener Konzepte beeinflusst. Darüber hinaus haben ihre Erkenntnisse über die Konstitutionsweise von Räumen einen direkten Einfluss auf die Praxis der Stadtplanung. Für den Verlauf der vorliegenden Arbeit bildet der relationale Raumbegriff somit die Grundlage für ein erneuertes Selbstverständnis von Städten, welches gleichzeitig zu einem veränderten Planungsverständnis in der Stadtplanung führt.

Den zentralen Ausgangspunkt für ein erneuertes Selbstverständnis bildet die Aussage, dass städtische Räume Ergebnis und Voraussetzung von sozialem Handeln sind.³³ Konkret stellt sich Raum damit vor allem als soziale Kategorie dar, also als *space*. Der städtische Raum ist somit als gesellschaftlicher Raum zu betrachten, der wesentlich durch ökonomische, rechtliche, soziale und kulturelle Strukturen definiert wird, welche das soziale Handeln leiten. Der konkrete Ort oder *place* stellt den Hintergrund für den gesellschaftlich produzierten Raum dar und strukturiert das soziale Handeln als physische Dimension.

Die Einbeziehung der sozialen, wie auch der physischen Dimension in das erweiterte Raumverständnis eröffnet eine *integrierte Sichtweise* auf Städte. Diese stellt die Stadtplanung vor neue Herausforderungen. In ihrem traditionellen Selbstverständnis befasst sich die Stadtplanung „im wesentlichen mit der räumlichen Fixierung von Flächennutzungen und der Steuerung von städtebaulichen Entwicklungsprozessen [sic]“³⁴. Dieses Planungsverständnis stellt sich jedoch zur Herstellung und Entwicklung postmoderner Städte und gerade in Bezug auf die damit einhergehende Diskussion um die *Kreativität* und *Vitalität* der Städte, als unzureichend dar.³⁵ Nach dem Stadt- und Raumplaner Bernd Streich erfordert die integrierte Sichtweise auf den städtischen Raum eine *interdisziplinäre Herangehensweise*, denn nur „das synergetische Zusammenwirken verschiedener Disziplinen [...] [kann] den komplexen Geschehnissen künftiger Stadtpla-

³² Löw 2015: online.

³³ Vgl. Volkmann:40.

³⁴ Streich 2005:39.

³⁵ Vgl. Ebd.

nung gerecht³⁶ werden. Er konstatiert somit die Notwendigkeit des Verständnisses von Stadtplanung als *meta urban discipline*, wonach Städte nur vollständig zu verstehen sind, wenn sie aus unterschiedlichen Perspektiven betrachtet werden.³⁷ Die Forderung nach einer interdisziplinären Herangehensweise weist gleichzeitig darauf hin, dass sich der Aufgabenbereich der Stadtplanung durch eine intergierte Sichtweise deutlich erweitert. Somit muss nicht nur das Planungsverständnis erneuert, sondern auch die Aufgabenstellung der Stadtplanung neu definiert werden.

2.1.4 Erneuerte Aufgabenstellung der Stadtplanung

Eine neue Aufgabenstellung ergibt sich aus der Betrachtung des städtischen Raumes als Voraussetzung und Ergebnis sozialen Handelns. Hiernach setzt die Herstellung des städtischen Raumes als *soziales Gebilde* zunächst die Platzierung des Menschen im Raum voraus. Zur Aufgabe der Stadtplanung wird es somit, Orte für den Menschen zu schaffen, die eine eindeutige *Aufenthaltsqualität* bieten.

Diese Aufgabe umfasst jedoch nicht nur die Ergänzung der natürlichen Bausteine des Raumes durch soziale Güter, wie Gebäude oder Sitzgelegenheiten. Damit eine *räumliche Atmosphäre* entstehen kann, welche die Aufenthaltsqualität fördert, muss die bauliche Gestaltung vor allem die Erschaffung eines sinnlichen Eindrucks zum Ziel haben. Dies erfordert, neben der Aufmerksamkeit für Form und Funktion, auch die Bezugnahme auf nicht-materielle Faktoren, wie Licht, Materialität, Klang, Proportionen und Temperatur.³⁸

Diese Anforderung bezieht sich nicht nur auf die Gestaltung einzelner baulicher Elemente, sondern ebenfalls auf den *Ort als Ganzes*. Die einzelnen Elemente müssen in Beziehung zueinander gesetzt, also aufeinander abgestimmt werden, damit ein stimmiger Gesamteindruck entstehen kann. In diesem Sinne plädiert der Architekt Charles Jencks dafür, „*Städte als Landschaften*“³⁹ zu interpretieren. Die *Atmosphäre* trägt somit dazu bei, dass der Ort auf den Menschen eine subjektiv-symbolische Wirkung entfaltet und entscheidet darüber, wie der Ort wahrgenommen, erinnert oder vorgestellt wird. Auf der baulichen Ebene ist folglich die Kulisse zu gestalten, die das Entstehen städtischer Räume ermöglicht.

Bei der Entstehung städtischer Räume spielt jedoch nicht allein der ästhetische Eindruck des Ortes eine Rolle. Die symbolische Wirkung, die ein Ort entfaltet, gründet vor allem auf der *subjektiven Erfahrung* des städtischen Raumes im sozialen Handeln. Die Ermöglichung von sozialem Handeln stellt sich somit als zweite Aufgabenstellung der

³⁶ Streich 2005:39.

³⁷ Vgl. hierzu Landry 2008:166.

³⁸ Vgl. Reicher 2014:14ff.

³⁹ Jencks zit. nach Welsch 2009:39.

Stadtplanung dar. Der Definition nach ist soziales Handeln immer *zwischenmenschlich* und findet in privaten oder öffentlichen Situationen statt.⁴⁰ Um soziales Handeln zu ermöglichen, muss sich die Stadtplanung mit der Herstellung von Öffentlichkeit im städtischen Raum befassen. Im Zusammenhang mit Städten stellen sich zwei Formen der Öffentlichkeit dar. Einerseits bezieht sich der Begriff der *Öffentlichkeit* auf „*städtische Bereiche außerhalb der Wohnungen und Arbeitsstätten mit besonders hoher Kommunikationsdichte*“⁴¹. Darüber hinaus kann sich „*Öffentlichkeit im Sinne einer politisch fungierenden Instanz*“⁴² darstellen.

In ihrer ersten Form ist Öffentlichkeit in städtischen Räumen mit erhöhter Aufenthaltsqualität vorzufinden. Der Zusatz der *Kommunikationsdichte* verweist hier auf das soziale Handeln. Nach dem Soziologen Jürgen Habermas (1981) sind im Rahmen des sozialen Handelns vier Handlungsarten zu unterscheiden, worunter auch das *kommunikative Handeln* fällt. Im kommunikativen Handeln stimmen Gesprächspartner ihre Handlungen mittels herrschaftsfreier und verständigungsorientierter Kommunikation auf einander ab. Zur Verständigung kommt es jedoch nur, wenn der Gesprächspartner die Geltungsansprüche einer Aussage akzeptieren kann. Ist ein Geltungsanspruch nicht gegeben, wird dieser nach Habermas im Diskurs geklärt.⁴³

Diese Form der Öffentlichkeit entsteht nach Habermas mit der bürgerlichen Emanzipation aus der Feudalherrschaft. Nachdem der bürgerlichen Gesellschaft nun auch Literatur, Musik und Kunst zugänglich geworden sind, entsteht ein reger öffentlicher Austausch hierüber. Habermas bezeichnet diese Form der Öffentlichkeit als *literarische Öffentlichkeit*.⁴⁴ Auch wenn sich der Theorie nach das kritische Potential dieser Öffentlichkeit seit Mitte des 19. Jahrhunderts zurück gebildet hat,⁴⁵ ist dennoch anzunehmen, dass sie in gewandelter Form weiterhin besteht. Heutzutage ist davon auszugehen, dass in der Öffentlichkeit nicht mehr nur kulturelle Themen diskutiert werden, sondern vermehrt allgemeine Interessen und Belange.

Aus der *literarischen Öffentlichkeit* bildet sich die zweite Form der städtischen Öffentlichkeit heraus, die Habermas als *politische Öffentlichkeit* bezeichnet.⁴⁶ Diese Entwicklung setzt somit einen städtischen Raum voraus, in dem es fortwährend zu Interaktionen kommt. Die sozialen Akteure entwickeln durch ihr regelmäßiges Handeln in der *literarischen Öffentlichkeit* ein Selbstbewusstsein, das sie dazu bringt, die angeeigneten „*diskursiven Fähigkeiten auch außerhalb des rein Ästhetischen einzusetzen und*

⁴⁰ Vgl. Schäfers 2008:24.

⁴¹ Dunkelmann 1975:13.

⁴² Ebd.

⁴³ Vgl. hierzu Jürgen Habermas (1981): Theorie des kommunikativen Handelns. *Band I: Handlungsrationale und gesellschaftliche Rationalisierung*. Suhrkamp: Frankfurt.

⁴⁴ Vgl. García Leguizamón 2009:39.

⁴⁵ Vgl. ebd.:41.

⁴⁶ Vgl. Habermas 1990:116ff.

*[ihre] Kritik auf die Strukturen der gesellschaftlichen Organisation zu richten, indem [sie] vom Staat Anerkennung als legitimer Träger einer öffentlichen Meinung sowie Teilhabe an der Einrichtung der rechtlichen und politischen Ordnung einforder[n].*⁴⁷

Ebenso wie die Forderung nach einer Orientierung der baulichen Gestaltung am Menschen, ist auch die Forderung nach der Herstellung von Öffentlichkeit nicht neu. Letztere stellt jedoch eine besondere Herausforderung für die Stadtplanung dar. Einerseits hat sich die Stadtplanung im Zuge ihres ursprünglichen Selbstverständnisses noch nie mit diesem Thema auseinandergesetzt. Folglich stellt sich die Wiederherstellung von Öffentlichkeit als anspruchsvolle Aufgabe dar. Andererseits wird bereits seit den sechziger Jahren ein allgemeiner „Zerfall der Öffentlichkeit“⁴⁸ konstatiert. Nach Habermas Auffassung wandeln sich spätestens im zwanzigsten Jahrhundert die *räsonierenden Akteure zu Konsumenten der Massenmedien*, in denen die öffentliche Meinung in massentauglicher Form inszeniert wird und sich folglich zur Übernahme aufdrängt.⁴⁹ Eine vorgefertigte Meinung zu übernehmen erfordert von nun an weniger Aufwendungen, als sich eine eigene im Diskurs zu bilden.

Habermas selbst sieht der Wiederherstellung der Öffentlichkeit pessimistisch entgegen. Da die Öffentlichkeit jedoch eine essentielle Voraussetzung für ein funktionierendes städtisches Leben ist, stellt sich dennoch die Frage, wie eine lebendige städtische Öffentlichkeit im einundzwanzigsten Jahrhundert gestaltet werden kann.⁵⁰ Zur Annäherung an diese Fragestellung sollen im Folgenden zunächst die Anforderungen der postmodernen Gesellschaft an das städtische Leben in den Blick genommen werden.

2.2 Herausforderung II: Die Postmoderne

Neben der veränderten Sichtweise auf den städtischen Raum, die nicht nur ein erneuertes Selbstbild von Städten mit sich bringt, sondern auch grundlegend neue Anforderungen an Stadtplanung stellt, sind ebenfalls die gesellschaftlichen Anforderungen an eine postmoderne Stadt zu betrachten. Hierbei geht es vor allem darum, dass die mit der Stadtplanung befasste, kommunale Verwaltung nicht nur ihren eigenen Standpunkt reflektiert, sondern die *Zielgruppe* des städtischen Vorgehens stärker in den Blick nimmt.

Im Folgenden soll zunächst das Konzept der Postmoderne erläutert werden, um die veränderten Voraussetzungen darzustellen mit denen die Gesellschaft konfrontiert ist. Im Anschluss werden die Anforderungen einer postmodernen Gesellschaft an den städtischen Raum beschrieben, nicht im Sinne konkreter Forderungen seitens der Ge-

⁴⁷ García Leguizamón 2009:39.

⁴⁸ Dunckelmann 1975:13; Schröteler-von Brandt 2014:246.

⁴⁹ Vgl. García Leguizamón 2009:41.

⁵⁰ Vgl. Schäfers 2006:154.

schaftsmitglieder, sondern als grundlegende gesellschaftliche Bedürfnisse an denen sich Strategien der Stadtplanung orientieren müssen, um ein aktives gesellschaftliches Leben und somit eine lebendige Stadtkultur sicher zu stellen.

2.2.1 Der Begriff der Postmoderne

Mit dem Begriff der Postmoderne befassen sich viele Konzepte. Einen theoretischen Konsens gibt es nicht. Einhergehend mit unterschiedlichen Anwendungsbereichen des Begriffs, herrscht eine grundsätzliche Uneinigkeit über die inhaltliche und zeitliche Abgrenzung der Postmoderne.

Erstmals tauchte der Begriff im Jahr 1870 bei John Watkins Chapman auf und vereinzelt auch in anderen Zusammenhängen, wobei er damals die ersten Versuche dokumentiert, eine heterogene gesellschaftliche Entwicklung zu erfassen.⁵¹ In den sechziger Jahren arbeitete der Literaturwissenschaftler Irving Howe, gemeinsam mit weiteren Fachkollegen, den Begriff der Postmoderne im Sinne einer Epochenbezeichnung aus, um die literarischen Werke dieser Zeit zu kategorisieren. Entgegen der frühen Einordnung als Stilepoche, ist für die heutige Begriffsbedeutung das Verständnis der Postmoderne als *geistig-kulturelle Bewegung* grundlegend. Diese Betrachtungsweise führte der Philosoph Jean-François Lyotard mit seinem Werk *Das Postmoderne Wissen* (1979) ein.

2.2.1.1 Das Ende der großen Erzählungen nach Lyotard

Lyotards Theorie nähert sich dem Begriff der Postmoderne über die Moderne. Seine Beobachtungen setzen bei der Entstehung einer kritischen Denkhaltung im 18. Jahrhundert an, in deren Zuge erstmals die religiös bestimmte, soziale Ordnung hinterfragt wurde.⁵² Die Moderne ist demnach anfänglich geprägt durch die Suche nach einer übergeordneten rationalen Instanz und ihrer gesellschaftlichen Legitimierung. Diese findet sich schließlich im Rückgriff auf *Metaerzählungen*, von denen Lyotard zwei unterscheidet.⁵³ Zum einen nennt er die Emanzipation und damit die Freiheit des Menschen, die aus der Aufklärung und französischen Revolution hervorgeht. Zum anderen nennt er die Erkenntnis, also die Entfaltung einer Idee durch einen spekulativen Geist, der sich selbst verwirklicht.⁵⁴

⁵¹ Vgl. Welsch 1997:12ff.

⁵² Vgl. Lyotard 1999:78.

⁵³ Anm. d. Verf.: An anderer Stelle beschreibt Lyotard mitunter auch drei Metaerzählungen, worunter „*die Dialektik des Geistes, die Hermeneutik des Sinns, die Emanzipation des vernünftigen oder arbeitenden Subjekts*“ (Lyotard 1999:13).

⁵⁴ Vgl. Lyotard 1999:95.

Diese Erzählungen dienen der Legitimierung der individuellen und gesellschaftlichen Praxis „*nicht in einem ursprünglichen, begründenden Akt, sondern in einer einzulösenden Zukunft, das heißt in einer noch zu verwirklichenden Idee. Diese Idee (der Freiheit, der ‚Aufklärung‘, des Sozialismus usw.) hat legitimierenden Wert, weil sie allgemeine Gültigkeit besitzt.*“⁵⁵ Die Legitimität besteht darin, dass alle gesellschaftlichen Regeln und Auffassungen auf eine *einheitsstiftende Zielorientierung* ausgerichtet sind. Das Wissen der Moderne bezieht sich demnach auf eine Gesamtidee in Form einer großen Metaerzählung, die „*sämtliches Einzelwissen umfassen und auf ein politisches und soziales Ziel ausrichten soll*“⁵⁶. Stark vereinfacht ausgedrückt, zeichnet das postmoderne Wissen somit „*die Skepsis gegenüber den Metaerzählungen*“⁵⁷ aus.

Erste Abweichungen von der Orientierung an einer übergeordneten Idee, und somit ein postmodernes Umdenken, geht nach Lyotard von den Errungenschaften der wissenschaftlichen und künstlerischen Avantgarde zu Beginn des 20. Jahrhunderts aus. Vor allem die wissenschaftlichen Erkenntnisse durch Heisenbergs *Unschärferelation*, Einsteins *Relativitätstheorie* und Gödels *Unvollständigkeitssatz* liefern regelrecht den Beweis, dass es nicht nur eine Wahrheit geben kann.⁵⁸ Doch zunächst setzt sich das totalitäre Streben weiter fort und gipfelt in den Geschehnissen des zweiten Weltkrieges, was für Lyotard den endgültigen Beweis der tragischen Unvollendetheit der Moderne darstellt. In diesem Zusammenhang formuliert Lyotard seine These des *Endes der großen Erzählungen*.⁵⁹

Die Erkenntnis, dass den Metaerzählungen nicht mehr zu glauben ist, bedeutet in diesem Zusammenhang keine konsequente Abwendung von der Moderne, die als Ende einer Epoche zu deuten wäre. Hinter der Erkenntnis steht vielmehr eine Geisteshaltung, die realisiert, dass die Errungenschaften des 20. Jahrhunderts eine „*Pluralität, Komplementarität und Unausschöpfbarkeit*“⁶⁰ aufzeigen, die einem Einheitsgedanken entgegenstehen und dass somit die zentrale Orientierung an den Metaerzählungen nur eine Interpretation der Welt unter vielen ist. Es kann also keine allgemein verbindliche Idee mehr geben, weder in Form einer einheitlichen Sprache oder Wahrheit, noch im Sinne eines logisch konsequenten Fortschritts der Geschichte bis hin zu einer höherentwickelten Gesellschaftsform oder einer ähnlichen utopischen Vorstellung.⁶¹

⁵⁵ Lyotard 1987:33.

⁵⁶ Welsch 2009:34.

⁵⁷ Lyotard 1999:14.

⁵⁸ Vgl. Welsch 1997:77.

⁵⁹ Vgl. Lyotard 1999:112.

⁶⁰ Welsch 2009:35.

⁶¹ Vgl. Löser 2011:225.

2.2.1.2 Die postmoderne Moderne nach Welsch

Um die Postmoderne eindeutig erfassen zu können, hält der Philosoph Wolfgang Welsch es für unumgänglich, Begriff und Inhalt voneinander zu trennen, da der Begriff selbst semantisch von dem eigentlichen Phänomen wegführt. Der Begriff *Postmoderne* verweist demnach nicht auf eine zeitlich *nach* der Moderne anzusiedelnde Epoche. Er bezeichnet vielmehr eine Erscheinungsform der Moderne, konkreter einen Transformationsprozess, in dessen Rahmen moderne Denkmuster und Lösungsvorschläge reflektiert und erneuert werden, um die veränderte gesellschaftliche Realität erfassen zu können. Demnach ist für eine Definition der Postmoderne zunächst ausschlaggebend, welche Auffassung von Moderne als Bezugsmodell herangezogen wird. Je nach Modernebegriff können sich chronologische, inhaltliche, sektorielle, subsektorielle und funktionale Differenzen ergeben.⁶² Einen übergreifenden Begriff der Moderne, wie auch der Postmoderne, kann es somit nicht geben. In seiner Untersuchung *Unsere postmoderne Moderne* (1986) verfolgt Welsch deshalb „eine Strategie begrifflicher Differenzierung“⁶³, indem er die unterschiedlichen Konzepte der Moderne kritisch analysiert und in einen Kontext bringt, wonach es ihm letztlich möglich ist, eine Systematik der Postmoderne abzuleiten.

Nach Anleitung seiner Analyse macht Welsch die Opposition zweier grundlegender Krisendiagnosen aus, die zwei umgekehrt symmetrische Konstruktionen der Postmoderne offenbaren. Er konstatiert eine Postmoderne-Konstruktion der *Vielheit* neben der einer *Einheit*. Welsch betrachtet dieses Oppositionsmuster als Fortsetzung der Moderne und sieht eine postmoderne Überwindung als notwendig an, welche er selbst formuliert.

Welsch sieht diese Möglichkeit in der Konstruktion der Vielheit, die bei näherer Betrachtung nicht auch ohne eine Konstruktion von Einheit zu denken ist. Einheit liegt „im eigenen Interesse der Vielheit. Wenn es nicht auch Überschaubarkeit gäbe, würde Vielheit am Ende unwahrnehmbar und zuvor schon unlebbar. Einheit gehört zu den Produktions-, Wahrnehmungs- und Realisationsbedingungen von Vielheit.“⁶⁴ Setzt man also auf Vielheit, zur Überwindung der Opposition, muss zwangsläufig das Problem der Ganzheit berücksichtigt werden, wobei es nicht ausreicht „es nur berücksichtigen zu wollen, (...) man muß es lösen.“⁶⁵

Von welcher Art die Einheit zu sein hat, ist noch unbestimmt. Nach Welsch kann jedoch keine Ganzheit gemeint sein, in der sich alle Positionen aufgehoben fühlen, denn

⁶² Vgl. Welsch 1997:45.

⁶³ Ebd.:52.

⁶⁴ Ebd.:61.

⁶⁵ Ebd.:60.

dies käme einer Gleichsetzung mit Totalität gleich. „Das Mißverständnis besteht darin, die Struktur des Ganzen für durch einen bestimmten Gehalt (also einen Teilgehalt des Ganzen) erfüllbar anzusehen. (...) Zu ‚erfüllter‘ Totalität kann man nicht anders als durch Totalisierung eines Partikularen gelangen, und das heißt zugleich: durch massive Elimination anderer Optionen, durch eklatanten Ausschluß.“⁶⁶

Gegen diese Form der Einheit richtet sich jedoch gerade die postmoderne Denkweise in der Erkenntnis, dass die Wirklichkeit nicht einem einzigen Modell folgt, sondern mehreren und sie Einheitlichkeit nur in spezifischen Dimensionen zeigt und eben nicht im Ganzen.⁶⁷ Das Problem der Ganzheit kann im Rahmen einer Postmoderne-Konstruktion also nur gelöst werden, indem unterschiedliche inhaltliche Optionen zugelassen und anerkannt werden, „verbunden mit einem prinzipiellen Grenz- und Verschiedenheitsbewusstsein sowie mit Wachsamkeit gegenüber Verabsolutierungen.“⁶⁸

Nur eine Vielheitskonzeption von Postmoderne ist also in der Lage, die Opposition inhaltlich und strukturell zu überwinden.

Dennoch ist aus dieser Konzeption keine zusammenhanglose Pluralität zu schlussfolgern. Vielmehr geht es darum, eine Vielheit von Einheitskonzeptionen anzuerkennen. Diese existieren nicht nebeneinander her oder sind miteinander vermischt, sie stehen miteinander in Verbindung. Es bestehen also Übergänge zwischen den Einheitskonzeptionen. Postmoderne Ganzheit stellt sich demnach „je in Übergängen, Verbindungen, Komplexionen her.“⁶⁹ Eine wirkliche und offene Ganzheit kann somit aus strukturellen Gründen nur durch ein *Denken der Pluralität* eingelöst werden, jedoch nur durch eines, dass nicht nur die Vielheit in den Blick nimmt, sondern auch Übergänge in Betracht zieht.

Das *Denken der Pluralität* leitet an dieser Stelle zur inhaltlichen Ebene der Postmoderne über. Welsch unterscheidet in diesem Zusammenhang zwischen *anonymem*, *diffusem* und *präzisem Postmodernismus*.^{70 71} Zum anonymen Postmodernismus rechnet Welsch Theoretiker, die zwar eine postmoderne Denkweise verfolgen, ihr Werk jedoch selbst nicht als solches deklarieren oder gar erkennen. Der diffuse Postmodernismus hingegen wird von Theoretikern bestimmt, die sich in jeglicher Art und Weise mit dem

⁶⁶ Welsch 1997:60.

⁶⁷ Vgl. ebd.:77f.

⁶⁸ Ebd.:60.

⁶⁹ Ebd.:63.

⁷⁰ Anm. d. Verf.: Der Begriff *Postmodernismus* bezeichnet den Inhalt. Der Begriff der *Postmodernität* benennt die Form und der Begriff der *Postmodernisierung* den Prozess. Postmodernismus ist stilisierte und verdichtete Postmodernität, wie sie sich in der Postmodernisierung ausprägt. Die drei Dimensionen ergeben zusammen genommen die Postmoderne. Vgl. Humboldt Universität zu Berlin: *Konstruktion und Diskussion zentraler Arbeitsbegriffe: Postmodernismus/ Modernismus/ Modernisierung*. Abgerufen unter: https://www2.hu-berlin.de/skan/gemenskap/inhalt/publikationen/arbeitspapiere/ahe_02_BegriffePostmodernismus.html, am 01.11.2016.

⁷¹ Vgl. Welsch 1997:80.

Ende der Moderne befassen, in gewisser Hinsicht auch eine postmoderne Praxis entwickeln, jedoch keine hinreichende Theorie des Umbruchs vorweisen können. Sie machen demnach nur in einem „*feuilletonistischen Sinn*“⁷² von sich reden und propagieren „*die falsche Form der Pluralität [...] indem sie alles zu einem Brei der Gleichheit und Beliebigkeit*“⁷³ verrühren und letztlich Pluralismus „*bloß als Auflösungslicenz, nicht als Reflexionsgebot*“⁷⁴ auffassen und praktizieren. Der präzise Postmodernismus nimmt dahingegen den Pluralismus ernst, will ihn wahren und weiterentwickeln. „*In ihm erfährt die für die Moderne des 20. Jahrhunderts charakteristische Sinnstruktur der Pluralität ihre Einlösung.*“⁷⁵

Zusammengefasst ist die Postmoderne somit als geistig-kulturelle Bewegung aufzufassen, deren Kern das Konzept der *Pluralität* darstellt. Der radikale Pluralismus wird hier nicht etwa zum Anlass genommen, um aus divergierenden Elementen erneut eine Einheit herzustellen, er wird vielmehr als positive Aufgabe verstanden, wonach Einheit im Rahmen der Pluralität gedacht wird, nicht gegen sie. Postmoderne ist demnach nicht als eine Anti-Moderne zu verstehen, die eine Revision der Moderne des 20. Jahrhunderts vollzieht, und demnach auch nicht als Epoche zu betrachten, die dieser Moderne nachfolgt. Sie ist ein pro-moderner Prozess, in dem Sinne, dass sie zwar einige Grundsätze der Moderne revidiert, die „*wissenschaftlichen, künstlerischen und literarischen Avantgarden dieses Jahrhunderts*“⁷⁶ jedoch fortsetzt.

2.2.2 Die postmoderne Gesellschaft im 21. Jahrhundert

Knapp dreißig Jahre nach der Veröffentlichung seiner Studie *Unsere postmoderne Moderne*, sieht Welsch die *postmoderne Revision der Moderne* als abgeschlossen an.⁷⁷ Mittlerweile zeigt die Lebenswirklichkeit deutlich, dass der Mensch die Fähigkeit entwickelt hat, die pluralistischen Elemente des Alltags so zu integrieren, dass Pluralität eher als positive Bereicherung, denn als Anstrengung erfahren wird.⁷⁸ Damit ist das Grundbild der postmodernen Pluralität heute Alltag geworden. Doch was bedeutet dies für den Fortgang der Moderne?

Die Grundhaltung der Moderne findet ihren Ausdruck in der Ansicht, dass „*in allem vom Menschen auszugehen und alles auf den Menschen zurückzubeziehen*“⁷⁹ ist. In diesem Sinne wird der Mensch zum zentralen Bezugspunkt der Welt. Er verleiht den Elementen in ihr erst Bedeutung und Sinn. Auch die Postmoderne revidiert diese An-

⁷² Welsch 1997:81.

⁷³ Ebd.

⁷⁴ Ebd.

⁷⁵ Ebd.

⁷⁶ Ebd.:43.

⁷⁷ Vgl. Welsch 2009:32ff.

⁷⁸ Vgl. Welsch 1997:327.

⁷⁹ Welsch 2009:39.

sicht nicht, was sich deutlich in der postmodernen Architektur zeigt, die Gebäude nicht mehr nur für eine kunstbeflissene Elite gestaltet, sondern sich stärker an den Bedürfnissen aller Menschen orientiert.⁸⁰

Doch diese Haltung scheint sich sukzessive zu wandeln. Nach Welsch ist sogar eine tiefgreifendere Revision der Grundhaltung der Moderne auszumachen, als durch die Postmoderne. Wenn in diesem Zuge die „*wissenschaftlichen, künstlerischen und literarischen Avantgarden dieses Jahrhunderts*“⁸¹ tatsächlich revidiert würden, könnte sich nach Welsch ein Epochenwechsel andeuten.⁸² Gleichzeitig sehen andere Gesellschaftstheoretiker, wie Nico Stehr und Marian Adolf, die *erste Moderne* durch einen „*gesellschaftlich induzierten Wandel von einer industriellen in eine Wissensgesellschaft*“⁸³ bereits als überwunden an und schlussfolgern hieraus, dass eine *neue Moderne* bereits vor Jahren angebrochen ist.⁸⁴

Die unterschiedlichen Auffassungen scheinen zunächst gegenläufig zu sein, was darauf zurückzuführen ist, dass sich unterschiedliche Perspektiven gegenüberstehen. Stehr und Adolf beziehen sich auf den ökonomischen Aspekt des Wandels, der hier im Zusammenhang mit dem sektoralen Wandel seit den siebziger Jahren zu sehen ist. Welsch hingegen legt einen breiteren Kontext zugrunde, indem er sich auf die gesellschaftlichen Grundwerte bezieht, welche sich in seinen Augen erst in den letzten Jahren grundlegend wandelten. Dies geht für ihn aus der veränderten Auseinandersetzung des Menschen mit seiner Umwelt hervor und wird beispielsweise im architektonischen Schaffen erkennbar. Grundsätzlich schließen sich die unterschiedlichen Auffassungen nicht aus, da aus beiden die Diagnose des gegenwärtigen, fundamentalen Wandels zu entnehmen ist, der von einer Veränderung der ökonomischen und gesellschaftlichen Grundlagen ausgeht.⁸⁵

In diesem Zusammenhang scheint sich die *Wissensgesellschaft* als „*die dominierende Form gesellschaftlicher und ökonomischer Entfaltung zu etablieren, indem neben den traditionellen Produktionsfaktoren Boden, Arbeit und Kapital zunehmend das Wissen als ökonomische Ressource an Bedeutung gewinnt*.“⁸⁶ Parallel zu dem Begriff der *Wissensgesellschaft* existieren jedoch noch weitere Gesellschaftsbegriffe, wie „*Innovationsgesellschaft*“, „*Zeitalter der Beschleunigung*“, „*Aktivierungsgesellschaft*“ oder auch die „*erschöpfte Gesellschaft*“⁸⁷. Sie alle fokussieren sich auf einen bestimmten Aspekt und versuchen diesen als generellen Charakter des Wandels zu deuten. In Anbetracht

⁸⁰ Vgl. Barz 2011: online.

⁸¹ Welsch 1997:43.

⁸² Vgl. Welsch 2009:38f.

⁸³ Stehr und Adolf 2009:199.

⁸⁴ Vgl. ebd.

⁸⁵ Vgl. ebd.:185.

⁸⁶ Streich 2005:17.

⁸⁷ (Kajetzke und Engelhardt 2013:35.)

der postmodernen Pluralität kann das Konzept der *Wissensgesellschaft* damit nur als ein mögliches Modell von vielen betrachtet werden. Somit ist davon auszugehen, dass der Begriff der *Wissensgesellschaft*, auch wenn er in den letzten Jahren zunehmend Beachtung findet, zunächst nur als strategischer Begriff gewertet werden kann. Zum jetzigen Zeitpunkt ist also kein eindeutiger Gesellschaftsbegriff auszumachen, ebenso wenig wie aktuell Aussagen über das Ende der (ersten) Moderne als Epoche getroffen werden können.

Folglich kann zur Beschreibung der Gegenwartsgesellschaft kein einzelner Gesellschaftsbegriff herangezogen werden, sondern ist zunächst die Diagnose selbst in den Blick zu nehmen. So gehen auch die Soziologinnen Kajetzke und Engelhardt nach Analyse der einzelnen Konzepte auf diese Diagnose näher ein:

„Jenseits der einzelnen Varianten der Diagnosen ergibt sich daraus jedoch auch ein gemeinsames Bild, auf das die Wissensgesellschaft schon hingedeutet hat. Das Wissen ist nun über Jahrzehnte hin rationalisiert worden und ist im Verlauf dieses Prozesses reflexiver geworden, weil die Entstehungsbedingungen und die allgemeine Gültigkeit von Wissen kritisch untersucht und hinterfragt wurden. Daraus erfolgt ein besonderer Begründungszwang für die Geltung von Wissen, der zum Beispiel als Steuerungsfrage in der Innovationsgesellschaft aufscheint: Die strategische Herstellung von Neuem erfordert eine stetige, auf sich selbst bezogene Begründung des Handelns.“⁸⁸

Die umfassende Entwicklung, die alle genannten Gesellschaftsbeschreibungen zu diagnostizieren versuchen, besteht somit in einem *selbstreflexiven Prozess*, in dem bestehende Zusammenhänge fortwährend hinterfragt und begründet werden müssen und gesellschaftliche Grundlagen in Frage gestellt werden und daraufhin neu zu ordnen sind.

Dieser selbstreflexive Prozess stellt auch die Grundlage für ein *verändertes Selbstverständnis des modernen Menschen* dar, welches Welsch beobachtet. Einhergehend mit der modernen Fokussierung auf den Menschen, war die Annahme auszumachen, dass der Mensch und die Welt von ganz unterschiedlicher Art sind. Der Mensch galt als fremd in der Welt und um diese *menschengerecht* zu gestalten, musste sie ihm angepasst werden. Der Mensch verstand sich somit lange Zeit als *Herrscher über die Natur*. Hier ist nach Welsch ein grundsätzliches Umdenken auszumachen. Heute rückt zunehmend eine tiefe Verbundenheit des Menschen mit der Welt ins Bewusstsein. Unter anderem die Evolutionstheorie, aber auch darauf aufbauende Erkenntnisse verdeutlichen, dass der Mensch nicht fertig in die Welt kam und dass sein Verhalten noch immer durch *„evolutionäre und prähumane Einschreibungen“⁸⁹* geprägt ist und auch seine

⁸⁸ Kajetzke und Engelhardt 2013:35.

⁸⁹ Welsch 2009: 38.

kulturellen Leistungen auf dieser Entwicklungsgeschichte basieren. Der Mensch steht nicht nur in Verbindung mit der Welt, sondern ist als ein Teil von ihr zu begreifen.

Aus der Reflexion und anschließenden Revision des Grundgedankens der Moderne geht ein *neues Selbstverständnis des Menschen* hervor, welches sich auf alle Lebensbereiche auswirkt. Somit erfordert das neue Selbstbild des Menschen gleichzeitig eine *integrierte Sichtweise* auf den Menschen im städtischen Raum. Im Gegensatz zu der eher vagen Beschreibung eines integrierten Vorgehens im Zusammenhang mit dem neuen Selbstverständnis der Städte, führt die gesellschaftliche Perspektive zu einer genaueren Definition der erneuerten Aufgabenstellung der Stadtplanung. Hiernach sollen Städte zwar für den Menschen geplant werden, bei der Gestaltung einer *menschenfreundlichen Stadt*⁹⁰ ist jedoch grundsätzlich mit der Verbundenheit des Menschen mit der Welt Rechnung zu tragen.

Nach Welsch müssen der *Mensch* und die *natürlichen* und *räumlichen Gegebenheiten* einer Stadt gleichrangig behandelt werden. Dies beeinflusst die flächenmäßige Aufteilung der Stadt, das Verhältnis von geplanten zu ungeplanten und öffentlichen zu nicht-öffentlichen Flächen, ebenso wie die architektonische Gestaltung der Gebäude. Bauten sind nicht mehr nur auf den Menschen auszurichten, sondern müssen als Objekte im Verhältnis zueinander und ebenso im städtischen Kontext betrachtet werden. „Die Stadt sollte nicht als ausschließlich humaner Raum konzipiert werden - nur dann wird sie die menschliche Existenz in all ihren Dimensionen zu entfalten erlauben.“⁹¹

Das neue Selbstbild des Menschen führt jedoch nicht nur zu veränderten baulichen Anforderungen, sondern auch zu einem *veränderten Verhalten* im städtischen Raum. Da der Mensch sich selbst als Teil dieser Welt begreift, ist davon auszugehen, dass er sich von nun an nicht mehr zwingend an der Durchsetzung seiner *individuellen Bedürfnisse* orientiert. Als Teil dieser Welt entwickelt er vielmehr ein Bewusstsein für die Auswirkungen seines Handelns, wozu die zunehmend spürbar werdenden Folgen vergangenen Handelns beitragen, vor allem im Zuge des Klimawandels und der knapper werdenden natürlichen Ressourcen. Hieraus entsteht ein *Verantwortungsbewusstsein* gegenüber der natürlichen, räumlichen und menschlichen Umwelt, welches im Rahmen der Stadtplanung aufgegriffen und gefördert werden sollte. Da das Bedürfnis, Verantwortung für seine Umwelt zu übernehmen, einher geht mit dem *Wunsch nach Mitgestaltung und Mitentscheidung*, muss die Stadtplanung ebenfalls dem Willen zur Beteiligung Rechnung tragen.

⁹⁰ Anm. d. Verf.: Die Bezeichnung der *menschenfreundlichen Stadt* soll hier eine Abschwächung der *menschengerechten Stadt* darstellen. In der *menschenfreundlichen Stadt* steht der Mensch mit seiner Umwelt im Einklang, also auf gleicher Ebene und akzeptiert diese Beziehung als Voraussetzung einer nachhaltigen Stadtentwicklung. In der *menschengerechten Stadt* hat der Mensch sich seine Umwelt zu eigen gemacht und gestaltet diese ausschließlich nach seinen Bedingungen.

⁹¹ Welsch 2009:38.

Welschs Beobachtungen beschränken sich nicht nur auf einen bestimmten Aspekt des Wandels, sondern beschreiben die Veränderung genereller Grundmuster der Gesellschaft. Im Vergleich zu den unterschiedlichen Gesellschaftsbegriffen liefert seine Diagnose die neutralste Beschreibung der Gegenwartsgesellschaft. Da Welsch hieran keinen neuen Gesellschaftsbegriff knüpft, soll die gegenwärtige Gesellschaft für den weiteren Verlauf der vorliegenden Arbeit mit dem Begriff der *postmodernen Gesellschaft* beschrieben werden. Auch wenn Welsch die Postmoderne als abgeschlossen betrachtet, gehen seine aktuellen Beobachtungen von einer Gesellschaft aus, welche die postmoderne Pluralität in ihren Alltag integriert hat. Die Verwendung des Begriffs der *postmodernen Gesellschaft* bleibt somit weiterhin gerechtfertigt, da dieser auf die postmoderne Realität verweist, in der die Gesellschaft aktuell lebt.

2.2.3 Anforderungen der postmodernen Gesellschaft an Stadt

Ausgehend von der Beschreibung der Gegenwartsgesellschaft sollen im Folgenden die Anforderungen betrachtet werden, welche die postmoderne Gesellschaft an ihren städtischen Lebensraum stellt. In Ergänzung zu Welschs rein *gesellschaftlicher Perspektive* bezieht sich der Stadtsoziologe Albrecht Göschel (2001) auf den städtischen Lebensraum der postmodernen Gesellschaft und stellt einen Kontextbezug her.

Göschel nimmt zunächst die *gesellschaftliche Funktion* der Stadt in den Blick, die sich im Rahmen des aktuellen Wandels grundlegend verändert. Nach dem Verständnis der Moderne besteht die Funktion der Stadt in ihrer *Intermediarität zwischen Bürger und Staat*. Ihre konkrete Aufgabe ist der „Schutz des Bürgers vor staatlicher Macht und Willkür“⁹² und die „Beeinflussung staatlicher Politik und Macht durch die lokale Willensbildung in der Stadt“⁹³. In der Tradition der deutschen Aufklärung bildet dieses Konzept der Intermediarität die Grundlage der Stadtkultur, worunter Göschel im Folgenden das *öffentliche gesellschaftliche Leben* in den Städten verstanden wissen will, und der städtischen Politik.

Dieser gesellschaftlichen Aufgabe hat sich auf kommunaler Ebene die Kulturpolitik angenommen. In diesem Zuge ist ihr hauptsächliches Ziel die Förderung von Kultureinrichtungen. Durch Kultur soll der Bürger die *Urteilsfähigkeit* entwickeln, die ihn zur Mitbestimmung an demokratischer Politik auf städtischer, aber auch staatlicher Ebene befähigt. Daneben soll Kultur den *Emanzipations- und Selbstbestimmungswillen* fördern, der den Bürger vor staatlicher Willkür und unbegründeter Macht bewahren soll.⁹⁴

⁹² Göschel 2001:34.

⁹³ Ebd.

⁹⁴ Vgl. ebd.:35.

Durch die Ermöglichung ethischer und ästhetischer Reflexionen legitimiert sich die Kulturpolitik gleichzeitig selbst.⁹⁵

Diese moralischen Normen der Moderne scheinen jedoch aus heutiger Sicht überholt. Der Staat hat sich mittlerweile als Rechts- und Sozialstaat legitimiert und als „*politisch-administratives System der Sicherheits- und Leistungsproduktion*“⁹⁶ sein Wohlwollen bewiesen. Willkürliche staatliche Übergriffe sind demnach nahezu vollständig auszuschließen. Ebenso haben sich die demokratischen Strukturen weitestgehend ausdifferenziert. Die Stadt scheint, in ihrer Funktion als vermittelnde Instanz, geradezu überflüssig geworden zu sein.

Doch die Stadt, in ihrer vermittelnden Funktion, ist nach Göschel noch lange nicht verzichtbar, da sich mittlerweile die *Ökonomie* zu einer neuen Bedrohung entwickelt hat und damit das Gegenüber des übermächtigen Staates ablöst.⁹⁷ Diese Entwicklung sieht er im Rückzug des Sozialstaates begründet, in dessen Zuge vermehrt staatliche Aufgaben auf die Städte übertragen wurden. Mit der Übertragung ging jedoch nicht gleichzeitig die Zuteilung von entsprechenden Finanzmitteln einher, woraus die derzeitig verbesserungswürdige Finanzlage der Kommunen resultiert.⁹⁸ Auf kommunaler Ebene ist es notwendig geworden eigene Strategien zur Finanzierung von sozialen Aufgaben zu entwickeln. In diesem Prozess steigt gleichzeitig die Konkurrenz unter den Städten, die sich um regionales beziehungsweise lokales Wirtschaftswachstum bemühen, aber auch um Förderung durch die europäische Union, die seit dem europäischen Zusammenschluss teilweise für die Rahmensetzung des kommunalen Handelns verantwortlich ist.⁹⁹

Städte erfahren somit zum einen eine zunehmende Einschränkung ihrer *politischen Autonomie*, erlangen dafür zum anderen aber vermehrt *ökonomische Autonomie*. In diesem Zuge stellt Göschel fest, dass sich Städte sukzessive aus ihrer ökonomischen Autonomie gegenüber der nationalen oder globalen Wirtschaft bestimmen und nicht mehr aus ihrer politischen Autonomie gegenüber den politischen Machtansprüchen des Staates. Hierdurch ist die *Ökonomie* letztlich nicht mehr auf ein wirtschaftliches Feld beschränkt, sondern nimmt zunehmend Einzug in das kommunalpolitische Feld. Aus dieser Entwicklung ergibt sich die *intermediäre Funktion der Stadt zwischen Bürger und Ökonomie*.

Die globale, tendenziell neoliberale *Ökonomie* stellt sich für den Bürger als Bedrohung dar, da sie ihm neue Zwänge aufdrängt, anstatt ihn, im Sinne der Emanzipationshoff-

⁹⁵ Vgl. ebd.:34.

⁹⁶ Göschel 2001:36.

⁹⁷ Vgl. ebd.

⁹⁸ Vgl. Dingeldey 2006:5.

⁹⁹ Vgl. Göschel 2007:66f.

nung der Aufklärung, von diesen zu befreien. Gleichzeitig wandelt die Ökonomie die aufklärerische Rationalitätshoffnung in eine „*Rationalität ökonomischen Nützlichkeitskalküls*“¹⁰⁰. Die im Rahmen der Aufklärung gewonnenen, emanzipatorischen Freiheiten kehren sich somit gegenwärtig ins Negative. Demnach stellt sich die Frage, ob die vorherrschende *Stadtkultur* „in derselben Weise wie die emanzipatorisch-aufklärerische [...] eine normative Intermedialität zwischen ‚Übergriffen‘ einer globalen Ökonomie und einer normativen, ökonomisch orientierten ‚Urteilsfähigkeit‘ des Bürgers bedeuten könnte“¹⁰¹. Göschel bejaht dies ausdrücklich, da er in den letzten Jahren beobachtet, dass sich die *Stadtkultur* zunehmend als Reaktion auf die negativen Auswirkungen der Moderne entwickelt.¹⁰² Konkret treten in diesem Rahmen an die Stelle der zentralen Emanzipationsvorstellungen der Moderne neue Emanzipationshoffnungen, die im Rahmen der *Stadtkultur* verhandelt werden. Diese sollen im Folgenden näher erläutert werden.

Als erste, ins Gegenteil verkehrte Emanzipationsvorstellung, ist hier eine gesteigerte Mobilität zu nennen, die in der Moderne ursprünglich eine Befreiung von feudalistisch-territorialen Zugehörigkeiten bedeutete. Der Mensch konnte seinen Wohn- und Lebensraum erstmalig selbst bestimmen und seinen Handlungs- und Erfahrungsspielraum individuell erweitern. Die Mobilität wandelt sich aktuell jedoch zunehmend in ein Diktat des Arbeitsmarktes und ruft dadurch eine wachsende Orts- und Heimatlosigkeit hervor. Eine lebenslange Mobilität wird zwar seitens des Arbeitsmarktes vorausgesetzt, die Tätigkeiten an verschiedenen Orten bietet jedoch im Gegenzug keine neuen Erfahrungen mehr, da sich auch die unterschiedlichen Orte zunehmend gleichen. Durch diese Entwicklung ist es nach Göschel kaum möglich langfristige Bindungen aufzubauen und zu unterhalten.¹⁰³

Aus der obligat erhöhten Mobilität treten neue *Bindungswünsche* hervor, in deren Rahmen das Verweilen an einem Ort und die damit verbundenen Verpflichtungen als positiv gewertet werden. Hierdurch ändern sich auch die Ansprüche an den Ort. Anstelle einer *uniformen Funktionalität*, die Orte gleichförmig werden lässt, tritt der Wunsch nach *Authentizität*. Orte sollen einen Wiedererkennungswert besitzen, die *Identität einer Stadt* soll sichtbar sein.

Einher mit dem „*Diktat der Mobilität*“¹⁰⁴ geht ebenfalls die *Beschleunigung*, die bereits in diversen soziologischen Konzepten erfasst wurde.¹⁰⁵ In modernen Zeiten versprach

¹⁰⁰ Göschel 2001:37.

¹⁰¹ Ebd.:36.

¹⁰² Ebd.:37.

¹⁰³ Ebd.

¹⁰⁴ Ebd.

die Beschleunigung eine Intensivierung des Lebens. Diese wandelt sich jedoch aktuell in Zeitdruck und Rastlosigkeit. Die Lebenswelt wirkt somit zunehmend zeitlich durchstrukturiert, ein Zeitrhythmus ist jedoch kaum noch erkennbar, sodass „*Zeit im Grunde zerstört wird*.“¹⁰⁶ Die ökonomische Verkehrung dieser aufklärerischen Vorstellung ist nach Göschel besonders prekär, da hierdurch elementare Grundlagen der Zivilisation angegriffen werden. In der Kombination mit Mobilität werden gleichzeitig auch ökologische Ressourcen übermäßig beansprucht.

Erkennbar wird diesbezüglich die Hoffnung auf Intensivierung des Lebens durch *Verlangsamung*. Diese steht der Beschleunigung entgegen und geht einher mit dem Wunsch nach der *Dauerhaftigkeit des Ortes*. Eine örtliche Beständigkeit trägt zum Wiedererkennungswert der Stadt bei, indem Erinnerungen, die ein Mensch im Laufe seines Lebens an Orten in der Stadt sammelt, erhalten bleiben und nicht durch permanente Veränderung der Städte vernichtet und die Spuren des Lebens verwischt werden.

Zuletzt kommt Göschel auf die aufklärerische Hoffnung der Vernunft zu sprechen. Die Vernunft sollte den Menschen aus der Fremdbestimmung befreien und ihn zu einem emanzipierten und individualisierten Wesen heranreifen lassen. Doch die Individualisierung wandelt sich im Laufe der Zeit zu einer ökonomischen Rationalität, die auf einem *Nützlichkeitskalkül* basiert, welches zur Exklusion derjenigen Individuen und Gruppen führt, die diesem nicht entsprechen (können).

Hieraus entwickelt sich bisher keine neue Emanzipationshoffnung, da diese Entwicklung voraussichtlich nur durch die gesellschaftlichen Gruppen als negativ reflektiert wird, die von Exklusion betroffen sind.¹⁰⁷ Durch alle anderen wird das *ökonomische Nützlichkeitskalkül* als gegebenes Distinktionsmerkmal wahrgenommen. So kann sich diesbezüglich vorerst auch kein konkreter Veränderungswunsch artikulieren. Dennoch wäre es sicherlich wünschenswert, so auch Göschel, diese Entwicklung im Rahmen der Intermediarität einer Stadt aufzugreifen. Statt der Rechtfertigung von Zugehörigkeit und Integration über einen ökonomischen Nutzen, sollten Mitgliedschaften „*durch Anwesenheit, Teilnahme und Emanzipation*“¹⁰⁸ gesichert und verlässlich sein.

¹⁰⁵ Anm. d. Verf.: Der Soziologe Paul Virilio befasste sich bereits 1977 mit der Geschwindigkeit, die er als den bestimmenden Faktor der Gesellschaft ausmacht, in seinem Essay *Geschwindigkeit und Politik* (Berlin: Merve Verlag, 1989). Zuletzt legt der Soziologe Hartmut Rosa zu diesem Thema seine Studie *Beschleunigung* vor, in der er die *Veränderung der Zeitstrukturen in der Moderne* beschreibt (Frankfurt a.M.: Suhrkamp Verlag, 2005).

¹⁰⁶ Göschel 2001:37.

¹⁰⁷ Vgl. ebd.

¹⁰⁸ Ebd.

Nach Göschel verweisen die beschriebenen Emanzipationshoffnungen, die im Rahmen der Stadtkultur ihren Ausdruck finden, auf „*nichts anderes als das, was wir mit dem inflationär verwendeten Begriff der Identität - des Ortes und des Einzelnen - bezeichnen.*“¹⁰⁹ Die Anforderungen der postmodernen Gesellschaft an Stadt können somit mit dem Begriff der *Identität* überschrieben werden. Eine postmoderne Kulturpolitik, die noch zur Vermittlung zwischen Bürger und Ökonomie beitragen will, kann sich folglich inhaltlich nicht mehr an Abstraktion, Universalität und Vernunft orientieren, sondern muss sich die Erfüllung von Konkretion, Bindungen und emotionale Sicherheit zum Ziel setzen.¹¹⁰

2.3 Zwischenbetrachtung

Aus den beschriebenen Herausforderungen, mit denen Städte im Wandel konfrontiert sind, ergeben sich gleichzeitig konkrete Ansatzpunkte, welche Städte aufgreifen müssen, um den Wandel zur postmodernen Stadt bewältigen zu können. Diese sollen im Folgenden zusammengefasst werden.

- Paradigmenwechsel

Den Ausgangspunkt des Wandels zur postmodernen Stadt stellt das *relationale Raumverständnis* dar, welches es ermöglicht, Städte in all ihren Dimensionen zu erfassen. Durch eine hieraus erwachsene, *integrative Sichtweise* auf den städtischen Raum ist es möglich städtische Problemlagen in ihrer Komplexität zu betrachten und *integrative Herangehensweisen* zu entwickeln, um diese zu lösen. Im Gegensatz zu sektoralen Strategien, die sich auf die Beseitigung einzelner Folgen konzentrieren, bieten gerade *integrative Strategien* die Möglichkeit *Ursachen* städtischer Problemlagen anzugehen. Die Implementierung eines erneuerten Selbstverständnisses von Stadt stellt somit die wichtigste Voraussetzung zur Bewältigung des städtischen Wandels dar.

Damit sich ein neues Selbstverständnis in den Städten etablieren kann, muss ein grundsätzliches Umdenken in Politik und Verwaltung stattfinden. In der *kommunalen Stadtpolitik* ist ein Umdenken in Bezug auf die Festsetzung des Aufgabenbereiches der Stadtplanung gefragt. Bisher zählt nur die Aufgabe der städtebaulichen Entwicklung zu den *pflichtigen Selbstverwaltungsaufgaben* der Städte. Die sozialräumliche Entwicklung hingegen fällt in den *freiwilligen Aufgabenbereich* der Kommunen, womit Städte zur Erfüllung dieser Aufgabe nicht verpflichtet sind. Die Erweiterung des Aufgabenbereiches der Stadtplanung ist abhängig von der *Stadtpolitik* und deren Raumbegriff. Die Stadtpolitik muss auf Grundlage eines erneuerten Selbstverständnisses von Städten erkennen, dass die räumlich-bauliche und die gesellschaftliche Dimension des städti-

¹⁰⁹ Ebd.

¹¹⁰ Vgl. Göschel 2001:37.

schen Raumes gleichermaßen zu entwickeln sind und beide Bereiche in der Definition der Aufgabenstellung der Stadtplanung zu berücksichtigen sind.

Auf der anderen Seite muss die *Stadtplanung*, als für die Steuerung der städtischen Entwicklung zuständiger Bereich der kommunalen Verwaltung, ihr lange Zeit hantiertes, räumlich-bauliches Planungsverständnis durch eine gesellschaftliche Perspektive ergänzen, um im Planungsprozess den Wechselwirkungen zwischen beiden Raumdimensionen Rechnung tragen zu können. Zur Entfaltung einer gesellschaftlichen Perspektive ist es zum einen notwendig, die Kenntnisse der in der Stadtplanung tätigen Akteure um die aktuellen Erkenntnisse der *Raumplanung* und *Stadtsoziologie* zu erweitern, welche den Raum, anders als Architektur und Städtebau, „als Bezugsebene [sehen,] auf der sich unterschiedlichste gesellschaftliche Prozesse abspielen und manifestieren.“¹¹¹ Zum anderen müssen kooperative Strukturen ausgebaut und verstetigt werden, um im Rahmen der Zusammenarbeit mit anderen Bereichen der kommunalen Verwaltung Zugriff auf ökonomische, soziale und kulturelle Sichtweisen zu erhalten.

- Der erweiterte Aufgabenbereich der Stadtplanung

Konkret setzt sich der erweiterte Aufgabenbereich der Stadtplanung aus der Aufgabe der *räumlich-baulichen Gestaltung* von Städten zusammen und aus der Aufgabe der *Gestaltung des gesellschaftlichen Raumes*. Vor dem Hintergrund des relationalen Raumbegriffs ist das Ziel der *räumlich-baulichen Gestaltung* Orte zu konzipieren, die soziales Handeln ermöglichen und somit die Voraussetzungen zur Produktion des gesellschaftlichen Raumes schaffen. Damit sind die städtischen Orte, an denen soziales Handeln stattfinden soll, so zu gestalten, dass sie dem Menschen *Aufenthaltsqualität* bieten. Hierbei darf der Ort, vor dem Hintergrund des erneuerten Selbstverständnisses des Menschen, jedoch nicht nur den menschlichen Bedürfnissen angepasst werden. Vielmehr müssen die Anforderungen des Menschen an den städtischen Raum mit den räumlichen Gegebenheiten in Einklang gebracht werden, um eine ressourcenschonende und nachhaltige Stadtentwicklung realisieren zu können.

Die Anforderungen des postmodernen Menschen an den städtischen Raum sind nach Göschel Ausdruck einer Suche nach *lokaler* und *individueller Identität*. Zum einen stellt sich in diesem Rahmen konkret der Wunsch nach *authentischen, einzigartigen Orten* dar, welche zum dauerhaften Verweilen einladen. Auf der anderen Seite steht der Wunsch nach einer *örtlichen Beständigkeit*, die den Erinnerungs- und Wiedererkennungswert eines Ortes steigert und nur mit einer schonenden und behutsamen Stadtentwicklung einher gehen kann. Die *Authentizität* und die *Historizität* eines Ortes stellen, neben der *räumlichen Atmosphäre*, ebenfalls Kriterien der *Aufenthaltsqualität* dar,

¹¹¹ Volkmann 2012:37.

welche im Zuge des Wandels zur postmodernen Stadt umzusetzen ist. In diesem Sinne fasst Göschel die Aufgabe der räumlich-baulichen Gestaltung als „*Architektur der Symbolisierung des Lokalen*“ zusammen.¹¹²

Die *Gestaltung des gesellschaftlichen Raumes* stellt für die Stadtplanung eine vergleichsweise neuartige Aufgabenstellung dar. Da der gesellschaftliche Raum ausschließlich durch das Handeln sozialer Akteure produziert werden kann, kommt ihr in diesem Rahmen eine veränderte Rolle zu. Sie ist nicht aktiv in den Produktionsprozess des Raumes involviert, sondern befasst sich mit der Herstellung einer *städtischen Öffentlichkeit*, beziehungsweise mit der Schaffung von Rahmenbedingungen für deren Entstehen. Die städtische Öffentlichkeit stellt den Ausgangspunkt für das soziale Handeln der Mitglieder einer Gesellschaft dar.

Den Ausgangspunkt zur Herstellung einer *neuen Öffentlichkeit* stellt die postmoderne Gesellschaft dar. Diese entwickelt, im Rahmen eines erneuerten Selbstverständnisses des Menschen, ein *Verantwortungsbewusstsein* gegenüber der natürlichen, räumlichen und menschlichen Umwelt. Da der Mensch nur durch aktive Teilnahme an der Gesellschaft seiner subjektiv empfundenen Verantwortlichkeit für eine gerechte Lebenswelt nachkommen kann, ist hieraus gleichzeitig das Bedürfnis nach *Mitgestaltung* und *Mitentscheidung* zu folgern. In der postmodernen Gesellschaft artikuliert sich also der Bedarf an einer zunehmend kritischen Auseinandersetzung mit der Umwelt und zum anderen der Wunsch nach politischer *Mitbestimmung*. Diese gesellschaftlichen Bestrebungen stellen die Voraussetzung zur Herstellung einer *neuen städtischen Öffentlichkeit* dar. Aufgabe der Stadtplanung ist es folglich, eine öffentliche Diskussion über die Ausgestaltung des städtischen Lebens und die Zukunft der Stadt in Gang zu bringen.

- Stadtkultur als Ansatzpunkt zur Herstellung einer postmodernen Stadt

Traditionell findet die kritische Auseinandersetzung mit der Ausgestaltung des städtischen Lebens und der Zukunft der Stadt in der *Stadtkultur* statt. Deren Gestaltung war bisher Gegenstand der *Kulturpolitik*, welche im Rahmen der Kunstförderung bestrebt war, den *Emanzipations- und Selbstbestimmungswillen* der Bürger gegenüber dem übermächtigen Staat zu stärken. Aktuell zeichnet sich in der Stadtkultur jedoch nicht mehr die Auseinandersetzung mit einer staatlichen Bedrohung ab, sondern zeigt sich hier zunehmend eine Auseinandersetzung mit der Bedrohung durch die Ökonomie. Diese ist gleichzeitig Ausdruck der Suche nach *Identität* in einer sich wandelnden Welt. Kulturpolitik ist somit gefragt, diese *Suche* in neuen Ansätzen der Kunstförderung aufzugreifen.

¹¹² Vgl. Göschel 2001: 39.

Im Rahmen der Auseinandersetzung mit den ökonomischen Bedingungen ist auch eine *verantwortungsbewusste* und *nachhaltige* Gestaltung der Lebenswelt zu diskutieren, die, wie bereits genannt, durch die Stadtplanung im Rahmen der Herstellung einer *neuen Öffentlichkeit* aufzugreifen ist. Stadtkultur beinhaltet jedoch nicht nur den Aspekt der städtischen Öffentlichkeit, sondern ebenfalls den Aspekt der Urbanität, worauf im folgenden Kapitel ausführlich eingegangen werden soll. Dieses Element von Stadtkultur verweist unter anderem auf die baulichen Strukturen einer Stadt und darf durch die Stadtplanung im Rahmen ihrer erweiterten Aufgabenstellung nicht vernachlässigt werden. Die Ausgestaltung der Stadtkultur, und damit einhergehend die Vermittlung zwischen Stadt und Ökonomie, ist somit zukünftig als interdisziplinäre Aufgabe von Kulturpolitik und Stadtplanung zu betrachten.

Im Rahmen der Ausgestaltung der Stadtkultur muss sich *Kulturpolitik* konkret mit der Pluralität der postmodernen Gesellschaft und ihrer Suche nach Identität auseinandersetzen. Da Kunst Emotionen und Empathie erzeugt und so Einfluss auf die Identitätsbildung des Menschen nimmt, wird sie in der Stadtkultur zum *Identifikationsgegenstand*.¹¹³ In Rahmen kultureller Ansätze sind demnach vielfältige Identifikationsangebote zu realisieren, um den unterschiedlichen Interessenlagen Rechnung zu tragen. In diesem Rahmen kann nicht mehr nur die Förderung einer institutionellen Kunst angestrebt, sondern müssen ebenfalls „*vielfältige Ansätze bürgerschaftlichen Handelns im symbolisch-ästhetischen Bereich*“¹¹⁴ gefördert werden.

Bürgerschaftliches Handeln verweist hier einerseits auf partizipative Ansätze, die eine *relevante Teilnahme* ermöglichen und zum anderen auf aktive Ansätze, die *Eigenproduktionen* unterstützen. Diese Ansätze können sowohl Bezug auf die Alltagskultur nehmen, als auch auf den Bereich der Stadtplanung. In diesem Zusammenhang darf eine lokale Identität jedoch nicht, im Rückgriff auf lokale Traditionen, künstlich inszeniert oder als feststehendes Merkmal vorgegeben werden, da es in einer postmodernen Gesellschaft *die eine* Identität, die damit (re)produziert werden soll, nicht mehr geben kann. Vielmehr müssen unterschiedliche Identitätskonstruktionen zugelassen und letztlich, in einer globalisierten Welt, auch transkulturelle Elemente als Bestandteil des Lokalen aufgegriffen werden.

Als zentrale Aufgabe der Stadtplanung stellt sich im Rahmen der Stadtkultur, neben der Herstellung der baulichen Voraussetzungen, die *Ermöglichung von Mitbestimmung* dar. Der Prozess der Stadtplanung, aber auch stadtpolitische Entscheidungsprozesse, dürfen folglich nicht mehr in *imperativen Strukturen* verlaufen. Stattdessen sind *partizipative Strukturen* auszubilden, die der Gesellschaft eine aktive Beteiligung ermögli-

¹¹³ Vgl. Göschel 2001:38.

¹¹⁴ Ebd.

chen. Auch wenn ein *herrschaftsfreier Diskurs* illusorisch ist, muss der Gesellschaft vor diesem Hintergrund eine reelle Entscheidungsmacht zukommen. Durch eine reine Beteiligung, ohne die Möglichkeit zur *Mitentscheidung*, würde der Staat nur den Anschein von Demokratie erwecken, ebenso wie durch die Vorgabe eines Rahmens, den es eigentlich zu diskutieren gilt. Die tatsächliche Teilnahme am politischen Prozess bliebe dem Bürger hierdurch im postdemokratischen Sinne verwehrt. Die Stadtplanung muss somit die gesellschaftliche Aushandlung einer verantwortungsbewussten, nachhaltigen und gerechten Gestaltung des städtischen Raumes zulassen und die Ergebnisse dieses Prozesses annehmen können.

Im Folgenden soll die Stadtkultur, als Ansatzpunkt zur Herstellung einer postmodernen Stadt, eingehender betrachtet werden. Vor allem ist hier herauszuarbeiten, welche Rolle Kultur in diesem Rahmen einnimmt und wie sie auf die Suche der postmodernen Gesellschaft nach Identität eingehen kann.

3 Kultur als Bewältigungsstrategie

Im vorangegangenen Kapitel wurden die Herausforderungen, vor denen Städte durch den Strukturwandel stehen, umfassend analysiert. Hier zeigt sich, dass zunächst die Städte selbst gefragt sind, ihre Sichtweise auf den städtischen Raum zu verändern, um sich zu einer postmodernen Stadt entwickeln zu können. Dieser Paradigmenwechsel beinhaltet, dass sich Städte nicht mehr als Territorium begreifen, sondern vor allem als Lebensraum für eine postmoderne Gesellschaft verstehen. Ebenfalls geht aus den vorangegangenen Ausführungen hervor, dass das zentrale Element postmoderner Städte eine lebendige Stadtkultur darstellt, in deren Rahmen die kommunale Politik, die städtische Verwaltung und die Bewohner gemeinsam und demokratisch die zukünftige Entwicklung der Städte verhandeln. Die Herstellung einer lebendigen Stadtkultur stellt sich als zentrale Aufgabenstellung im Rahmen des Wandels zur postmodernen Stadt dar.

Aus städtischer Perspektive ergeben sich zur Herstellung einer lebendigen Stadtkultur zwei konkrete Aufgaben. Zum einen ist auf der räumlich-baulichen Ebene die Gestaltung der Stadt als *Lebensraum* anzustreben. Zum anderen ist die Gestaltung der gesellschaftlichen Raumdimension mit dem Ziel der Herstellung einer *städtischen Öffentlichkeit* durch eine aktive Beteiligung der Bewohner aufzugreifen. Im vorliegenden Kapitel soll die Aufgabe der Herstellung einer lebendigen Stadtkultur aus kulturwissenschaftlicher Sicht betrachtet werden. Somit findet gleichzeitig ein Perspektivwechsel statt, wodurch nicht mehr die Stadt und ihre Aufgaben im Fokus der Betrachtung stehen, sondern die Kultur und ihre Möglichkeiten.

Um sich der Fragestellung zu nähern, wie Kultur zur Förderung einer lebendigen Stadtkultur instrumentalisiert werden kann, ist zunächst zu klären, wie sich Kultur in der Stadt manifestiert. Ebenfalls ist die inhaltliche Ausrichtung der Kulturpolitik in den Blick zu nehmen, welche sich im Zuge des Wandels zur postmodernen Stadt der Gestaltung von Stadtkultur und der Ermöglichung von Identität annehmen muss. Daraufhin ist näher auf das Konzept der Stadtkultur einzugehen, ebenso wie auf die Voraussetzungen deren Entstehens. Gleichzeitig ist aber auch das Konzept der Identität mit Stadtkultur in Verbindung zu bringen. Letztlich ergeben sich hieraus Ansatzpunkte für die kommunale Kulturpolitik zur Instrumentalisierung von Kultur im Rahmen der Stadtkultur zur Förderung der Identität des Einzelnen und des Ortes.

3.1 Kultur in der Stadt

Der kulturelle Sektor in Deutschland setzt sich grundsätzlich aus dem öffentlichen Kulturbetrieb mit seinen weitestgehend klassischen Kulturinstitutionen zusammen, wie

auch aus öffentlich geförderten kulturpädagogischen und soziokulturellen Institutionen, die dem gemeinnützigen dritten Sektor zuzurechnen sind, und der Kulturwirtschaft.¹¹⁵

Wie Kultur auf *städtischer Ebene* in Erscheinung tritt, ist vor allem vom kommunalen Engagement in den einzelnen Bereichen des Kultursektors abhängig.

Im Rahmen der kommunalen Kulturpolitik wird zum einen über die finanzielle Förderung von Kultureinrichtungen und Einrichtungen der kulturellen Bildung entschieden, aber auch über die strukturelle Förderung zivilgesellschaftlicher Initiativen, vorwiegend durch die Schaffung von Rahmenbedingungen, aber auch durch Projektförderungen. Die Förderung der Kultur- und Kreativwirtschaft fällt hingegen in den Bereich der Wirtschaftsförderung. Eine inhaltliche Einflussnahme auf die geförderten Institutionen wird durch die im Grundgesetz garantierte Freiheit der Kunst¹¹⁶ zwar verhindert, jedoch wirkt sich der parteipolitische Hintergrund der Mitglieder des Kulturausschusses auf die Ausrichtung des kommunalen Kulturbetriebs aus. Damit ist das *Tätigkeitsfeld der kommunalen Kulturpolitik*, auf das im weiteren Verlauf noch eingegangen werden soll, stets abhängig von der Definition des Kulturbegriffs.

3.1.1 Der erweiterte Kulturbegriff in der kommunalen Kulturpolitik

Zunächst ist zwischen einem engen und einem erweiterten Kulturbegriff zu unterscheiden. Im klassischen, engeren Sinne wird Kultur oftmals mit Kunst gleichgesetzt und beschreibt den Bereich der Hochkultur, der hauptsächlich in den öffentlichen Kulturinstitutionen angesiedelt ist. Kultur bezieht sich damit auf „*die Aktivitäten des Theater-, Musik-, Literatur-, und Kunstbetriebs, die Prozesse also der ästhetischen Produktion*“¹¹⁷. Eine Kulturpolitik, die dieser affirmativen Definition folgt, schreibt der Kultur die Produktion ethischer Werte zu und fördert in diesem Sinne hauptsächlich Kulturproduktionen, die zu einer Auseinandersetzung mit dem *Wahren, Schönen und Guten* beitragen sollen.¹¹⁸ Da sich das kulturelle Angebot in der Realität jedoch viel breiter gestaltet, kann im städtischen Kontext nur ein *erweiterter Kulturbegriff* Anwendung finden, der neben den *Schönen Künsten* auch allgemeinere, kulturelle Zusammenhänge einbezieht.

Ein erweitertes Verständnis von Kultur schließt in diesem Sinne das Gebiet „*der Ideenproduktion, insbesondere der Vermittlung von ‚Bildung‘, und insofern religiöse, ideologisch-legitimatorische, schließlich wissenschaftliche Orientierungen mit ein.*“¹¹⁹ Die Verengung auf die klassischen Kunstsparten wird zugunsten der Populärkultur aufge-

¹¹⁵ Vgl. Mandel 2007:11f.

¹¹⁶ Vgl. Art. 5 Abs. 3 Grundgesetz in der Fassung vom 23.12.2014.

¹¹⁷ Lipp 1979:905.

¹¹⁸ Vgl. Göschel 2001:34.

¹¹⁹ Lipp 1979:905.

hoben und Kultur wird schließlich, vor allem im Rahmen der aktiven und kreativen Auseinandersetzung mit Kunst, der kulturellen und ästhetischen Bildung sowie der kulturellen Erscheinungen der unmittelbaren Lebenswelt, allen Bevölkerungsteilen und nicht mehr nur einer kulturell gebildeten Elite zugänglich.

In der Praxis findet der erweiterte Kulturbegriff jedoch offenbar nur eingeschränkt Anwendung. Konkret bezieht sich dieser nicht allein auf die Künste im weitesten Sinne, sondern auch auf die *kulturellen Erscheinungen der unmittelbaren Lebenswelt*. Hiermit schließt er ebenso die *Alltagskultur* ein, wobei nicht der Alltag als solcher in den Kulturbegriff zu integrieren ist, sondern einzig „*die ihn prägenden Wertungen*“¹²⁰. In diesem Rahmen verweist der Kulturwissenschaftler Max Fuchs jedoch auf die begrenzten Arbeitsfelder der Kulturpolitik und Kulturprofessionen und begründet damit, dass eine solch umfangreiche Definition von Kultur das Tätigkeitsfeld der Kulturpolitik deutlich übersteigt.¹²¹ Somit beschränkt die Kulturpolitik ihren Tätigkeitsbereich oftmals auf die Förderung der Künste im weitesten Sinne und legitimiert ihr Handeln damit noch immer durch die Produktion ethischer Werte, die Kultur nach einem modernen Verständnis leisten soll.

Im Rahmen des Wandels zur postmodernen Stadt ist jedoch die Förderung von Kultur unter der Maßgabe der Herstellung von „*Identität - des Einzelnen und des Ortes*“¹²² gefordert. Vor allem der Verweis auf die Identität des Ortes verlangt hier nach einer konsequenteren Anwendung des erweiterten Kulturbegriffs und damit nach der Integration der *kulturellen Erscheinungen der unmittelbaren Lebenswelt* in den Tätigkeitsbereich der Kulturpolitik. Auf diesen Aspekt des erweiterten Kulturbegriffs geht der Soziologe Wolfgang Lipp (1979) in seinem Aufsatz *Gesellschaft als Kultur* näher ein.

Lipp weist zunächst darauf hin, dass die Beschreibung von Kultur als Sektor den Eindruck entstehen lässt, dass Kultur inhaltlich und organisatorisch von anderen sozialen Sphären, wie der Wirtschaft, dem Recht oder der Verwaltung abzugrenzen sei. Diese Annahme vernachlässigt in seinen Augen „*die vielfältigen Verknüpfungen, die die Lebensgebiete der Gesellschaft aneinanderbinden*“¹²³. In diesem Sinne plädiert er dafür, Kultur nicht als *Objekt* aufzufassen, da sie auf diese Weise nur isoliert, fragmentiert und verkünstlicht wird, sondern als *Relation*: „*Sie greift in umliegende, weitere Objektbereiche immer über, vermittelt zwischen den verschiedenen sozialen Sphären, in die sie hineinspielt, höchst vielfältig und wird nur so, als Zusammenhang selbst der Momente, faßbar.*“¹²⁴ Kultur artikuliert sich „*in den Verhältnissen, Beziehungsformen,*

¹²⁰ Hoffmann und Kramer 2013:online.

¹²¹ Fuchs 2012:online.

¹²² Göschel 2001:37.

¹²³ Lipp 1979:905.

¹²⁴ Ebd.:906.

*Wechselprozessen der Gesellschaft - und ihrer Gliederungen - immer insgesamt. Sie ist selbst Gesellschaft und Gesellschaft, umgekehrt, ist als verweisungsreiche, lebendige, durch ihre Teile pulsierende Gesellschaft: Kultur.*¹²⁵

Kultur als Relation wird im menschlichen Handeln aufgegriffen, in dieses integriert und somit gleichzeitig reproduziert. Kultur, beziehungsweise kulturelle Bedeutungen, sind in der Realität immer dort auszumachen, wo „*die Momente, aus denen das Dasein sich zusammensetzt, symbolisch-praktisch aufeinander zugehen u.d.h.: einander ‚Sinn‘ geben und ‚sinnvoll‘ einander bedingen.*“¹²⁶ Da die Wirklichkeit jedoch nicht allein durch aufeinander zulaufenden Verflechtungen geprägt ist, sondern durch Spannungen und Gegensätze, ist Kultur nach Lipp ebenfalls dort auszumachen, wo „*Momente einander ‚gegenläufig‘ werden [...]. Kultur [...] und ihre kleinsten Einheiten, die Symbole, sind am Ende gegenläufig in sich selbst*“¹²⁷. Auch den gegensätzlichen Momenten sind in gewisser Form sinnhafte Bedeutungen zuzuschreiben. Diese entziehen sich zunächst dem gegenwärtigen Bewusstsein, bleiben aber dennoch im Hintergrund bestehen und kehren nach einer gewissen Zeit an die „*Oberfläche der Praxis*“ zurück.¹²⁸ Die positiven und negativen Teilkräfte der Kultur schließen sich nicht aus oder eliminieren sich gegenseitig, sondern koexistieren und verhelfen der Gesellschaft so zu ihrer Lebendigkeit.¹²⁹

Beide beschriebenen Aspekte des erweiterten Kulturbegriffs stellen wichtige Elemente von Stadtkultur dar, worauf im weiteren Verlauf noch einzugehen ist. Stadtkultur zeichnet sich durch ein vielfältiges, kulturelles Leben aus, aber auch durch spezifisch geprägte, gesellschaftliche Normen, Werte und Verhaltensweisen. An dieser Stelle bleibt also zunächst festzuhalten, dass die kommunale Kulturpolitik, welche sich im Zuge des Wandels zur postmodernen Stadt mit der Förderung einer lebendigen Stadtkultur befassen muss, den Aspekt der *Alltagskultur* nicht ausblenden darf.

Alltagskultur ist für die Kulturpolitik jedoch schwer zu fassen und schwerlich in kulturellen Ansätzen zu instrumentalisieren. Darüber hinaus darf Kulturpolitik nicht ihren Gegenstandsbereich der Pflege und Förderung einer Kunst im weitesten Sinne aus den Augen verlieren. Vor diesem Hintergrund kann Alltagskultur nur im Rahmen der Kulturpolitik aufgegriffen werden, indem diese eine Kultur fördert, welche aus den Institutionen heraustritt und sich stärker in die Lebens- und Alltagswelt der Menschen hineinbe-

¹²⁵ Lipp 1979:906.

¹²⁶ Ebd.

¹²⁷ Ebd.:908.

¹²⁸ Ebd.:909.

¹²⁹ Vgl. Ebd.:909.

gibt. Hiermit in Zusammenhang steht auch Göschels Forderung nach „*vielfältige[n] Ansätze[n] bürgerschaftlichen Handelns im symbolisch-ästhetischen Bereich*“¹³⁰.

3.1.2 Das Tätigkeitsfeld der Kulturpolitik

Mit Blick auf den erweiterten Kulturbegriff, der auch die kulturellen Erscheinungen der unmittelbaren Lebenswelt einschließt, muss sich Kulturpolitik gleichzeitig als Gesellschaftspolitik begreifen. Hierdurch erweitert sich der Wirkungsbereich der Kulturpolitik, welcher im Folgenden näher einzugrenzen ist.

Der Argumentationsstrang, dass Kulturpolitik gleichzeitig Gesellschaftspolitik ist, wird bereits seit den siebziger Jahren durch die *Kulturpolitische Gesellschaft* verfolgt, was sich in ihrem bis heute aktuellen Leitsatz *Kulturpolitik ist Gesellschaftspolitik* wieder spiegelt.¹³¹ Eine als Gesellschaftspolitik verstandene Kulturpolitik definiert sich über ihre Inhalte und Ziele, welche nach dem Präsidenten der Kulturpolitischen Gesellschaft Oliver Scheytt aus dem ersten Grundsatzpapier der Kulturpolitischen Gesellschaft deutlich hervorgehen:

*„Zunehmend wird auch erkannt, dass Kultur nicht reiner Überbau ist, bloße Verzier-
ung des Alltags, ideologische Idealisierung von Lebenszusammenhängen durch
die Beschwörung des Guten, Wahren und Schönen, vielmehr selbst ein produktives
Element gesellschaftlicher Zustände sein kann. [...] Kulturarbeit muss der Entfal-
tung und Entwicklung sozialer, kommunikativer und ästhetischer Möglichkeiten und
Bedürfnisse aller Bürger dienen.“*¹³²

Diese Definition schließt an den erweiterten Kulturbegriff an, indem sie Kultur nicht mehr nur auf die *Schönen Künste* oder die Künste im weitesten Sinne reduziert, sondern ihre *gesellschaftliche Wirkung* in den Mittelpunkt der kulturpolitischen Bestrebungen rückt. Eine Kulturpolitik, die sich mit ihrer gesellschaftlichen Wirkung auseinandersetzt, muss demnach bestrebt sein, die kulturellen Bedürfnisse der Bürger aufzugreifen, um *allen* Bürgern zur Entfaltung und Entwicklung verhelfen zu können. Zur Begründung und Umsetzung von Kulturpolitik als Gesellschaftspolitik müssen also zwangsläufig die *aktuellen* gesellschaftlichen Verhältnisse in den Blick genommen werden.¹³³

Die schon seit Längerem währende Debatte über die Stagnation der öffentlichen Zuwendungen zeigt, dass sich die kommunale Kulturpolitik noch sehr stark auf die Förderung von Kulturinstitutionen fokussiert. In diesem Zusammenhang versucht sie sich durch den Erhalt von Kulturinstitutionen zu legitimieren. Haselbach et al. betrachten

¹³⁰ Göschel 2001:38.

¹³¹ Vgl. Scheytt 2006:29.

¹³² Ebd.

¹³³ Vgl. ebd.:30.

dieses Vorgehen als regressiv und sprechen hier von einer *Implosion* der Kulturbetriebe:

„Sie bleiben zwar bestehen, können ihre Arbeit aber nur unter immer schwierigeren Bedingungen leisten. [...] In sehr vielen öffentlichen Kultureinrichtungen geht es mittlerweile bloß noch um ein ‚Management des Vorhandenen‘ (Peter Drucker). Kraft für Innovationen, für Visionen, für die Erschließung strategischer Potentiale und die Entwicklung von Kooperationen mit neuen Partnern ist kaum noch vorhanden. Kulturpolitik ist immer weniger in der Lage, Veränderungen voranzutreiben, da sie mit sinkenden Haushalten eine bleibende, ja wachsende Zahl von starren Strukturen erhalten will. Sie fixiert sich darauf, Vorhandenes zu bewahren, und trägt so dazu bei, dass öffentliche Kultureinrichtungen der privatwirtschaftlichen Konkurrenz hinterherhinken.“¹³⁴

In Zukunft werden Kulturinstitutionen immer weniger dazu in der Lage sein auf aktuelle gesellschaftliche Entwicklungen einzugehen, sich diesen strukturell anzupassen und so die *Entfaltung und Entwicklung sozialer, kommunikativer und ästhetischer Möglichkeiten und Bedürfnisse* der Bürger zu fördern. Durch ihre Fokussierung auf die Förderung und den Erhalt von Kulturinstitutionen läuft die Kulturpolitik also Gefahr ihre gesellschaftliche Funktion aus den Augen zu verlieren.

Um diese Entwicklung abzuwenden, muss sich Kulturpolitik deutlich stärker bewusst machen, dass der gesellschaftliche Wandel eine *„unmittelbare Relevanz für die Kulturpolitik und die Nutzung der Kulturangebote“*¹³⁵ hat. Eine zukunftsorientierte Kulturpolitik ist daher gefordert, sich stärker mit ihrer gesellschaftlichen Wirkung auseinanderzusetzen. Göschel hat dies bereits im Rahmen der gesellschaftlichen Anforderungen an postmoderne Städte angedeutet.¹³⁶ Demnach ist zunächst von einer umfangreichen Förderung der Kulturinstitutionen Abstand zu nehmen und eine verstärkte Förderung vielfältiger kultureller Ansätze *„bürgerschaftlichen Handelns im symbolisch-ästhetischen Bereich“*¹³⁷ anzustreben. Hierdurch ist Kulturpolitik einerseits in der Lage, auf die Pluralität der Postmodernen Gesellschaft einzugehen, andererseits kann sie die in diesem Rahmen gefragte Vermittlerrolle zwischen Stadt und Ökonomie einnehmen, indem sie vielfältige Identifikationsangebote ermöglicht, die den Bürger in seiner direkten Lebenswelt erreichen.

Kulturpolitik muss sich in diesem Rahmen zunutze machen, dass Kunst Emotionen und Empathie evoziert. Damit fungiert Kultur als Identifikationsgegenstand und wird vor dem Hintergrund der postmodernen Gesellschaft, die aktuell durch ein Gefühl der Bedrohung durch die neoliberale Ökonomie geprägt ist,¹³⁸ zum *produktiven Element* ge-

¹³⁴ Haselbach u. a. 2012:63.

¹³⁵ Sievers 2010:24.

¹³⁶ Vgl. hierzu Kapitel 2.2.3.

¹³⁷ Göschel 2001:38.

¹³⁸ Vgl. Ebd.

sellschaftlicher Zustände.¹³⁹ Ziel der kommunalen Kulturpolitik muss es folglich sein, im Rahmen kultureller Ansätze bürgerschaftlichen Handelns, eine lebendige Stadtkultur zu fördern, die dem Bürger Konkretheit, Bindungen und emotionale Sicherheit bietet.¹⁴⁰ Hiermit ermöglicht Kulturpolitik eine Stadtkultur der Identifikation, die sich als Gegengewicht zur globalen Ökonomie darstellt.

In ihrer intermediären Rolle muss sich Kulturpolitik gleichzeitig von ihrem Verständnis als Wirtschaftspolitik lösen. Zum einen widerspricht dies der Zielsetzung, den Bürger durch die Förderung einer gerechten und gleichberechtigten Stadtkultur gegenüber der übermächtigen Ökonomie zu stärken. Zum anderen wird die Instrumentalisierung der Kultur als *weicher Standortfaktor* und damit einhergehend die Aufwertung der Städte durch kulturelle Leuchtturmprojekte als politisches Ziel fragwürdig, „*wenn es immer weniger gelingt, dadurch tatsächlich Arbeit, Wohlstand und Lebensqualität für alle zu sichern*.“¹⁴¹ Gegen Kultur als Vermarktungsstrategie spricht sich auch Göschel aus, vor allem, wenn diese durch die Städte als Identitätspolitik propagiert wird.¹⁴² Letztlich darf sich Kulturpolitik in ihrer intermediären Rolle nicht mehr auf die Förderung kreativer Kräfte in den Städten fokussieren, um den Standort für die Wirtschaft attraktiver zu machen. Vielmehr sollte es im Rahmen der Bestrebungen zur Förderung der „*Kreativität und Vitalität von Städten*“¹⁴³ das Ziel sein, „*alle mentalen und kreativen Kräfte unserer Kulturgesellschaft*“¹⁴⁴ zu mobilisieren, um eine umfassende gesellschaftliche Entwicklung und gleichzeitig die Entwicklung der Städte voranzubringen.¹⁴⁵

Abschließend bleibt festzuhalten, dass sich Kulturpolitik in Zukunft als Gesellschaftspolitik begreifen muss, wenn sie die Nachfrage nach kulturellen Angeboten sicherstellen und sich weiterhin legitimieren will. Nur durch die Auseinandersetzung mit den gesellschaftlichen Entwicklungen ist sie in der Lage zu erkennen, was die Gesellschaft „*in Zukunft an kulturellen Orten braucht und was eine lebendige Stadt ausmacht*.“¹⁴⁶

In Bezug auf die Auseinandersetzung mit gesellschaftlichen Problemlagen mahnt der Kulturwissenschaftler Max Fuchs jedoch auch, dass Kulturpolitik nicht zu einer besseren Sozialpolitik verkommen darf.¹⁴⁷ Kulturpolitik darf nicht alle gesellschaftlichen Probleme zu kulturpolitischen Problemen erklären, denn dabei würde „*das Spezifikum eines Umgangs mit den Künsten*“¹⁴⁸ aus dem Fokus geraten. Will sie ihre Wirksamkeit nicht

¹³⁹ Vgl. Scheytt 2006:29.

¹⁴⁰ Vgl. Göschel 2001:39.

¹⁴¹ Sievers 2010:24.

¹⁴² Vgl. Göschel 2001:37f.

¹⁴³ Streich 2005:39.

¹⁴⁴ Scheytt 2006: 37.

¹⁴⁵ Vgl. ebd.

¹⁴⁶ Sievers 2010:24.

¹⁴⁷ Vgl. Fuchs 2007:85.

¹⁴⁸ Ebd.

verlieren, muss die Kulturpolitik folglich von einer zu starken Instrumentalisierung der Kultur absehen.

Inhaltlich muss sich Kulturpolitik mit der Suche der postmodernen Gesellschaft nach Identität befassen und im Sinne einer Identitätspolitik vorgehen. Diese darf jedoch nicht zu einer Symbolpolitik verkommen, indem sie zwar den Willen zeigt die vielfältigen Identitätskonstruktionen zu bedienen, die Bürger jedoch auf ihre individuelle Identität festlegt und einen Spielraum zur freien Entfaltung und Entwicklung versagt.¹⁴⁹

3.2 Stadtkultur

Aus der Betrachtung des erweiterten Kulturbegriffs geht hervor, dass Kultur in der Stadt, vor dem Hintergrund der postmodernen Gesellschaft, weiter gedacht werden muss, als bisher. Es erweitert sich gleichzeitig das Tätigkeitsfeld der kommunalen Kulturpolitik, welche sich als Gesellschaftspolitik verstehen muss, will sie sich auch in Zukunft durch die Förderung von Kultur, als produktives Element gesellschaftlicher Zustände, legitimieren. Das Verständnis von Kulturpolitik als Gesellschaftspolitik bildet gleichzeitig den Ausgangspunkt für die Gestaltung einer lebendigen Stadtkultur im Rahmen der Kulturpolitik.

Im Folgenden soll diese zentrale Aufgabenstellung der Herstellung einer lebendigen Stadtkultur als Grundvoraussetzung der postmodernen Stadt konkreter ausgeführt werden. Ebenfalls muss betrachtet werden welche Rolle Kultur im Rahmen der Stadtkultur einnimmt, um im folgenden Kapitel darauf eingehen zu können, wie diese zur Förderung einer lebendigen Stadtkultur instrumentalisiert werden kann.

3.2.1 Stadtkultur - mehr als Kultur in der Stadt

Aus den vorangegangenen Beschreibungen geht hervor, dass die städtische Kultur nicht allein auf kulturelle Institutionen zu begrenzen ist. Stattdessen stellt gleichsam das *kulturelle Leben* ein wichtiges Element der städtischen Kultur dar. Laut dem Deutschen Kulturrat setzt sich dieses in Deutschland zusammen aus *Kultureinrichtungen, -vereinen und -stiftungen*, die sich vor allem mit den Künsten im klassischen Sinne befassen, *Künstlerinnen und Künstlern*, als kreativ Schaffende, der *Kulturellen Bildung*, als Vermittlerin, dem *Bürgerschaftlichen Engagement* in Vereinen und Stiftungen, dem *öffentlich-rechtlichen Rundfunk* und der *Kulturwirtschaft*.¹⁵⁰ Hiermit sind die Elemente der Stadtkultur genannt, die die *Kultur in der Stadt* darstellen und die für die Kulturpolitik im Rahmen der Kulturförderung greifbar sind. Der Begriff der Stadtkultur ist hierüber jedoch noch nicht abschließend zu definieren. Nach dem Politikwissenschaftler Klaus

¹⁴⁹ Vgl. Fuchs 2007:86.

¹⁵⁰ Vgl. Deutscher Kulturrat 2004: online.

von Beyme wird die Stadtkultur, als die *Kultur der Stadt*, zusätzlich durch „*die kulturellen Elemente, Werte, Normen und Traditionen*“¹⁵¹ geprägt, wie auch der erweiterte Kulturbegriff bereits suggeriert. Stadtkultur ist mehr als nur die *Kultur in der Stadt*.

Die Diskussion um *Stadtkultur* ist in letzter Zeit eng mit dem Begriff der *Urbanität* verbunden, sodass im Folgenden eine Definition von Stadtkultur in Abgrenzung zur Urbanität vorzunehmen ist.¹⁵² Nach dem Sozialwissenschaftler Thomas Wüst werden mit Urbanität „*gemeinhin positiv bewertete Eigenschaften verbunden, gemeint ist somit eine bestimmte, wünschenswerte Ausprägung von Stadtkultur. Insofern stellt Stadtkultur einen neutralen Oberbegriff für alles dar, was einer Stadt ihr Gepräge gibt.*“¹⁵³ Die Qualität dieses *Gepräges* ist nur im Vergleich zu anderen Städten festzustellen. Ergeben sich aus der vergleichenden Betrachtung Ansatzpunkte für Verbesserungen, setzt sich ein Anpassungsprozess in Gang, der dazu führt, dass Städte und auch die Stadtkultur sich ständig in Entwicklung befinden.¹⁵⁴

3.2.1.1 Historische Interpretationen von Urbanität

Im Laufe des vergangenen Jahrhunderts haben sich ganz unterschiedliche Interpretationen von Urbanität herausgebildet, die der Soziologe Walter Siebel (1994) in seinem Essay *Was macht eine Stadt urban?* zusammenfassen darstellt. Siebel eröffnet hier eine weitere Perspektive auf Stadtkultur, die sich nicht nur auf die oben beschriebene *Kultur in der Stadt* stützt, sondern auch den städtischen Raum in die Überlegungen zur Urbanität einbezieht. Damit bezieht er die *Kultur der Stadt* nicht allein auf das kulturelle Leben in der Stadt, sondern stellt vor allem das *Städtische* heraus. Mit dem Begriff der Urbanität will er aufklären, was genau eine Stadt *städtisch* macht.

Zunächst nennt er den Architekten Le Corbusier, der für die Auffassung steht, dass eine Stadt die Funktionen des *Wohnens, Arbeitens, Erholens* und des *Verkehrs* erfüllen muss. Im Rahmen der *Charta von Athen* fordert er im Zuge einer modernen Siedlungsentwicklung die räumliche Trennung dieser städtischen Funktionsbereiche, um die Lebensqualität, vor allem in den Industriestädten, zu verbessern. Dies gelingt zunächst, bringt jedoch auch Nachteile mit sich, wie ein erhöhtes Verkehrsaufkommen und den Verlust der kleinteiligen, historisch gewachsenen Durchmischung des städtischen Raumes sowie den Verlust einer spezifischen Form städtischer Öffentlichkeit.¹⁵⁵

In Anlehnung an den Soziologen Louis Wirth, verbindet die Chicagoer Schule Urbanität dahingegen mit *Größe, Dichte* und *Heterogenität der Bevölkerung*, wobei diese Zu-

¹⁵¹ Beyme 1998:146.

¹⁵² Vgl. Schäfers 2006:142.

¹⁵³ Wüst 2004:88.

¹⁵⁴ Vgl. ebd.:89.

¹⁵⁵ Vgl. Schäfers 2006:153.

schreibungen nicht nur auf die physische Struktur einer Stadt Bezug nehmen, sondern vor allem auch auf das gesellschaftliche Zusammenleben. Der Sozialpsychologe Hans-Paul Bahrdt verbindet Urbanität mit der *Polarisierung von Öffentlichkeit und Privatheit*. Für ihn ist eine Siedlung um so städtischer, „je mehr sich das Alltagsleben in die miteinander vermittelten Sphären von Privatheit und Öffentlichkeit polarisiert.“¹⁵⁶ Der Soziologe Edgar Salin beschreibt wiederum aus politischer Sicht *Bürgertugend* und *Mitwirkung der Bürger am Stadtregiment* als Bedingungen für Urbanität. Bürgertugend beschreibt hier die soziale Stellung des Bürgers, welche nicht durch seine soziale Herkunft, sondern durch Bildung und Leistung bestimmt wird. Abschließend weist Siebel vor einem zivilisationsgeschichtlichen Hintergrund auf die Deutung von „Urbanität als [...] Ort der Emanzipation vom Naturzwang“¹⁵⁷ hin. Die Infrastruktur einer Stadt stellt in diesem Rahmen die Versorgung des Menschen sicher. Dieser wird hierdurch von Arbeit und Verantwortung entlastet und seine Freiheit wird auf diese Weise gesichert.¹⁵⁸

3.2.1.2 Aktuelle Interpretation von Urbanität

Die dargestellten Sichtweisen weisen im Rahmen ihres zeitlichen Kontextes zwar Gültigkeit auf, im Zusammenhang mit postmodernen Städten im einundzwanzigsten Jahrhundert erscheinen sie jedoch unzureichend, um den Kern von Urbanität zu fassen. Selbst wenn alle genannten Elemente beim Bau einer neuen Stadt berücksichtigt würden, wäre diese nicht zwangsläufig urban.¹⁵⁹

Nach dem Soziologen Jens S. Dangschat geht Urbanität vor allem von *Heterogenität* aus, die zwar ein kontinuierliches Spannungsverhältnis auf engem Raum produziert, jedoch von den meisten Stadtbewohnern als positiv erfahren werden kann. Vor dem Hintergrund der Heterogenität muss Urbanität somit aus verschiedenen Perspektiven gedacht werden. Beachtet werden müssen die unterschiedlichen sozialen Gruppen, die Zwecke, die der städtische Raum für diese Gruppen erfüllt, die einzelnen Gebäude, aber auch die dichte städtebauliche Struktur und der Umgang mit öffentlichem Raum, der Aspekt der Zentralität, das Zusammenspiel von Geschäften, Kulturbauten, Restaurants, Cafés und Gelegenheiten zum Ausgehen in allen Preislagen, sowie der Freiraum in Form von sanierungsbedürftigem Leerstand.¹⁶⁰

Alle Komponenten zusammen genommen beschreiben eine *hybride Struktur* von einerseits gewachsenen, nicht ganz perfekten oder ökonomisch ausgereizten Elementen. Aber auch neu geplante, designte und mit *hippen Urbanisten* ausgestaffierte Elementen.

¹⁵⁶ Siebel 1994:6.

¹⁵⁷ Ebd.:7.

¹⁵⁸ Ebd.:5ff.

¹⁵⁹ Vgl. ebd.

¹⁶⁰ Frey und Koch 2011b:24.

te finden sich in dieser Betrachtungsweise wieder. Hierin wird *letztlich* „ein wenig die ‚Einzigartigkeit des Ortes‘“¹⁶¹ sichtbar.

Der Vollständigkeit halber ist an dieser Stelle auch auf die Elemente hinzuweisen, die ebenfalls eine Ausprägung von Stadtkultur darstellen, jedoch oftmals nicht als wünschenswert erfahren werden. Diese *Nachtseite* von Stadtkultur umfasst „all das, was von je her an der großen Stadt kritisiert worden ist: Vereinsamung, Anonymität, die Stadt als Dschungel, als Ort des verwirrend Unbekannten, der Begegnung mit dem Fremden, auch dem bedrohlich Fremden.“¹⁶²

Auch diese Elemente des städtischen Lebens wirken prägend auf die Stadt ein und tragen letztlich zur Stadtkultur bei. Je nach dem, aus welcher Perspektive man diese beschaut, können sie sogar zu den wünschenswerten Ausprägungen von Stadtkultur gezählt werden. Urbanität kann somit nicht an einzelnen Zuschreibungen oder feststehenden Elementen festgemacht werden, sondern ist immer auch durch die Erfahrungen und das Erleben von Einzelnen oder sozialen Gruppen im städtischen Raum bestimmt.

Abschließend bleibt festzuhalten, dass der Begriff der Stadtkultur auf mehr als nur *die Kultur in der Stadt* in Form von kulturellen Institutionen und dem kulturellen Leben Bezug nimmt. Stadtkultur bezieht sich ebenso auf das alltägliche Leben in den Städten, welches sich in lokal spezifischen Ausprägungen entwickelt, je nachdem welche Angebote der städtische Raum für dessen Ausgestaltung bietet. In diesem Rahmen entwickelt sich eine nicht konkret zu fassende Lebendigkeit, die gleichzeitig durch die *kulturellen Elemente, Werte, Normen und Traditionen* in der Stadt geprägt ist. Durch ihren dynamischen aber auch sehr umfangreichen, vielschichtigen Charakter wird Urbanität, ebenso wie der Begriff der Stadtkultur oder das Verhältnis zwischen beiden, niemals abschließend zu definieren sein.¹⁶³

3.2.2 Voraussetzungen einer lebendigen Stadtkultur

Im Folgenden sind die Voraussetzungen für das Entstehen von Stadtkultur zu beschreiben. Hieraus sind Ansatzpunkte für die Kulturpolitik zur Instrumentalisierung von Kultur in der Stadtkultur abzuleiten, worauf im Anschluss näher einzugehen ist. Als Voraussetzungen beschreibt der Soziologe Bernhard Schäfers (2006) die Urbanität, die im Rahmen der neueren Diskussion um Stadtkultur „zur Metapher für Voraussetzung und Ergebnis einer lebendigen Stadtkultur“ wird, „eine differenzierte städtische Öffentlichkeit und eine Kultur der Partizipation.“¹⁶⁴

¹⁶¹ Dangschat zit. nach Frey und Koch 2011b:25.

¹⁶² Siebel 1994:8.

¹⁶³ Vgl. Wüst 2004:87.

¹⁶⁴ Schäfers 2006: 142.

3.2.2.1 Urbanität

Urbanität, als wünschenswerte, positive Ausprägung von Stadtkultur und gleichzeitig als deren Voraussetzung, kann nur indirekt geschaffen werden. Durch ihre Vielfältigkeit und ihren Facettenreichtum ist sie grundsätzlich nicht planbar. Sie entsteht vielmehr aus sozialen und kulturellen Prozessen und braucht Zeit, um sich zu entfalten, sodass Stadt- und Kulturpolitik lediglich für die Herstellung von Rahmenbedingungen sorgen können.¹⁶⁵

Einen handlungsorientierten Ansatz zur Herstellung entsprechender Rahmenbedingungen entwickelt die Stadtsoziologin Martina Baum (2008) mit ihrem Konzept der *Urbanen Orte*. Baum stützt ihre Analyse bisheriger Konzepte zur Urbanität, die seit Mitte des zwanzigsten Jahrhunderts entstanden sind und bereits bei Siebel Erwähnung fanden.¹⁶⁶ Aus ihrer Betrachtung leitet sie vier Dimensionen des Begriffs Urbanität ab, „eine räumliche, eine funktionale, eine soziale und eine atmosphärische Dimension“¹⁶⁷. Diese dienen ihr im Folgenden zur Beschreibung der notwendigen Voraussetzungen zur Entstehung von Urbanität.

Allen Dimensionen ist gemein, dass sie sowohl auf der gesellschaftlichen als auch auf der räumlichen Ebene „untrennbar mit dem europäischen Kontext verbunden“¹⁶⁸ sind und auf die besonderen Qualitäten der Europäischen Stadt Bezug nehmen.

„Diese ist gekennzeichnet durch die ‚spezifischen Wechselbeziehungen zwischen Gesellschaft und Raumproduktion.‘ Sie steht für Bürgertum, Demokratie, staatliche Organisation und zivilgesellschaftliches Engagement, Vielschichtigkeit, bauliche, soziale und kulturelle Dichte, Nutzungsmischung und nutzbaren öffentlichen Raum. Sie steht auch für ein Leben zwischen den Polen Privatheit versus Öffentlichkeit, Anonymität und Gemeinschaft sowie Freiheit und Regeln. Die europäische Stadt ist durch ihre Geschichte geprägt und bildet in der Summe aller Merkmale eine jeweils eigene Atmosphäre und Identität aus. Alle diese Elemente im gegenseitigen Wechselspiel lassen Urbanität entstehen. Diese stehen im Kontrast zu den monofunktionalen Räumen der suburbanen Zwischenstadt ohne Identität und Atmosphäre, aber auch zu den künstlich geschaffenen Shopping Malls und Urban-Entertainment-Centern mit Hausrecht oder den exklusiven, überwachten Gated Communities. Das westliche Europa hat durch seine geschichtliche und gesellschaftliche Entwicklung einen spezifischen Stadttypus und eine urbane Lebensweise hervorgebracht, welche genuin und einmalig sind.“¹⁶⁹

Baum stellt heraus, dass die unterschiedlichen Konzepte der Urbanität schon immer, wenn auch nicht bewusst, am Leitbild der Europäischen Stadt orientiert sind und sich Ansätze zur Förderung von Urbanität auch zukünftig daran orientieren müssen. Da die europäischen Städte in der Tradition dieses Stadttypus stehen, muss dieser historische

¹⁶⁵ Vgl. Baum 2008:84. ; Siebel 1994:7.

¹⁶⁶ Vgl. hierzu Kapitel 3.2.1.1.

¹⁶⁷ Baum 2008:61.

¹⁶⁸ Ebd.:58.

¹⁶⁹ Ebd.:58f.

Hintergrund in aktuellen Ansätzen aufgegriffen werden, um eine glaubhafte Authentizität und Historizität im Rahmen von Urbanität fördern zu können. Daneben verweist Baum auf die gesellschaftliche und die räumliche Ebene von Urbanität. Folglich ist Urbanität, auch mit Blick auf ein erweitertes Raumverständnis, auf beiden Ebenen zu denken, da *„das eine ohne das jeweils andere nicht existieren kann.“*¹⁷⁰ In diesem Sinne beschreibt Baum Urbanität als *„das Verhalten des Stadtmenschen, dessen Lebensweise und die Qualitäten seines Habitats gleichermaßen.“*¹⁷¹ Diese Bedingungen vorweggeschickt, ist nunmehr auf die vier Dimensionen urbaner Orte einzugehen.

- Räumliche Dimension

Die physische Gestaltung des städtischen Raums obliegt im Rahmen der Stadtplanung den Bereichen Städtebau und Architektur. Diese müssen in der städtebaulichen Gestaltung ein besonderes Augenmerk auf räumliche Übergänge legen. Übergänge vermitteln auf der sozialen Ebene zwischen Privatheit und Öffentlichkeit, ebenso wie auf der räumlichen Ebene zwischen Innen- und Außenbereichen. Damit ein Ort lesbar und identifizierbar wird müssen die Grenzen zwischen den Zuständen klar definiert sein. Zur Orientierung und Lesbarkeit von Räumen tragen zudem für den Ort spezifische Symbole und Zeichen bei, die ein lebendiges Bild des Ortes hervorrufen und so eine Wiedererkennbarkeit sichern. Bildhafte Elemente können *„Wege, Grenzlinien, Bereiche, Brennpunkte sowie Markenzeichen“*¹⁷² sein. Diesen tragen zur Strukturierung des Raumes, genauso wie zur Artikulation von Übergängen bei.

Neben den Übergängen zwischen räumlichen Bereichen sind auch die Bereiche selbst zu betrachten, die durch *„unterschiedliche Raumcharaktere und -qualitäten“*¹⁷³ geprägt sind. Diese Bereiche unterscheiden sich zum einen durch eine unterschiedliche Intensität der Nutzung. Hier stehen sich stark belebte Bereiche und weniger frequentierte, größere Freiflächen gegenüber. Zum anderen stehen sich homogen strukturierte Bereiche, welche Harmonie erzeugen, und aufgebrochene, widersprüchliche Strukturen, welche Spannung und Lebendigkeit hervorbringen, gegenüber. Um eine räumliche Identität hervorzubringen, ist ein abwechslungsreiches und dennoch identifizierbares Gefüge herzustellen.

Ein weiteres wesentliches Element der europäischen Stadt und Gesellschaft ist der öffentliche Raum *„in Form von Wegen, Straßen, Plätzen und Parks“*¹⁷⁴. Neben den statischen Elementen konstituiert sich der öffentliche Raum aus den anwesenden

¹⁷⁰ Baum 2008:61.

¹⁷¹ Ebd.

¹⁷² Ebd.:72.

¹⁷³ Ebd.

¹⁷⁴ Ebd.

Menschen, die „*das Bild dieses Ortes und seinen Charakter*“¹⁷⁵ mitprägen. Durch diese sozial und kulturell geprägte Ebene des öffentlichen Raumes entfaltet dieser ebenfalls eine politische Dimension, indem er Raum für eine freie Meinungsäußerung, für Demonstrationen und Informationsvermittlung bietet.

Letztlich stellen die Gebäude selbst ein Element der räumlichen Dimension dar. Hierbei muss eine Mischung aus unterschiedlichen Epochen realisiert werden, sodass nicht allein Historisches erhalten, sondern auch neu Gebautes in den bestehenden Kontext integriert wird. Zudem muss eine gewisse Nutzungsoffenheit zugelassen werden, die eine Mischung zwischen unterschiedlichen „*Wohnformen und Kombinationen von Wohnen und Arbeiten*“¹⁷⁶ ermöglicht. Hierdurch wird eine nutzerspezifische Einteilung, Gestaltung und letztlich *Aneignung* des physischen Ortes realisiert.

- Funktionale Dimension

Eine Mischung von Nutzungen an einem Ort ermöglicht eine Vielfalt an Funktionen und eine Verknüpfung von verschiedenen Tätigkeiten am selben Ort, wodurch der öffentliche Raum zum „*Teil des Alltagslebens*“¹⁷⁷ wird und eine Basis für Kommunikation und Austausch entsteht. Unter der Voraussetzung, dass sich „*die Gebäude zu den öffentlichen Räumen hin entsprechend artikulieren und keine ‚toten‘ Erdgeschossfassaden ausbilden*“¹⁷⁸, entsteht hierdurch ein Sicherheitsgefühl, da Gebäude zu unterschiedlichen Zeiten genutzt und belebt werden.

Dennoch gehören auch die von Siebel als *Nachtseiten der Urbanität* bezeichneten Elemente von Stadtkultur zu einer Nutzungsmischung.¹⁷⁹ Diese ermöglichen erst die Existenz von Andersartigem und Fremdem im städtischen Raum. Von den Nutzern muss im Rahmen der einzuhaltenden Regeln und Werte auch Toleranz und Akzeptanz aufgebracht werden, solange die Nachtseiten ein friedvolles und sicheres Zusammenleben nicht akut beeinträchtigen. „*Der öffentliche Raum fungiert somit als sozialer und gesellschaftlicher Freiraum und nicht nur als geordneter, reglementierter Raum.*“¹⁸⁰

Die einzelnen Bereiche eines Ortes sind nicht nur auf der räumlichen Ebene, sondern auch in ihren Nutzungen vielfältig zu gestalten. Hierzu gehören auch Möglichkeitsräume, die durch ihre Unbestimmtheit gekennzeichnet sind. „*Sie haben keine definierte Aufgabe und bieten Raum für eine eigene Interpretation und Aneignung. Die bauliche Struktur bildet dabei einen Rahmen, der auf unterschiedlichste Art bespielt werden kann.*“¹⁸¹

¹⁷⁵ Baum 2008:72.

¹⁷⁶ Ebd.:73.

¹⁷⁷ Ebd.:74.

¹⁷⁸ Ebd.

¹⁷⁹ Vgl. hierzu Kapitel 3.2.1.1.

¹⁸⁰ Baum 2008:75.

¹⁸¹ Baum 2008:75.

Letztlich müssen urbane Orte über eine gewisse Zentralität verfügen, nicht im Sinne einer Innenstadtlage, sondern in Bezug auf ihre Beziehungen zur direkten Umgebung. An einem Ort müssen also verschiedenste Funktionen gebündelt sein, dieser muss aber auch gut erreichbar sowie für unterschiedliche Individuen und soziale Gruppen frei zugänglich sein. Darüber hinaus trägt eine kompakte und baulich dichte Struktur zu einer nachhaltigen und ressourcenschonenden Raumnutzung bei.

- Soziale Dimension

Die soziale Dimension urbaner Orte bezieht sich sowohl auf die Individualität des Einzelnen und dessen Integration in die Gesellschaft, als auch auf das Spannungsfeld, das hieraus entsteht. Zum einen besteht die Möglichkeit der Privatheit und Anonymität, zum anderen die der Kommunikation und der Begegnung. Im Privaten erhält der Einzelne die Möglichkeit anonym, also ohne die engmaschige Kontrolle der Gemeinschaft, und damit als Individuum zu handeln. Die Gleichzeitigkeit von physischer Nähe und sozialer Distanz ermöglicht es dem Einzelnen sein Leben frei zu gestalten und sich so von sozialen Zwängen zu befreien.

Gegenüber einem Handeln als Individuum steht die Integration des Einzelnen in die Gemeinschaft. *„Gemeinschaft bedeutet Begegnung und Austausch mit anderen sowie in ganz besonderem Maße die dabei entstehende Kommunikation“*¹⁸². Über die Intensität seiner Beteiligung bestimmt der Einzelne selbst und somit, ob hieraus nur lose Kontakte oder engmaschige Netzwerke und Kooperationen entstehen.

Auf der sozialen Ebene kommt ebenfalls die zuvor genannte, politische Dimension zum Tragen. Urbanität steht *„für durchgesetzte Demokratie, für die Gleichheit jedes Menschen und die Möglichkeit zur politischen Mitsprache.“*¹⁸³ Bildung und die Entwicklung sozialer Kompetenzen stellen den Schlüssel zur aktiven Teilnahme am gesellschaftlichen Leben dar, wobei der Erwerb von Bildung ein gerechtes und frei zugängliches Bildungssystem voraussetzt, um jedem Bürger, unabhängig von seiner gesellschaftlichen Stellung, die gleichen Chancen auf Partizipation zu ermöglichen.

Grundsätzlich basiert das Verhalten im öffentlichen Raum auf geschriebenen und ungeschriebenen Regeln, die sich im sozialen Handeln (re)produzieren. Aktuell scheinen diese *„formulierten und vermittelten Werte für ein urbanes Zusammenleben“*¹⁸⁴ jedoch ihre allgemeine Gültigkeit und Verbindlichkeit zu verlieren. Dies hat eine Verunsicherung zur Folge, die sich in der gegenwärtigen Forderung nach einer Leitkultur artikuliert.¹⁸⁵ In diesem Rahmen wird auch der Ruf nach stärkeren gesetzlichen Reglemen-

¹⁸² Baum 2008:77.

¹⁸³ Ebd.:78.

¹⁸⁴ Ebd.:79.

¹⁸⁵ Anm. d. Ver.: Vgl. hierzu die von Innenminister Thomas de Maizière im April 2017 erklärten 10 Thesen zur Diskussion dieses Themas und die aufkeimende Debatte über eine Leitkultur.

tierungen und staatlicher Überwachung laut. Tatsächlich kann Sicherheit jedoch nur *„durch gesellschaftliche Werte entstehen, an denen sich alle orientieren: Respekt vor Menschen und Dingen, gegenseitige Wertschätzung, Offenheit und Toleranz. Dazu ist es nötig, diese Werte zu formulieren, aber auch sie zu vermitteln und vorzuleben.“*¹⁸⁶

Baum legt ihrem Konzept der urbanen Orte ein multikulturelles Gesellschaftsbild zugrunde. Vor diesem Hintergrund ist eine soziale Durchmischung anzustreben, um eine funktionierende kulturelle, soziale und ethnische Vielfalt herzustellen. Eine multikulturelle Gesellschaft ist zum einen durch die *„Differenziertheit der Eigenheiten“*¹⁸⁷ geprägt, basiert jedoch gleichzeitig auf einem gemeinsamen Werteverständnis. Die Entwicklung gemeinsamer Werte erfordert Offenheit und Toleranz, um die kulturellen Unterschiede als Gewinn für das Individuum und die Gesellschaft erkennen zu können. Dies setzt abermals ein gewisses Maß an Bildung und qualifizierter Ausbildung voraus.

Die gemeinsamen Werte dürfen dabei nicht von ethnischen und kulturellen Hintergründen ausgehen. *„Es geht mehr um essentielle Werte, die ein friedvolles und sicheres Zusammenleben möglich machen. Dazu gehören in erster Linie Höflichkeit, Respekt und Toleranz.“*¹⁸⁸ Durch die Ausbildung gemeinsamer Werte ist eine multikulturelle Gesellschaft, aber gleichzeitig auch eine europäische Stadt im einundzwanzigsten Jahrhundert, geprägt von einem Sicherheitsgefühl, Verantwortung, aktivem Handeln, zivilgesellschaftlichem Engagement und Vertrauen.

Um Urbanität leben zu können, müssen im Rahmen der Stadtkultur verschiedene Eigenschaften und Kompetenzen gefördert werden. Hierzu gehören *moralische Kompetenzen* und somit ein entwickeltes Wertebewusstsein, in dessen Rahmen der Einzelne Verantwortung für sich selbst und seine Lebenswelt übernimmt, *soziale Kompetenzen*, in deren Rahmen der Einzelne am gesellschaftlichen und politischen Leben aktiv teilnimmt, und *kognitive Kompetenzen*, in deren Rahmen der Einzelne auf Basis von Wissen und Reflexion dazu in der Lage ist, eigenständig zu entscheiden. In ihrer sozialen Dimension steht Urbanität also für eine Balance *„zwischen Regeln und Kontrolle versus Selbstbestimmung und Freiheit.“*¹⁸⁹

- Atmosphärische Dimension

Auf der *Atmosphärischen Ebene* sind die Eigenschaften zu nennen, die *„das Räumliche und Soziale verknüpfen und darüber noch hinausgehen.“*¹⁹⁰ Diese Eigenschaften sind nur schwer fass- und messbar, da sie subjektiv wahrgenommen werden. Die Atmosphäre stellt das ausschlaggebende Element der Stadtkultur für die Identifikation

¹⁸⁶ Baum 2008:79; Vgl. hierzu auch Schäfers 2006:160.

¹⁸⁷ Ebd.:78.

¹⁸⁸ Ebd.:79.

¹⁸⁹ Ebd.:62.

¹⁹⁰ Ebd.:63.

mit dem Ort dar. *„Die Nutzer und Bewohner eines Ortes produzieren durch ihre Lebensformen diese spezifische Atmosphäre mit und sind ein Teil davon. Die Atmosphäre eines Ortes wird mit allen Sinnen erfahren.“*¹⁹¹ Zum einen trägt die sinnliche Beschaffenheit des Ortes zur Atmosphäre bei und zum anderen die sozialen Handlungen. Künstlich erschaffene Orte können keine authentische Atmosphäre erschaffen, da sie niemals alle Eigenschaften von urbanen Orten kopieren, sondern immer auch einige außen vor lassen, wie beispielsweise die *Nachtseite der Urbanität*.¹⁹²

Die *Geschichte eines Ortes* spielt in diesem Rahmen eine essentielle Rolle. Hierbei geht es jedoch nicht allein um den Erhalt historischer Strukturen, sondern vielmehr um die Abbildung der *„politischen, kulturellen und wirtschaftlichen Entwicklung. Die Geschichte materialisiert sich an diesen Orten. Sie haben ein symbolisches Potential.“*¹⁹³ Durch die Umnutzung und Neuordnung vorhandener Strukturen eröffnet sich ein Spannungsfeld zwischen eigentlicher Bedeutung und aktueller Nutzung. *„Gerade diese Orte des Umbruchs haben ein Potential, welches unabdingbares Element von Urbanität ist - ein gewisses Maß an Chaos.“*¹⁹⁴ Chaos steht hier für Freiheit und ermöglicht die Aktivierung von Urbanität in einer pluralistischen Gesellschaft, die sich in *„kleinmaßstäblichem Wildwuchs, in Nischen, in der Mobilisierung von räumlichen Ressourcen ausleben“* kann.¹⁹⁵

Zuletzt ist hier die Einmaligkeit und Originalität von urbanen Orten zu nennen. Urbanität entwickelt sich an gewachsenen Orten, die über eine eigene Identität verfügen. *„Die Identität bezeichnet die einmalige Zusammensetzung vieler Einzelfaktoren, die spezifische Komplexität eines Ortes und auch seine Einprägsamkeit und Erinnerbarkeit durch die Prägnanz seiner Gestalt.“*¹⁹⁶ Die Identität eines Ortes, auf die im Folgenden noch näher einzugehen ist, entwickelt sich erst mit der Zeit und ermöglicht eine Identifikation durch Bewohner und Nutzer.

*„Identifikation steht aus soziologischer Sicht für die Fähigkeit des Menschen, ein Objekt oder eine Person wiederzuerkennen. Die Vorstellung, die sich ein Individuum von einem Ort macht, setzt sich aus Elementen zusammen, welche besonders prägnant sind: räumliche Strukturen, Symbole, Ereignisse und eigene Erlebnisse. Identifikation entsteht durch ‚Aneignung, durch praktische Inbesitznahme und Einbeziehung in alltägliche Lebensvorgänge‘ und ist somit Basis, um Verantwortung für einen Ort und die Geschehnisse an diesem Ort zu übernehmen.“*¹⁹⁷

¹⁹¹ Baum 2008:81.

¹⁹² Vgl. hierzu Kapitel 3.2.1.1.

¹⁹³ Baum 2008:82.

¹⁹⁴ Ebd.

¹⁹⁵ Ebd.

¹⁹⁶ Ebd.

¹⁹⁷ Ebd.:83.

Abschließend bleibt festzuhalten, dass Urbanität als Voraussetzung und Ergebnis einer lebendigen Stadtkultur ein komplexes Konstrukt darstellt, welches untrennbar mit einer städtischen Öffentlichkeit und einer Kultur der Partizipation in Verbindung steht. Nunmehr sollen die Elemente dieser letzten beiden Voraussetzungen zur Entstehung einer lebendigen Stadtkultur ergänzt werden, auf die noch nicht eingegangen wurde.

3.2.2.2 Städtische Öffentlichkeit

Wie bereits beschrieben stellt der öffentliche Raum ein zentrales Element der europäischen Stadt und Gesellschaft dar. Er konstituiert sich durch bauliche Elemente und durch die Anwesenheit des handelnden Menschen im öffentlichen Raum. Auch Habermas weist darauf hin, dass Öffentlichkeit „*öffentliche Orte der Versammlung und der Kommunikation*“¹⁹⁸ voraussetzt, ebenso wie die Anwesenheit von Privatpersonen.

Auf den Konstitutionsprozess geht Habermas genauer ein, indem er zwei Formen von Öffentlichkeit unterscheidet. Zum einen ist hier die *literarische Öffentlichkeit* zu nennen, die in öffentlich zugänglichen städtischen Bereichen „*mit besonders hoher Kommunikationsdichte*“¹⁹⁹ entsteht, und darauf aufbauend die *politische Öffentlichkeit*, welche sich durch die inhaltliche Weiterentwicklung der diskursiven Auseinandersetzungen herausbildet.

Die baulichen und gesellschaftlichen Elemente von öffentlichen Räumen wurden im vorangegangenen Kapitel bereits eingehend beschrieben. Schäfers konkretisiert diese öffentlich zugänglichen Bereiche, indem er diese mit Orten in Verbindung bringt, die in der Alltagswelt der Menschen verschiedene Funktionen erfüllen. Zunächst nennt er hier Orte für den Austausch von Waren und Gütern, also Markttorte, Orte an denen sich verschiedene soziale Gruppen und Individuen repräsentieren und darstellen können und an denen die „*Komplexität der Lebenswelt und Lebensformen öffentlich sichtbar*“²⁰⁰ wird. Aber auch Orte an denen kulturelle und soziale Widersprüche verhandelt werden können. Letztlich nennt er auch Orte, die die Auseinandersetzung „*mit Kunst und den avantgardistischen Tendenzen im öffentlichen Raum*“²⁰¹ ermöglichen. Diese können im lokalen städtischen Kontext unterschiedlich verortet sein.

Hiermit begrenzt Schäfers die *literarische* Form der Öffentlichkeit nicht mehr inhaltlich auf die Auseinandersetzung mit der Kunst, sondern setzt den Begriff der *Öffentlichkeit* konkret mit dem Alltagsleben in Beziehung. Konkrete Inhalte der diskursiven Auseinandersetzung an diesen Orten bleiben zunächst offen.

¹⁹⁸ Schäfers 2006:151.

¹⁹⁹ Dunckelmann 1975:13.

²⁰⁰ Schäfers 2006:153.

²⁰¹ Ebd.

Für das Entstehen einer *städtischen Öffentlichkeit* ist neben dem Vorhandensein öffentlich zugänglicher Orte ebenfalls die Offenlegung kommunaler Vorgänge von Bedeutung. In diesem Zusammenhang ist es den Bürgern möglich, Einsicht in Angelegenheiten von öffentlichem Interesse zu erlangen und somit über die eigene Lebenswelt mitzuentcheiden. Die Mitentscheidung kann entweder durch die Kommune im Rahmen informeller Planungsprozesse ermöglicht oder eigenständig im Rahmen von Bürgerinitiativen eingefordert werden.

Soweit die Bürger zur aktiven Teilnahme am städtischen Leben befähigt sind, bildet sich an dieser Stelle eine *politische Öffentlichkeit* aus.²⁰² Öffentlichkeit bedeutet hier vor allem die Möglichkeit zur gleichberechtigten Mitsprache des Einzelnen, auch in politischen Bereichen. In diesem Rahmen verhandeln die Bürger nicht mehr nur ihre privaten Bedürfnisse und Interessen, sondern auch die Interessen der Gemeinschaft und treten aktiv für diese ein. Eine funktionierende politische Öffentlichkeit darf somit niemanden ausschließen,²⁰³ sodass sich die *öffentliche Meinung*, die sich hier herausbildet, nach demokratischen Grundsätzen legitimiert. Eine *Städtische Öffentlichkeit* kann nach Schäfers nur entstehen, wenn eine politische Öffentlichkeit existiert.²⁰⁴

Wie bereits beschrieben, setzt eine städtische Öffentlichkeit kompetentes Handeln auf moralischer, sozialer und kognitiver Ebene voraus.²⁰⁵ „Gefordert ist ein Verhalten - und natürlich die entsprechende Einstellung und Motivation -, das Distanzierung und Annäherung zugleich erlaubt: urbanes Leben als Spannungsverhältnis zwischen physischer Nähe und sozialer Distanz.“²⁰⁶ In diesem Rahmen mahnt Schäfers die Schließung öffentlicher Räume durch die Errichtung von halböffentlichen Räumen an, wie Shoppingcentern oder Video-überwachten Orten. Ebenfalls kritisiert er die Auslagerung von Teilfunktionen öffentlicher Räume in den suburbanen Raum, wie konzentrierte Einkaufsmöglichkeiten mit ausreichendem Parkplatzangebot in Shoppingcentern am Stadtrand statt in den Innenstädten.²⁰⁷ Um die Fähigkeiten und Kompetenzen, die öffentliches Handeln erfordert, zu erhalten, müssen ebenso die Orte erhalten werden, die dieses Verhalten ermöglichen und fördern. Nur auf diese Weise kann die *„Öffentlichkeit als Element einer demokratisch verfassten Gesellschaft und die Wahrnehmung liberaler Grundrechte als Teil der Stadtkultur“*²⁰⁸ sichergestellt werden.

²⁰² Vgl. Schäfers 2006:154.

²⁰³ Ebd.

²⁰⁴ Vgl. ebd.:155.

²⁰⁵ Vgl. hierzu Kapitel 3.2.2.1.

²⁰⁶ Schäfers 2006:155.

²⁰⁷ Vgl. ebd.:159f.

²⁰⁸ Ebd.:160.

3.2.2.3 Partizipation

Auch die aktive Teilnahme des Menschen am Stadtleben wurde bereits vorab dargestellt.²⁰⁹ Die aktive Teilnahme geht von der Bereitschaft aus, im Rahmen des Alltagslebens mit anderen Menschen in der städtischen Umgebung zu kommunizieren und sich auszutauschen. Diese Bereitschaft erhöht sich, wenn sich das Alltagsleben auf die direkte Wohnumgebung konzentriert, in der sich essentielle Funktionen konzentrieren und durch die räumliche Dichte eine erhöhte Wahrscheinlichkeit besteht, auf bekannte Gesichter zu treffen.²¹⁰

Der Einzelne entscheidet jedoch immer selbst, in welchem Maße er sich mit der städtischen Gemeinschaft um ihn herum auseinandersetzen möchte. Gleichzeitig kann diese Entscheidung durch eine gute Bildung und soziale Kompetenzen beeinflusst werden, da diese zu einer tieferen Einsicht in die Strukturen und Erfordernisse des gesellschaftlichen Zusammenlebens führen. Hierdurch ist letztlich eine aktive, tolerante und offene Auseinandersetzung mit der Lebenswelt und die Entwicklung gemeinsamer Werte zu gewährleisten, die zur Orientierung des Menschen in der Gesellschaft beitragen.

Bei dem Begriff der Partizipation geht es jedoch nicht allein um die Teilnahme an der Gesellschaft, sondern gleichzeitig um die *gesellschaftliche Teilhabe* an politischen Entscheidungen. Diskutiert wird im Rahmen der Steuerung dieser Prozesse seit längerem der Begriff *Governance*. Governance beschreibt die gemeinsame Gestaltung städtischer Entwicklungsprozesse durch die Beteiligung von Staat, Wirtschaft und Zivilgesellschaft. Folglich fließen die Bedürfnisse, das Wissen und die Erfahrung aller städtischen Akteure gleichermaßen in den Prozess ein, wodurch ein breiter gesellschaftlicher Konsens, beispielsweise im Rahmen von Maßnahmen der Stadtentwicklung, erzielt werden kann.

Nach dem Umwelt- und Politikwissenschaftler Jens Newig definiert sich das mehrdimensionale Konzept der Partizipation durch fünf Elemente:²¹¹

- Zunächst beschreibt er die *Kooperation* beziehungsweise *Kommunikation*. Im Gegensatz zu einem einseitigen, ausschließlich hoheitlichen Handeln, geht es bei Partizipation somit um eine gemeinsame, konsensuale Problemlösungs- und Entscheidungsfindung durch eine sach- und zielorientierte wechselseitige Kommunikation in Gruppen und Prozessen.

²⁰⁹ Vgl. hierzu Kapitel 3.2.2.1.

²¹⁰ Vgl. Baum 2008:77.

²¹¹ Vgl. Newig 2011:487f.

- Als zweites Element verweist er auf die Teilhabe an konfliktbehafteten Entscheidungen im öffentlichen Raum, welche „für einen größeren Personenkreis Vorgaben über künftiges Handeln“²¹² machen. Dem entgegen steht ein bürgerschaftliches Handeln, welches sich ebenfalls durch ein aktives Engagement im öffentlichen Raum auszeichnet. Solange bürgerschaftliche Aktivitäten jedoch „reinen Aktionscharakter tragen, aber keine Bindungswirkung über künftige Aktivitäten entfalten, liegt keine Partizipation im Sinne der Governance-Perspektive vor.“²¹³
- Als drittes Element beschreibt Newig die *Mitbestimmung*. Hierbei geht es um eine Teilhabe von Individuen und Gruppen, die nicht routinemäßig in die Entscheidungsprozesse einbezogen sind, womit insbesondere Wahlen nach Newig keine Form der hier beschriebenen Partizipation darstellen. „Allerdings bedeutet dies nicht, dass in partizipativen Prozessen keine staatlichen Entscheidungsorgane beteiligt sind; es darf sich nur nicht ausschließlich um solche handeln.“²¹⁴
- Folglich ist ein weiteres Element von Partizipation die *Machtabgabe* an beteiligte Akteure. „Solange also lediglich Kommunikation im Kontext öffentlicher Entscheidungen stattfindet, die Anliegen der Beteiligten aber die zu treffenden Entscheidungen nicht beeinflussen können, liegt keine Partizipation vor“²¹⁵.
- Zuletzt beschreibt Newig die *Repräsentation*, wonach Partizipation nur dann vorliegt, wenn die Zusammensetzung der am Prozess Beteiligten repräsentativ für diejenigen ist, die das zu entscheidende Anliegen betrifft.

Damit zeichnet Newig vor allem ein basisdemokratisches Bild von Partizipation, welche auf Gleichberechtigung und Inklusion beruht. In diesem Rahmen ist die Stadtpolitik also gefragt, entsprechende Strukturen zu schaffen. Diese Forderung nach der Etablierung partizipativer Strukturen geht ebenfalls aus den Anforderungen einer postmodernen Gesellschaft an postmoderne Städte hervor.²¹⁶

3.3 Kultur als Element von Stadtkultur

Die Gestaltung von Stadtkultur beziehungsweise die Schaffung von Rahmenbedingungen für deren Entstehen stellt sich als Querschnittsaufgabe dar, die auf nahezu alle gesellschaftlichen Bereiche Bezug nimmt und vordergründig durch Stadtpolitik, Stadtplanung und Kulturpolitik zu lösen ist. Bei näherer Betrachtung ruft sie jedoch auch

²¹² Newig 2011:487.

²¹³ Ebd.

²¹⁴ Ebd.

²¹⁵ Ebd.

²¹⁶ Vgl. hierzu Kapitel 2.3.

noch weitere Bereiche wie die Bildungs- und Ausbildungspolitik auf den Plan. Folglich kann die Aufgabe der Gestaltung einer lebendigen Stadtkultur nicht allein durch kulturelle Strategien gelöst werden.

Dennoch stellen sich gerade nach Anleitung des beschriebenen Konzeptes von Stadtkultur diverse Ansatzpunkte für die Förderung einer individuellen und lokalen Identität dar, derer sich konkret die Kulturpolitik annehmen muss. Es ist deshalb näher herauszuarbeiten, wo die kommunale Kulturpolitik anzusetzen hat, um Kultur als Identifikationsgegenstand im Rahmen der Stadtkultur zu instrumentalisieren. Hierzu ist zunächst das Konzept der Identität des Einzelnen und des Ortes zu erläutern. Abschließend ist ebenfalls auf die kulturellen Ansätze einzugehen, die Kulturpolitik in diesem Rahmen fördern muss.

3.3.1 Die Identität des Einzelnen und des Ortes

Die Globalisierung stellt sich in vielerlei Hinsicht als weltweiter Angleichungsprozess dar. Im Kampf um Bewohner, Wirtschaftsunternehmen und internationale Investoren setzen Städte oftmals auf den Ausbau der selben, allgemein gefragten Standortfaktoren ohne auf die vorhandenen, lokalen Stärken einzugehen. Hierdurch entwickelt sich Städte äußerlich immer mehr zu gleichförmigen, funktionalistischen Gebilden.²¹⁷ Den Städten scheint der Verlust ihrer Identität zu drohen.

Aus der gesellschaftlichen Auseinandersetzung mit der Globalisierung und den neoliberalen Tendenzen der Ökonomie geht die Forderung nach „*Konkretion, Bindung und emotionaler Sicherheit*“²¹⁸ hervor. Hierin spiegelt sich die Suche nach „*Identität - des Ortes und des Einzelnen*“²¹⁹, welche damit eines der zentralen gesellschaftlichen Themen im Rahmen des Wandels zur postmodernen Stadt darstellt. Um einem Identitätsverlust entgegen zu wirken, sind Städte folglich stärker gefragt, eine lokale Identität zu fördern, aber auch die Identitätsbildung des Einzelnen zu ermöglichen. Bevor eine Auseinandersetzung stattfinden kann, in welcher Form sich Kulturpolitik dieser Suche annehmen muss, soll auf die Identität des Einzelne und des Ortes näher eingegangen werden.

3.3.1.1 Identitätsbildung

Jede Identität weist eine zeitliche und eine inhaltliche Dimension auf. Die zeitliche Struktur, entlang der Identitäten organisiert sind, verweist auf die Dynamik des Konstruktes Identität. Auf der zeitlichen Ebene reflektiert der Mensch, wer er war, wer er ist

²¹⁷ Vgl. Göschel 2001:37; Vgl. Zukin 2010:46.

²¹⁸ Göschel 2001:37.

²¹⁹ Ebd.

und wer er sein will. Die Identität des Einzelnen entsteht durch die Auseinandersetzung mit sich selbst, vor allem aber durch die Reflexion des eigenen Verhaltens.

Die Reflexion bezieht jedoch nicht allein die Innenperspektive ein, sondern setzt das eigene Verhalten, im Zuge des sozialen Handelns, gleichzeitig in Bezug zum Verhalten anderer Menschen. In diesem Rahmen erstellt der Mensch zur Orientierung und gegenseitigen Verständigung ein Bild von sich selbst. Auf Grundlage dieses Selbstbildes wird das eigene Handeln *„entweder bestätigt und abgesichert oder auch korrigiert bzw. verändert.“*²²⁰ Selbstbilder und Identitäten gründen sich *„auf eine Art innere Konversation, in die Verbalität, Gefühle, habituelle Tätigkeiten und körpersprachliche Aktivitäten eingebunden sind.“*²²¹

Die inhaltliche Dimension der Identität entsteht im Abgleich des eigenen Verhaltens mit dem der anderen und im sozialen und kommunikativen Handeln, welches gleichzeitig durch gesellschaftliche Strukturen geprägt ist. *„Strukturen sind Regeln und Ressourcen, die rekursiv in Institutionen eingelagert sind und die unabhängig von Ort und Zeitpunkt Geltung haben. [...] Räumliche Strukturen sind [ebenfalls] eine Form gesellschaftlicher Strukturen. Das Räumliche wird nicht gegen das Gesellschaftliche abgegrenzt, sondern als Aspekt des Gesellschaftlichen verstanden.“*²²²

Der Ethnologe Clifford Geertz betrachtet die gesellschaftlichen Strukturen als kulturell determiniert. Kultur ist in diesem Rahmen als eine Vielzahl von Kontrollmechanismen zu verstehen, also als Pläne, Rezepte, Regeln und Anweisungen, auf die der Mensch angewiesen ist, um sein Verhalten zu ordnen.²²³ Konkrete Kontrollmechanismen sind oftmals spezifisch für eine Gemeinschaft und somit nur in dieser geläufig. Das Selbstbild des Menschen ist immer auch kulturell geprägt und dient ihm zur Orientierung und gegenseitigen Verständigung im jeweiligen gesellschaftlichen Kontext. *„Mensch zu werden heißt nichts anderes, als Individuum zu werden, und zu Individuen werden wir nur unter Anleitung von Kulturmustern, von historisch geschaffenen Bedeutungssystemen, mit deren Hilfe wir unserem Leben Gestalt, Ordnung, Richtung, Ziel geben.“*²²⁴

Kulturelle Muster bestehen konkret aus einem organisierten System signifikanter Symbole, wie Worte, Gesten, Zeichnungen oder musikalische Geräusche, und aus allem, was Erfahrungen einen Sinn geben kann. Identität beinhaltet immer eine innengeleitete, individuelle und eine außergeleitete, gesellschaftlich-kulturelle Komponente.

Ein essentielles Element der Identitätskonstruktion ist die Reflexivität. Diese ermöglicht die Ausgestaltung der Beziehungen zu anderen und des eigenen Verhaltens. *„Sie trägt*

²²⁰ Liebsch 2010:70.

²²¹ Ebd.:77.

²²² Löw 2001:226.

²²³ Geertz 2000:219.

²²⁴ Ebd.:228.

dazu bei, dass Sprache und Symbole sinnvoll eingesetzt und angewendet werden. Sie ermöglicht eine Perspektive auf das eigene Denken und Handeln, in der Entscheidungen und Wahlhandlungen legitimiert und begründet werden.“²²⁵ Vor dem Hintergrund einer individualisierten, pluralistischen und enttraditionalisierten Gesellschaft ist der Mensch gefordert, seine Identität kontinuierlich zu reflektieren. Hierdurch entwickelt er keine statische Identität, sondern ein Selbstbild, welches sich prozesshaft gestaltet. In diesem Sinne ist nicht mehr die Rede von *einer* Identität, sondern von einem Selbstbild, welches sich aus ganz verschiedenen, auch widersprüchlichen Lebenserfahrungen zusammensetzt.²²⁶

Identitäten sind jedoch nicht nur Individuen zuzuschreiben, sondern ebenfalls sozialen Gruppen. In diesem Rahmen fühlt sich das Individuum emotional mit einer sozialen Gruppe verbunden, da es sich selbst zu der gleichen sozialen Kategorie zählt, wie die anderen Mitglieder. Gleichzeitig besteht ein sozialer Konsens über das Selbstbild der Gruppe und dessen Auslegung in Bezug auf die Zugehörigkeit. Diese Selbstbeschreibung konstituiert sich durch das differenztheoretische Prinzip von Ein- und Ausschluss.²²⁷

„Die Teilhabe an einer Gemeinschaft bestimmt sich über die Teilnahme an gruppenspezifischen Ritualen. Diese Rituale bringen eine Gleichförmigkeit des Handelns hervor. Auch müssen die Handelnden ein Bewusstsein von der Gleichförmigkeit ihrer Handlungen ausbilden. Dazu verwenden die Gruppenmitglieder Bilder, Symbole und kulturelle Weltbilder als Selbstüberzeugungen. Sie betten ihre Selbstbilder ein in ein kulturelles Feld von Unterscheidungen und Musternerzählungen. Das Ergebnis ist dann eine kulturelle Symbolisierung und Codierung kollektiver Identität. Sie markiert die Grenze des Innenraums der Gemeinschaft und setzt eine Vertrautheit mit den impliziten Regeln der Gemeinschaft voraus.“²²⁸

Es bleibt festzuhalten, dass nicht nur Individuen über Identitäten verfügen, sondern auch soziale Gruppen. Ebenso sind Identitäten durchaus kulturell geprägt, zugleich nehmen aber auch die räumlichen Strukturen Einfluss auf den Prozess der Identitätsbildung. Hierauf ist im Folgenden, in Hinblick auf die Herausbildung einer *Identität des Ortes*, näher einzugehen.

3.3.1.2 Raumbezogene Identitätsbildung

Individuen und soziale Gruppen beziehen sich in ihrer Identitätsbildung immer auch auf den Raum.²²⁹ Der Raum darf in diesem Zuge jedoch nicht als statischer Hintergrund begriffen werden, der aus sich selbst heraus Identitätsbildend wirkt, sondern muss

²²⁵ Liebsch 2010:77.

²²⁶ Vgl. ebd.:73.

²²⁷ Vgl. ebd.78f

²²⁸ Ebd.

²²⁹ Vgl. Bautz u. a. 2016:8.

ebenfalls als Produkt sozialer und gesellschaftlicher Prozesse betrachtet werden, womit er immer auch spezifische gesellschaftliche Verhältnisse widerspiegelt.²³⁰

Nach Weichhart sind drei Stufen der raumbezogenen Identitätsbildung zu unterscheiden.²³¹ Zunächst nennt er die *Identifizierung von*, welche sich auf die kognitive Wahrnehmung physischer Objekte, wie bauliche Elemente im städtischen Raum, durch ein Individuum oder eine soziale Gruppe bezieht. In der Wahrnehmung räumlicher Strukturen wird die Identität der physischen Umwelt erkennbar. Durch diesen kognitiven Prozess der Identifizierung entwickeln Individuen oder sozialen Gruppen eine Beziehung zum Raum.

Eine Erfassung der räumlichen Identität kann nur in Abgrenzung zu anderen strukturierten Territorien erfolgen. Für die Wahrnehmung von Raum und seiner Gestaltung sind somit vor allem die *„räumliche Konfiguration, Vegetationselemente oder auch Ausstattungselemente“*²³² ausschlaggebend.

Durch die Bezugnahme auf die geschichtliche Dimension des Raumes wird schließlich die Bedeutungskonstruktion gefördert. Der geschichtliche Hintergrund kann sich aus historischen Ereignissen speisen, gleichzeitig aber auch aus der Alltagerfahrungen der Menschen, die sich aus der *„alltägliche[n] Nutzung, Anschauung und Aneignung“*²³³ des Raumes ergeben. Hieraus ergibt sich die kulturelle und politische Bedeutung eines Ortes.

Die zweite Dimension stellt das *Identifiziert-Werden* dar und bezieht sich auf die Wahrnehmung einer individuellen Identität durch andere. In diesem Rahmen werden der Einzelne oder eine soziale Gruppe als Personen einer bestimmten Art identifiziert und können selbst Gegenstand eines Identifikationsprozesses werden. Einem Einzelnen oder einer Gruppe werden dabei bestimmte Eigenschaften zugeschrieben, die aus ihrer Position im Raum abgeleitet werden.

In der zuvor beschriebenen, äußerlichen Wahrnehmung eines Ortes erfolgt eine soziale Zuschreibung und damit eine Bewertung durch andere. Die anwesenden Individuen oder Gruppen werden folglich mit dem Ort identifiziert, wodurch es zu *„sozialen Gruppenbildungsprozessen und eventuell zu Stigmatisierungsvorgängen“*²³⁴ kommt. Oft werden einer Stadt ebenfalls im Rahmen des Stadtmarketings bestimmte Eigenschaften zugeschrieben. Diese bilden die Grundlage für City-Brandings und Marketingkam-

²³⁰ Vgl. Bautz u.a. 2016:13.

²³¹ Petzold 2009:159.

²³² Bautz u.a. 2016:13.

²³³ Ebd.:14.

²³⁴ Ebd.

pagnen. Stimmt die konstruierte Marke nicht mit der gelebten Realität überein, besteht die Gefahr der *„Entkoppelung zwischen gelebter und konstruierter Identität“*²³⁵.

Zuletzt ist die *Identifikation mit* zu nennen, wobei sich der Einzelne oder eine soziale Gruppe mit einem bestimmten Objekt identifizieren, sich also beispielsweise mit einem bestimmten Raum verbunden fühlen. Die Bedeutung des Raumes entwickelt sich hier auf emotionaler Ebene durch die Symbole im Raum. Die letzte Dimension ist als aktive Auseinandersetzung des Individuums mit seiner Umwelt bei der Ausgestaltung seiner Persönlichkeit zu verstehen.

In diesem Rahmen spielen individuelle und gruppenbezogene Verinnerlichungsprozesse eine Rolle. *„Es finden aktive Prozesse der Aneignung, der ‚Verschönerung‘ oder auch der Interessenvertretung statt, die sich beispielsweise in Bürgerinitiativen, kommunikativen Organisationsmodellen oder Akteursnetzwerken manifestieren.“*²³⁶

3.3.1.3 Förderung einer räumbezogenen Identitätsbildung

Die beschriebenen Konzepte der Identitätsbildung liefern die Grundlage für Ansätze zur Förderung der Identität des Einzelnen und des Ortes im Rahmen der Stadtkultur. Diese Ansatzpunkte auf der räumlich-baulichen, wie auch auf der gesellschaftlichen Ebene sind im Folgenden zusammenzufassen.

Wie Baum bereits beschreibt, wird eine Stadtlandschaft erst durch als separate Einheit wahrnehmbare Bereiche lesbar. Hierbei fungieren vor allem räumlich-bauliche Elemente, *„wie Gebäude, Landmarken, physische Barrieren oder Übergänge, Grenzen, bestimmte Baumaterialien und Formelemente, auch landschaftliche Elemente“*²³⁷ als Symbolträger. Ortsspezifische Zeichen und Symbole, aber auch unterschiedliche Architektursprachen, werden durch den Betrachter mit einem speziellen Ort assoziiert, erzeugen auf diese Weise ein lebendiges Bild und schaffen damit einen Wiedererkennungswert.

Die Art der Anordnung der räumlich-baulichen Elemente, ihr harmonisches Erscheinungsbild und auch ihre Widersprüche, prägen den spezifischen Ortscharakter der Stadt.²³⁸ In der Anordnung der räumlichen Elemente muss immer ein Sinnzusammenhang erkennbar werden, damit Orte lesbar sind. Einzelne Elemente müssen in einem übergeordneten Kontext zu begreifen sein. Das physische Setting *„stellt den spezifischen und ortsbezogenen Ausgangspunkt dar, aus dem Symbole und kollektive Erinnerungen von zwischenmenschlicher (Gruppen-)Kommunikation gemacht sind. Dabei werden ‚öffentliche‘ gemeinsame mentale Bilder produziert, welche für ein Individuum*

²³⁵ Bautz u.a. 2016:14.

²³⁶ Ebd.

²³⁷ Ebd.:9.

²³⁸ Vgl. Baum 2008:72.

*notwendig sind, um sich in seiner Umwelt zurecht zu finden und mit Gruppenmitgliedern zu kooperieren.*²³⁹

Der Bezug zum Raum wird zudem durch Beziehungen und Aktivitäten im Raum geprägt. Der physische Raum bildet eine Struktur für seine soziale Nutzung. Wie auch andere Autoren, geht Löw (2010) in ihrer Raumsoziologie *„von einer wechselseitigen identitätsbildenden Wirkung“*²⁴⁰ zwischen Raum und Bewohnern aus. Demnach kann soziales Handeln durch konkrete Maßnahmen auf der baulich-räumlichen Ebene beeinflusst und gefördert werden.²⁴¹

Folglich sind die Nutzungen und Qualitäten des Raumes, auf die auch Baum eingeht, in den Blick zu nehmen. Grundlegende Qualitäten, die Räume aufweisen müssen, um soziales Handeln zu ermöglichen, sind eine gute *„Lage, Anbindung, Zugänglichkeit und Sicherheit“*²⁴². Darüber hinaus fördert eine Mischung unterschiedlicher Nutzungen die Kommunikation, die Aneignung im Alltagsleben und somit die Identifikation mit öffentlichen Räumen.

Der Stadtplaner Jan Gehl unterteilt die Nutzung öffentlicher Räume in drei Formen. Er beschreibt *notwendige Aktivitäten*, welche unabhängig von der Ausgestaltung des öffentlichen Raumes sind und immer stattfinden, *optionale Aktivitäten*, welche ausgeübt werden, wenn sich Lust, Zeit und Ort bieten und *soziale Aktivitäten*, welche von der Anwesenheit anderer im Raum abhängig sind.²⁴³ Um soziale Interaktionen zu ermöglichen, sind identifizierbare öffentliche Orte mit hoher Aufenthaltsqualität zu schaffen, die verschiedene Möglichkeiten zur Ausübung *optionaler Aktivitäten* bieten. Je mehr Möglichkeiten sich bieten, desto vielfältiger gestaltet sich die Nutzung des öffentlichen Raums und gleichzeitig das soziale Handeln als Grundlage der Identitätsbildung.

Für die *Identifikation mit* ist vor allem die Veränderbarkeit des Raumes von Bedeutung. Nach Siebel relativiert die Erfahrung der historischen Dimension von Städten durch die Präsenz von Geschichte im Alltag *„die Wirklichkeit heutiger Städte als nur eine von vielen möglichen Weisen urbanen Lebens. Daß es zur selben Zeit woanders anders ist, und daß es am selben Ort früher anders war, legt den Gedanken nahe, es könnte hier und in Zukunft auch anders sein.“*²⁴⁴ Hieraus können sich Vorstellungen über das zukünftige Leben in Städten entwickeln. Um diesen Vorstellungen Raum zu geben, ist es nach Baum unerlässlich funktionsdiffuse Möglichkeitsräume zu schaffen, deren

²³⁹ Bautz u.a. 2016:9.

²⁴⁰ Ebd.:11.

²⁴¹ Vgl. Bautz u.a. 2016:11f.

²⁴² Baum 2008:74.

²⁴³ Vgl. Bautz u.a. 2016:12.

²⁴⁴ Siebel 2015:381f.

Nutzungen nicht vordefiniert sind, sondern die *„Raum für eigene Interpretationen und für Aneignung“*²⁴⁵ bieten.

Das Schaffen von Möglichkeitsräumen meint hier nicht neu gebaute Orte. Ein hohes Potential bieten die Orte in der Stadt, die aufgrund der sich verändernden wirtschaftlichen oder gesellschaftlichen Bedingungen einer neuen Nutzung zugeführt werden sollen. *„Das Gehäuse einer vergangenen gesellschaftlichen Formation, das seine Zwecke überlebt hat und nun für ganz andere Zwecke in Dienst genommen wird, weist ökonomisch und symbolisch jene Überschüsse und Hohlräume auf, in denen sich Phantasie entfalten kann.“*²⁴⁶ Aber auch kleine Nischen, die nicht gleich einen ganzen Ort umspannen, können als Möglichkeitsraum dienen.

Die Veränderbarkeit des Raumes verweist auf die Installation von Freiräumen in der Stadt. *„Zum einen ist dieser Aspekt im Kontext von Aneignungsprozessen relevant, zum anderen auch in der Möglichkeit zur Herausbildung einer Vielfalt von Identitäten.“*²⁴⁷ Abschließend bleibt festzuhalten, dass die *Identifikation mit dem städtischen Raum*, die nach Weichhart die dritte Stufe der raumbezogenen Identitätsbildung darstellt, nur durch eine praktische Aneignung zu erreichen ist. *„Identifikation entsteht durch ‚Aneignung, durch praktische Inbesitznahme und Einbeziehung in alltägliche Lebensvorgänge‘ und ist somit Basis, um Verantwortung für einen Ort und die Geschehnisse an diesem Ort zu übernehmen.“*²⁴⁸

3.3.2 Kultur in ihrer Funktion als Identifikationsgegenstand

Im Zuge der Globalisierung ist zu beobachten, dass sich die Städte in ihrem Erscheinungsbild immer mehr angleichen. Nach dem Raumplaner Klaus R. Kunzmann ist eine lokale Identität nur noch in landschaftlichen Merkmalen und in der Kunst wiederzufinden. *„While the physical structures of a city, together with consumer products, food and large cultural events, converge more and more in style, the cultural content remains the last bastion of local identity.“*²⁴⁹ Auch Göschel attestiert der Kunst eine identitätsbildende Wirkung, welche sie durch die Evokation von Empathie und Emotionen erzielt.²⁵⁰

Beide Autoren verwenden den Begriff der Kunst, an Stelle des umfassenderen Begriffs der Kultur. Eine Kulturpolitik, die sich die Förderung von Identität zum Ziel setzt, muss sich somit vor allem auf kulturelle Ansätze fokussieren, die sich inhaltlich mit der Hoch- und Populärkultur auseinandersetzen. Dies betrifft Ansätze der rezeptiven, aktiven und kreativen Auseinandersetzung mit Kunst, der kulturellen und ästhetischen Bildung,

²⁴⁵ Baum 2008:75.

²⁴⁶ Ebd.:82.

²⁴⁷ Bautz u. a. 2016:12.

²⁴⁸ Baum 2008:83.

²⁴⁹ Kunzmann 2004:387.

²⁵⁰ Vgl. Göschel 2001:38.

aber auch der künstlerischen Produktion im professionellen und nicht-professionellen Bereich.

Kulturpolitik muss sich also zunächst mit der Förderung der Akteure befassen, die nach dem Deutschen Kulturrat bereits jetzt das kulturelle Leben in Deutschland prägen. Als solche sind Kultureinrichtungen, -vereine und -stiftungen zu nennen, aber auch Künstlerinnen und Künstler, Akteure in der kulturellen Bildung, bürgerschaftlich engagierte Vereinen und Stiftungen, der öffentlich-rechtliche Rundfunk und die Kulturwirtschaft, soweit diese sich in ihrer Arbeit inhaltlich auf die zuvor genannten *künstlerischen Ansätze* beziehen.

Aus der vorangegangenen Analyse geht ebenfalls hervor, dass sich Kulturpolitik im Rahmen des Wandels zur postmodernen Stadt stärker mit der postmodernen Alltagskultur auseinandersetzen muss, um Angebote zu schaffen, welche die gesellschaftlichen Bedürfnisse ansprechen. In diesem Zusammenhang ist nicht die Alltagskultur an sich in kulturellen Ansätzen zu instrumentalisieren, sondern sind künstlerische Ansätze zu fördern, die sich räumlich von den kulturellen Institutionen lösen und sich stärker in die Lebens- und Alltagswelt der Menschen integrieren. Auf diese Weise kann Kulturpolitik die Nachfrage nach kulturellen Angeboten auch in Zukunft sicherstellen, aber auch eine stärkere Relevanz von Kultur für das alltägliche städtische Leben erzeugen und somit in letzter Instanz eine *Kultur für alle* realisieren.

3.3.2.1 Identitätsbildung im Rahmen kultureller Ansätze

Zur Förderung der Identitätsbildung müssen grundsätzlich vielfältige kulturelle Identifikationsangebote geschaffen werden. Wie diese inhaltlich zu gestalten sind, kann in diesem Rahmen nicht konkret bestimmt werden, denn *„wie und mit welchen inhaltlichen Schwerpunkten Personen auf Vorstellungen von Identitäten Bezug nehmen, erscheint als Wahlhandlung, als individuelle Leistung bzw. individuelles Handeln, mit dem Individuen sich in Bezug zur gesellschaftlichen Umwelt setzen.“*²⁵¹

Vor dem Hintergrund einer pluralistischen Gesellschaft sind jedoch in jedem Fall die Hintergründe der verschiedenen sozialen Gruppen zu berücksichtigen, die den lokalen gesellschaftlichen Kontext prägen. Ebenso sind regionale, nationale und internationale Entwicklungen in kulturellen Ansätzen inhaltlich aufzugreifen, da davon auszugehen ist, dass die postmoderne Gesellschaft auch immer von transkulturellen Einflüssen geprägt ist.

Zur Förderung der individuellen Identitätsbildung sind zunächst vielfältige institutionelle Kulturangebote zu realisieren. Im *„Wechselspiel zwischen der Anonymität des Einzel-*

²⁵¹ Liebsch 2010:78.

nen und der Integration in die Gemeinschaft²⁵², welches das Leben in den Städten prägt, ermöglichen dem Einzelnen diese vorwiegend rezeptiven Angebote, sich auf individueller Ebene mit Kunst auseinanderzusetzen. Der Einzelne kann auf diese Weise seinen Interessen nachgehen, ohne durch die Dynamik sozialer Gruppen beeinflusst zu werden.

Der Kulturwissenschaftler Harald Klinke (2000) geht auf den Vorgang der Identitätsbildung in rezeptiven Kulturangeboten näher ein. Demnach lässt „das Nachempfinden von Liebe, Sehnsucht, Tod und Trauer bei einer Aufführung von *Romeo und Julia* nicht nur vorhandene Gefühle aufleben²⁵³, sondern führt dazu, dass der Zuschauer durch das Hineinversetzen in den Schauspieler diese Gefühle „im wahren Leben erst oder stärker²⁵⁴ empfindet. Öffentliche Schauspiele machen eine mögliche Realität erfahrbar, „um Empfindlichkeiten in bestimmten zukünftigen Situationen vorzubereiten und durch Identifikationen innerlich zu erlernen.“²⁵⁵ Kultur stellt folglich nicht allein ein Abbild sozialer Wirklichkeit dar, sondern ist eine wesentliche Bedingung für das Hervorbringen und Erhalten von Empfindungen in der Gesellschaft.²⁵⁶ Auf diese Weise evokiert Kultur, nicht nur im Rahmen von Theateraufführungen, sondern auch in anderen rezeptiven Zusammenhängen, Emotionen und Empathie.

Darüber hinaus bieten sich ebenfalls *kulturelle Ansätze bürgerschaftlichen Handelns* an. Bürgerschaftliches Handeln verweist einerseits auf partizipative Ansätze, die eine *relevante Teilnahme* ermöglichen und zum anderen auf aktive Ansätze, die *Eigenproduktionen* unterstützen. Diese Ansätze fordern immer auch Interaktionen und soziales Handeln und können somit ebenfalls zur Entfaltung von Identität auf der individuellen Ebene beitragen. Nehmen diese Ansätze gleichzeitig Bezug auf den städtischen Kontext und die *Kultur der Stadt*, kann hierdurch eine Ortsbindung gestärkt werden.

Grundsätzlich sollten die Identitäten unterschiedlicher sozialer Gruppen in den verschiedenen kulturellen Ansätzen angesprochen werden, um den pluralistischen Interessen der postmodernen Gesellschaft im Rahmen des kulturellen Angebots einer Stadt gerecht zu werden. Dabei sollte die Gruppenidentitäten bestehender Gruppen jedoch nicht zu stark bedient werden, um die gesellschaftliche Exklusion nicht zu verstärken. Durch die Berücksichtigung der Interessen sozialer Gruppen in kulturellen Ansätzen entsteht bei diesen ein Gefühl der Akzeptanz und Wertschätzung durch ihre Stadt. Sozialen Gruppen wird hierdurch ein Platz im städtischen Gefüge eingeräumt, was wiederum zur Identifikation mit der eigenen Stadt führen kann.

²⁵² Baum 2008:77.

²⁵³ Klinkke 2000:3f.

²⁵⁴ Ebd.

²⁵⁵ Ebd.:4.

²⁵⁶ Vgl. Ebd.:3f.

3.3.2.2 Identifikation von städtischen Räumen durch Kultur

Zur Identifizierung städtischer Räume tragen in erster Linie städtebauliche Elemente bei. Auch und gerade die Kunst kann als städtebauliches Element fungieren und als Symbolträger einen Wiedererkennungswert schaffen. In diesem Rahmen kann Kultur durch die Kulturpolitik nur indirekt instrumentalisiert werden, da sie kein kulturelles Angebot im institutionellen Sinne darstellt. Dennoch kann Kultur auf diese Weise in das alltägliche Leben der Bewohner einer Stadt integriert werden und wird so zum Bestandteil kollektiver Erfahrungen und Erinnerungen.²⁵⁷ Kunst kann im öffentlichen Raum Widersprüche erzeugen, um diskursive Auseinandersetzungen anzuregen, aber auch ein ästhetisches Erscheinungsbild schaffen und damit Harmonie erzeugen. Hierbei muss diese jedoch auch immer in einem Sinnzusammenhang mit dem Kontext stehen.

Zunächst ist hier die *Architektur* zu nennen, die sich von ihrer funktionalistischen Einstellung befreien und sich auf sich selbst als eigenständige Kunstform zurückbesinnen muss.²⁵⁸ Um eine besondere gestalterische Qualität des Ortes zu fördern, ist sie gefragt, sich wieder verstärkt der Kunst des Bauens zu widmen. Diese Aufgabe steht in engem Zusammenhang mit der *Kunst am Bau*. In diesem Zuge verpflichten sich öffentliche und teilweise auch private Bauträger dazu, einen Teil der Bausumme in die künstlerische Ausgestaltung des Bauwerks zu investieren. Hierbei ist Kunst jedoch nicht als Dekoration zu betrachten, sondern als Denkanstoß zu konzipieren. Beide Formen der Kunst im öffentlichen Raum werden durch die Bauträger selbst bestimmt und liegen außerhalb des Tätigkeitsbereichs der Kulturpolitik. Dennoch entfalten sie eine symbolische Wirkung im städtischen Raum und tragen auf diese Weise zur Identifizierung des selben bei.

Als weiteres städtebauliches Element sind Kunstwerke im öffentlichen Raum zu nennen. Im Vergleich zu einer Kunst am Bau sind diese oftmals leichter zugänglich. Kunstwerke im öffentlichen Raum erstrecken sich von festen Installationen, über Graffiti und Streetart bis hin zu temporären Kunstaktionen. Auch sie dient nicht nur der Verschönerung, sondern ebenso der Vermittlung kultureller Werte.

Der Bezug zum Raum wird insbesondere durch Beziehungen und Aktivitäten im Raum geprägt. Auch hier bieten sich Ansatzpunkte für kulturelle Ansätze, vor allem für kulturelle Ansätze bürgerschaftlichen Handelns. Kulturpolitik muss zur *Identifikation von* Ansätze fördern, die den städtischen Raum sinnlich erfahrbar machen, sowie das soziale Handeln fördern. Hierbei ist beispielsweise an Stadtrundgänge zu denken, aber auch an im Alltag nutzbare und somit erfahrbare Kunstwerke im öffentlichen Raum,

²⁵⁷ Vgl. Baum 2008:83.

²⁵⁸ Vgl. Ebd.:73.

ebenso wie erlebbare Kunstaktionen. Diese Ansätze ermöglichen eine relevante Teilnahme, aber auch Eigenproduktionen sind in diesem Rahmen zu fördern.²⁵⁹ Somit ist ein vielfältiges Angebot an *optionalen kulturellen Aktivitäten* zu realisieren, die die Nutzung des öffentlichen Raumes fördern, jedoch auch soziale Interaktionen ermöglichen.²⁶⁰ Hierauf ist in Abschnitt 3.3.2.4 näher einzugehen.

3.3.2.3 *Identifiziert-Werden* durch Kultur

Im Rahmen des Identifiziert-Werdens erfolgt eine soziale Zuschreibung und eine Bewertung städtischer Räume durch andere. Vor allem durch das Stadtmarketing werden Städten, aber auch Orten in der Stadt, bestimmte Eigenschaften zugeschrieben. Dieses kreierte Selbstbild stellt die Grundlage für City-Brandings und Marketingkampagnen mit dem Ziel der überregionalen Standortvermarktung im Wirtschafts- und Tourismussektor dar. Brandings sind weiter gefasst als Images und greifen nur die positiven Aspekte eines städtischen Gefüges auf.²⁶¹ Löw geht hierauf näher ein:

„Ein gelungenes City-Branding kann die Eigenlogik der Stadt aufgreifen und auf diese Weise verstärken. Unter City-Branding wird ein konzentrierter Vorgang verstanden, attraktive und Unterscheidung produzierende Merkmale einer Stadt in eine strategische Ausrichtung zu bringen. Dies geschieht über gezielte Marketingstrategien ebenso wie über Filme, Bücher, Gemälde oder Ereignisse. Vom Branding einer Stadt spricht man dann, wenn eine Stadt als Persönlichkeit erfahren wird und Bewohner und Besucher deshalb eine Beziehung zu ihr aufbauen. Wenn spezifische Merkmale sich typisch in die Wahrnehmung der jeweiligen Stadt ‚eingebrennt‘ haben, dann wird die Stadt unterscheidbar und identifizierbar. [...] Stephanie H. Donald und John G. Gammack weisen in ihren Analysen [...] nach, dass bauliche Strukturen (welche die Form eines gebauten Bildes einnehmen können), grafische Bilder (vor allem in Kinofilmen) und Erzählungen (von Romanen bis zu Alltagsgesprächen) zu Brandingprozessen beitragen.“²⁶²

Kultur kann durch das *Identifiziert-Werden* kann Kultur vor allem aufgrund ihres repräsentativen Charakters eine zentrale Rolle einnehmen. Sie produziert kulturelle Merkmale einer Stadt, die in City-Brandings aufgegriffen werden können. Sichtbar wird Kultur hier in Form von einer *Kunst im öffentlichen Raum*, aber auch durch kulturelle *Leuchtturmprojekte*.²⁶³ *„Dazu gehören [...] das Guggenheim-Museum in Bilbao, große Festivals wie die Ruhrtriennale und ‚Festivalisierungsstrategien‘ wie Internationale Bauausstellungen.“²⁶⁴* Kulturelle Leuchttürme kreieren eine internationale Aufmerksamkeit, schaffen damit Unterscheidungsmerkmale und können so zu einer lokalen Identität beitragen. Mit kulturellen Leuchttürmen soll aber auch eine Wirkung nach in-

²⁵⁹ Vgl. Göschel 2001:38.

²⁶⁰ Vgl. Bautz u.a. 2016:12.

²⁶¹ Vgl. Löw 2001:86.

²⁶² Ebd.:85.

²⁶³ Vgl. Siebel 2015:256.

²⁶⁴ Siebel 2015:256f.

nen erzielt werden, indem sie die politische Handlungsfähigkeit und Tatkraft dokumentieren. Ebenso sollen sie Anlass bieten, um Stolz auf die eigene Stadt zu sein und sich somit mit dieser zu identifizieren.²⁶⁵

Dieser innerstädtische Effekt wird jedoch nur erreicht, wenn kulturelle Leuchttürme Anknüpfungspunkte für die Bewohner der Stadt bieten. Dies wurde beispielsweise in Bilbao vernachlässigt. Zum einen bietet das Guggenheim-Museum selbst keinen Platz für regionale Kunst oder das Schaffen ortsansässiger Künstler. Zum anderen ist das Museum hauptsächlich auf Touristen ausgerichtet und nicht auf Einheimische, denn die *„Eintrittspreise sind hoch für die Einwohner von Bilbao, einer Stadt, in der die Arbeitslosenquote unter Jugendlichen bei 60% liegt.“*²⁶⁶ Die Bewohner der Stadt Bilbao können folglich nur schwer eine Beziehung zum Museum aufbauen und sich auch nicht mit diesem kulturellen Element des City-Brandings identifizieren.

City-Brandings können nur funktionieren, wenn die Bewohner und regelmäßigen Nutzer einer Stadt sich in diesen wiedererkennen und sie aufgreifen, verinnerlichen und weiterleben. Ein gelungenes City-Branding vermittelt das Gefühl eine Stadt zu kennen und kann die Identifizierung mit dieser verstärken. Stimmt die konstruierte Marke jedoch nicht mit der gelebten Realität überein, besteht die Gefahr der *„Entkoppelung zwischen gelebter und konstruierter Identität“*²⁶⁷.

Aus kulturwissenschaftlicher Sicht sind kulturelle Leuchtturmprojekte kritisch zu betrachten, da diese oftmals nur eine oberflächliche kulturelle Aktivität simulieren.²⁶⁸ Hierbei geht es nicht darum, dass Kultur nicht auch unterhalten darf,²⁶⁹ sondern darum, dass der kulturelle Mehrwert hinter den ökonomischen Zwecken zurück steht. Oftmals wird eine touristische Inszenierung angestrebt, die lokalen sozialen Gruppen dabei jedoch ausgeblendet. Durch eine zu starke Instrumentalisierung, die in Kapitel 3.1.2 bereits eingehend thematisiert wurde, verliert Kultur *„nicht nur an kritischem, sondern grundsätzlich noch auch an kreativem Potential.“*²⁷⁰

Gelingt es durch großformatige kulturelle Ansätze jedoch, Kultur nicht überwiegend zu externen und vor allem ökonomischen Zwecken zu instrumentalisieren, können kulturelle Leuchttürme durchaus einen wichtigen Beitrag zur Stadtentwicklung leisten, indem sie sich der *Veränderung von Mentalitäten* widmen.²⁷¹ *„Dazu braucht es Projekte, die zum Mitmachen anregen, Verfahren, in denen die Akteure die Chance erhalten,*

²⁶⁵ Vgl. ebd.:257.

²⁶⁶ Zukin 2010:55.

²⁶⁷ Bautz u.a. 2016:14.

²⁶⁸ Vgl. Scheytt 2006:37.

²⁶⁹ Vgl. Kunzmann 2004:389.

²⁷⁰ Siebel 2015:259.

²⁷¹ Vgl. Siebel 2015:247.

*ihre Interessen einzubringen, also Verhandlung, Beteiligung, Kooperation, es braucht visionäre Bilder und Projekte, die begeistern*²⁷².

3.3.2.4 Identifikation mit dem städtischen Raum durch Kultur

Die *Identifikation mit dem städtischen Raum* erfolgt durch dessen aktive Aneignung. Spielt auf den vorherigen Stufen der Identifikation noch die Wahrnehmung und Identifizierung eine zentrale Rolle, geht es auf dieser Stufe um die aktive Ausformung und Mitgestaltung der Identität des städtischen Raumes. Im Rahmen bürgerschaftlicher Ansätze muss Kulturpolitik folglich eine relevante *Teilnahme an symbolisch-ästhetischen Gestaltungsprozessen* ermöglichen, aber auch Räume für die *kulturelle Eigenbetätigung* schaffen. Damit ist die Kulturpolitik gefragt, kulturelle Möglichkeitsräume herzustellen.

Eine zentrale Voraussetzung für die Nutzung baulicher Möglichkeitsräume ist die Herstellung gedanklicher Freiräume. Hierzu bedarf es zunächst einer aktiven Auseinandersetzung des Bürgers mit den eigenen Vorstellungen von Stadt. Diese gehen aus der Verhandlung allgemeiner gesellschaftlicher Fragestellungen, wie auch individueller und gemeinschaftlicher Bedürfnisse in sozialen Interaktionen hervor. Hieraus können sich konkrete Wünsche in Bezug auf die zukünftige Gestaltung des Lebens in der Stadt entwickeln. Diese Vorstellungen von Stadt können in künstlerisch-kreativen Angeboten gefördert werden. Zudem stärkt die Präsenz von Geschichte im Alltag²⁷³ das Vorstellungsvermögen der Bürger. Die historischen baulichen Elemente der städtischen Struktur vermitteln hier, dass bestehende Strukturen nicht feststehen, sondern auch wandelbar sind.²⁷⁴

Zur Herstellung von Möglichkeitsräumen ist die Kulturpolitik gefordert funktionsdiffuse Kulturräume zu schaffen. Diese Aufgabe geht über das Zur-Verfügung-Stellen von Mehrzweckräumen in Kulturzentren deutlich hinaus. Möglichkeitsräume dürfen nicht nur die *Nutzung* zu kulturellen Zwecken zugestehen, sondern müssen ebenfalls eine *aktive Gestaltung* des Raumes, des Gebäudes und vor allem auch des öffentlichen städtischen Raumes zulassen. Als Beispiel hierfür sind legale Sprühflächen für Graffiti zu nennen, die sich mancherorts über ganze Stadtquartiere erstrecken und zu einer interaktiven Freiraumgalerie avancieren, so in Halle an der Saale zu beobachten.²⁷⁵

Darüber hinaus sind auch andere Kreativräume in der Stadt denkbar, wie dauerhaft leerstehende Ladenlokale oder Räume für kurzfristige Zwischennutzungen. Diese Räume müssen immer auch den Aspekt der Zentralität erfüllen, der eine zentrale Vo-

²⁷² Ebd.:248.

²⁷³ Vgl. hierzu Kapitel 3.3.1.3.

²⁷⁴ Vgl. ebd.

²⁷⁵ Vgl. hierzu die Internetseite der Initiative: www.freiraumgalerie.com, abgerufen am 20.05.2017.

oraussetzung zur Herstellung einer lebendigen Stadtkultur darstellt. Unter diesem Gesichtspunkt sind ausgelagerte Kreativquartiere zu vermeiden, da diese durch eine fehlende Nutzmischung zur Isolation der Kultur führen. Eine Integration der Kultur in den städtischen Raum kann hingegen die Identifikation fördern und in diesem Zuge die Bedeutung der Kultur für das alltägliche Leben stärken.

In die Entwicklung von Möglichkeitsräumen ist die Kulturpolitik bisher noch kaum involviert, da die Anliegen der Kultur- und Kreativwirtschaft, die diese Räume vorwiegend nachfragt, in den Verantwortungsbereich der Wirtschaftsförderung fallen oder die Akteure sich direkt mit den Eigentümern auseinandersetzen. Die Kulturpolitik muss sich in Zukunft stärker für die Schaffung von Möglichkeitsräumen engagieren. Dies vor allem mit dem Ziel, nicht nur die wirtschaftlichen, sondern „*alle mentalen und kreativen Kräfte unserer Kulturgesellschaft*“²⁷⁶ zu aktivieren. Auf diese Weise kann sie das Entstehen einer lebendigen, kulturell geprägten Stadtkultur fördern und gleichzeitig eine gesellschaftliche Entwicklung voranbringen.²⁷⁷

Die Kulturpolitik ist zudem gefordert, in einen stärkeren Dialog mit den Bürgern zu treten. Dies schließt Individuen ein, aber auch soziale Gruppen, wie Bürgerinitiativen oder Akteursnetzwerke, die für ihre Interessen im öffentlichen Raum aktiv eintreten. In der Auseinandersetzung mit den Bewohnern einer Stadt können die unterschiedlichen Ideen und Anliegen ausgehandelt und kulturelle Eigenproduktionen gezielt unterstützt sowie eine relevante Teilnahme an kulturellen Gestaltungsprozessen gefördert werden. Hieraus ergeben sich gleichzeitig Anknüpfungspunkte für Kooperationen mit der Stadtplanung und weiteren Bereichen der städtischen Verwaltung, die für die Festlegung von konkreten Nutzungen des städtischen Raumes verantwortlich sind. Gerade in diesem Rahmen ist die Etablierung von Governance-Strukturen unerlässlich, um die Partizipation der Bürger zu stärken und gleichzeitig einen *geistigen Möglichkeitsraum* zu schaffen, als zwei essentielle Elemente von Partizipation.

Hieran knüpft Newig an, indem er die Mitbestimmung und die Machtabgabe beschreibt.²⁷⁸ Die Anliegen der Beteiligten müssen also in den Entscheidungsprozessen konsequent berücksichtigt werden, denn nur so kann sich ein Verantwortungsgefühl gegenüber dem städtischen Raum entwickeln. Ebenso darf Kulturpolitik keine konkreten Ergebnisse fordern. Möglichkeitsräumen muss damit, im Sinne der Freiheit der Kunst, eine Ergebnisoffenheit zugestanden werden.

Die *Identifikation mit* dem städtischen Raum kann letztlich nur durch dessen praktische Aneignung erfüllt werden. Kulturpolitik darf also nicht nur vorgefertigte, kulturelle Ange-

²⁷⁶ Scheytt 2006:37.

²⁷⁷ Vgl. hierzu Kapitel 3.1.2.

²⁷⁸ Vgl. hierzu Kapitel 3.2.2.3.

botsstrukturen fördern, sondern muss ebenfalls die praktische Inbesitznahme kultureller Räume ermöglichen. Dies geht einher mit dem Öffnen bestehender kultureller Räume für neue kulturelle Ideen und Konzepte der Nutzung. Auch müssen nutzungs offene, kulturelle Räume an Orten erschlossen werden, die für die Bewohner einer Stadt in ihrem alltäglichen Leben von besonderer Relevanz sind oder das Potential haben, dies noch zu werden.

3.4 Zwischenbetrachtung

Die Herstellung einer lebendigen Stadtkultur stellt sich, aus Sicht der Städte, als zentrale Aufgabe im Rahmen des Wandels zur postmodernen Stadt dar. Im vorangegangenen Kapitel wurde diese Aufgabe näher ausgearbeitet. Hierzu wurde das Konzept der Stadtkultur aus kulturwissenschaftlicher Perspektive in den engeren Fokus genommen. Hieraus ergeben sich generelle Ansatzpunkte für die Förderung einer lebendigen Stadtkultur. So lassen sich Aussagen darüber treffen, wie Kultur zur Förderung einer lebendigen Stadtkultur instrumentalisiert werden kann. Die Ergebnisse lassen sich wie folgt zusammenfassend darstellen:

- Der Begriff der Stadtkultur

Der Begriff der Stadtkultur bezeichnet alle Elemente, die eine Stadt prägen. Somit vereint das Konzept der Stadtkultur baulich-räumliche und gesellschaftlich-räumliche, politische, ökonomische, kulturelle, soziale und ökologische Elemente in sich. Das Konzept stellt sich demnach sehr vielschichtig dar. Als Voraussetzungen einer lebendigen Stadtkultur sind eine städtische Öffentlichkeit, Partizipation und Urbanität zu nennen. Letztere bezeichnet die positiven und damit wünschenswerten Ausprägungen der Stadtkultur und ist gleichzeitig als Ergebnis einer lebendigen Stadtkultur zu betrachten. Zur Herstellung einer lebendigen Stadtkultur müssen diese berücksichtigt werden, wobei die einzelnen Dimensionen immer auch Schnittmengen aufweisen und im Zusammenhang zu sehen sind.

- Die Aufgabe der Herstellung einer lebendigen Stadtkultur

Aus der Analyse ergibt sich, dass eine Stadtkultur als solche nicht hergestellt werden kann, vielmehr können nur die Rahmenbedingungen für deren Entstehen geschaffen werden. Hierbei sind konkret die beschriebenen Voraussetzungen in den Blick zu nehmen. Stadtkultur selbst muss sich im Laufe der Zeit entwickeln. Dies verdeutlicht, dass die Förderung einer lebendigen Stadtkultur eine viel komplexere Aufgabe darstellt, als aus Sicht der Stadtplanung in Kapitel 2.3 beschrieben.

Die Förderung einer lebendigen Stadtkultur stellt sich als interdisziplinäre Aufgabe dar. Um diese angehen zu können, müssen Stadtplanung und Kulturpolitik, zusammen mit anderen relevanten Bereichen der kommunalen Politik und Verwaltung, zunächst eine

gemeinsame Perspektive auf die Aufgabenstellung entwickeln. Als Leitbild gilt das Konzept der Europäischen Stadt.²⁷⁹ Da ein grundlegendes Merkmal der Europäischen Stadt eine lebendige Stadtkultur ist und das Konzept der Europäischen Stadt bereits in viele wissenschaftliche Fachgebiete Eingang gefunden hat, bietet dieses konkrete Ansatzpunkte für alle beteiligten Parteien zur Umsetzung der Aufgabenstellung.

Im Rahmen dieser interdisziplinären Aufgabenstellung können kulturelle Strategien nur einen begrenzten, aber dennoch essentiellen Beitrag zur Herstellung einer lebendigen Stadtkultur leisten. Die Entscheidung darüber, welche Ansätze in diesen Rahmen gefördert werden, obliegt der kommunalen Kulturpolitik, deren Wirkungsbereich in diesem Zuge näher in den Blick genommen wurde.

- Herstellung einer lebendigen Stadtkultur durch Kultur

Will sich die kommunale Kulturpolitik mit der Herstellung der Rahmenbedingungen für eine lebendige Stadtkultur befassen, ist zunächst ein Umdenken gefordert. Die kommunale Kulturpolitik muss sich, gerade vor dem Hintergrund der veränderten gesellschaftlichen Realität, gleichzeitig als Gesellschaftspolitik verstehen. Dies bedeutet jedoch nicht, dass sie sich zusätzlich als Wirtschafts- oder Sozialpolitik engagieren und somit fachfremden Zwecken andienen soll.²⁸⁰ Vielmehr muss sie sich mit den veränderten gesellschaftlichen Bedürfnissen und Interessen auseinandersetzen, will sie auch in Zukunft Kultur als produktive Triebkraft gesellschaftlicher Zustände instrumentalisieren.²⁸¹

Ebenso ist die Kulturpolitik gefragt, sich auf den Kern ihrer Disziplin zurück zu besinnen. Bei der Betrachtung des Tätigkeitsfeldes der Kulturpolitik wird deutlich, dass traditionelle kulturelle Ansätze in Zukunft kaum noch gefragt sind. Seit einiger Zeit bildet sich ein paralleles Angebot freier und privater Akteure heraus, welches eine deutliche Konkurrenz zum klassischen kulturelle Angebot darstellt. Kulturpolitik ist also gefordert, sich mit Blick auf eine neue gesellschaftliche Realität, auch mit neuen kulturellen Formaten, Praktiken und Distributionskanälen auseinanderzusetzen und diese entsprechend zu fördern. Auch wenn dieses Umdenken für die Kulturpolitik und noch mehr für den öffentlichen Kulturbetrieb eine große Umwälzung bedeutet, kann gerade die Orientierung an den gesellschaftlichen Hintergründen und die Anpassung der Angebotsstrukturen einen deutlichen Statusgewinn für die Kultur in der alltäglichen Lebenswelt bewirken. Kulturpolitik ist hierdurch in der Lage, ein durchsetzungsfähiges politisches Programm zu entwickeln, welches auch ihren politischen Standpunkt verbessern würde.

²⁷⁹ Vgl. hierzu Kapitel 3.2.2.1.

²⁸⁰ Haselbach u. a. 2012:171.

²⁸¹ Vgl. hierzu ebd.:106ff.

- Kulturelle Ansätze als Beitrag zu einer lebendigen Stadtkultur

Eine Kulturpolitik, die sich als Gesellschaftspolitik versteht, hat in der Konsequenz die Förderung einer lebendigen Stadtkultur durch kulturelle Ansätze zur Aufgabe. Wie sich vor dem gesellschaftlichen Hintergrund zeigt, muss sich Kulturpolitik hier konkret mit der Förderung der Identitätsbildung befassen.²⁸²

Gerade bei der Identitätsbildung sind vielfältige kulturelle Angebote zu realisieren. Zum einen müssen diese für die unterschiedlichen Individuen und sozialen Gruppen symbolisch-ästhetische Anknüpfungspunkte bieten, zum anderen müssen verstärkt soziale Interaktionen im Bereich des bürgerschaftlichen Handelns gefördert werden, um die Identifikation mit dem städtischen Raum zu fördern.

Aus den vorangegangenen Untersuchungen ergeben sich für die kommunale Kulturpolitik konkrete Ansatzpunkte, um Kultur als Identifikationsgegenstand im Rahmen der Stadtkultur zu instrumentalisieren. Diese beziehen sich vor allem auf die Ausbildung einer räumbezogenen Identität, mit der die Identitätsbildung des Einzelnen und sozialer Gruppen einhergeht.

Zur Identifikation von städtischen Räumen kann Kultur auf vielfältige Weise beitragen. Hierbei ist vor allem auf die Gestaltung des städtischen Raumes durch kulturelle Interventionen hinzuweisen, die einen Symbolcharakter schaffen und somit zur Wiedererkennung von Orten in der Stadt beitragen. Diese kulturellen Interventionen können einerseits bauliche Elemente, wie architektonische Merkmale oder auch Kunst im öffentlichen Raum darstellen. Daneben sind großformatige Veranstaltungen anzuführen. Solche haben zwar einen temporären Charakter, ihre Symbolwirkung kann jedoch auch nach deren Ablauf erhalten bleiben. Ebenso sind Kulturstätten mit internationaler Reputation zu nennen, soweit diese in den Stadtraum und das alltägliche Leben in den Städten hineinwirken. Hierdurch kann der städtische Raum von außen charakterisiert werden. Im Zuge dieser Zuschreibung von Merkmalen entsteht ein Bild des städtischen Raumes. Wird dieses durch die Benutzer und Bewohner so wahrgenommen, wie beschrieben, ergibt sich hieraus eine konsistente Identität eben jenes Raumes.

Letztlich ist eine Identifikation mit dem städtischen Raum anzustreben, welche durch aktive Aneignung entsteht. Vor allem in diesem Bereich ist Kulturpolitik gefragt, sich verstärkt mit den Interessen der Bewohner einer Stadt auseinanderzusetzen, um den Bedürfnissen entsprechende kulturelle Ansätze zu fördern, die diese Aneignung ermöglichen. Hier sind zunächst Ansätze gefragt, durch die eine Auseinandersetzung mit dem städtischen Leben und relevanten Themen angeregt wird, um die Entfaltung der

²⁸² Vgl. hierzu Kapitel 2.2.3.

Vorstellung von einer lebenswerten Zukunft in der Stadt zu ermöglichen. Sie muss Räume schaffen, in denen dieser Vorstellung Form gegeben werden kann.

Die Forderung nach Möglichkeitsräumen ist eine zentrale Herausforderung für die Kulturpolitik. Bisher ist Kulturpolitik darauf konzentriert, bestehende kulturelle Angebote zu fördern, wodurch das kulturelle Angebot indirekt geregelt wird. Stattdessen ist sie nun gefragt die Rahmenbedingungen für kulturelle, künstlerische und ästhetische Ideen zu schaffen. Hiermit einher geht eine gewisse Ergebnisoffenheit kultureller Ansätze, die Kulturpolitik zulassen muss. Kulturpolitik muss also auch in dieser Hinsicht den Kern ihrer Aufgabe reflektieren. Dieser stellt die Schaffung von Rahmenbedingungen für ein kulturelles Leben dar und weniger die Vorgabe kultureller Angebote.²⁸³ In Möglichkeitsräumen können die Bürger einer Stadt das kulturelle Leben selbst gestalten und die eigenen Ideen von einem zukünftigen städtischen Leben verwirklichen. Hierzu gehört auch der Ausbau partizipativer Strukturen. Mitgestalten bedeutet also auch mitentscheiden, mitplanen und mitreden.

Eine Kulturpolitik, die sich die Förderung von Identität im Rahmen der Gestaltung einer lebendigen Stadtkultur zum Ziel setzt, muss sich letztlich wieder stärker auf den Kern ihrer Disziplin konzentrieren. In Zeiten des gesellschaftlichen Umbruchs muss sie sich generell damit auseinandersetzen, was die Pflege und Förderung einer Kunst im weitesten Sinne in einer postmodernen Gesellschaft bedeutet. Dies muss sie vor allem in Bezug auf die gesellschaftlichen Hintergründe und die gesellschaftliche Realität in den Städten tun. Statt der Indienstnahme der Kultur muss es um deren Revitalisierung und die Selbst-Inszenierung der eigenen Potentiale gehen. Damit einher geht eine Erneuerung des Kulturbetriebs und der Förderstrukturen, aber auch die Diskussion über die Förderung besonderer, neuer, kultureller Ansätze.

Im Folgenden sind die theoretischen Erkenntnisse über die Instrumentalisierung von Kultur anhand des Beispiels der Stadt Duisburg zu überprüfen. Diese hat es sich zur Aufgabe gemacht, unter Beteiligung der Bürger, einen Kulturentwicklungsplan zu erarbeiten. Anhand des Beispiels soll dargestellt werden, wie das geforderte Herangehen durch die kommunale Kulturpolitik umgesetzt wird und welche Ansatzpunkte sich für die Weiterentwicklung des betrachteten Vorgehens bieten.

²⁸³ Vgl. Haselbach u. a. 2012: 95.

4 Vorgehen der Stadt Duisburg

In den vorangegangenen Kapiteln wurden zunächst die Herausforderungen beschrieben, mit denen Städte im Rahmen des Strukturwandels konfrontiert sind. Auch die Stadt Duisburg, als die westlichste aller Ruhrgebietsstädte, sieht sich diesen ausgesetzt. Der Projektleiter des Projektes *DUISBURG2027* Arne Lorz fasst die Ausgangssituation wie folgt zusammen:

„In diesem Zusammenhang sind der demografische Wandel mit seinen langsamen aber sicheren Veränderungs- und Schrumpfungprozessen, der überalterte Gebäudebestand, die sanierungsbedürftige, teils jetzt schon überbordende Infrastruktur, das Nebeneinander von Wachstum und Rückzug sowie die prekäre kommunale Haushaltslage die maßgeblichen Herausforderungen dieser hochverdichteten Siedlungslandschaft.“²⁸⁴

Bereits im Jahr 2007 wurde durch den Rat der Stadt Duisburg beschlossen, diesen Herausforderungen auf gesamtstädtischer Ebene durch einen „*besonders innovativen Prozess der nachhaltigen Stadtentwicklung*“²⁸⁵ zu begegnen.

Hierzu wurde zunächst das Projekt *DUISBURG2017* ins Leben gerufen, in dessen Rahmen eine nachhaltige Stadtentwicklungsstrategie erarbeitet werden sollte, verbunden mit der Neuaufstellung des Flächennutzungsplanes. Angestrebt wurde eine „*fachbereichsübergreifende Zusammenarbeit der Verwaltungsbereiche*“²⁸⁶, wie auch eine intensive „*Einbindung der Öffentlichkeit [...] vom ersten Moment an*“²⁸⁷.

Bei näherer Betrachtung der Ausgangssituation stellten sich die Herausforderung zahlreich und nahezu flächendeckend dar. Aufgrund des begrenzten kommunalen Handlungsspielraums wurden Handlungsschwerpunkte gesetzt, welche sich auf die Bereiche der Stadt fokussieren, die in ihren positiven Entwicklungstendenzen eine Strahlkraft für die Entwicklung der gesamten Stadt haben können.²⁸⁸

In diesem Rahmen betrachtete die Stadt Duisburg die „*Anpassung von Infrastrukturen an die sich verändernde demografische und Siedlungsstruktur [als] entscheidend für die Qualität der dargebotenen Infrastruktur.*“²⁸⁹ Somit setzte sie sich zum Ziel, kommunale Einrichtungen der Bildung, des Sozialwesens, der Kultur und des Sports räumlich an Orten zu konzentrieren, die zentral gelegen und breiten Bevölkerungskreisen zugänglich sind. Hierdurch sollte eine qualitätsvolle und finanziell tragbare Infrastruktur gesichert werden.

²⁸⁴ Lorz 2011:online.

²⁸⁵ Ebd.

²⁸⁶ Ebd.

²⁸⁷ Ebd.

²⁸⁸ Vgl. Stadt Duisburg 2017a:online.

²⁸⁹ Lorz 2011: online.

Vor dem Hintergrund dieser Bestrebungen hat die Stadt Duisburg entschieden, ihren öffentlichen Kulturauftrag mit einem Kulturentwicklungsplan zu definieren und damit die Rolle der Kultur im Kontext anderer Bereiche der Stadtpolitik zu klären. Dieser Prozess, ebenso wie dessen Ergebnisse sind im Folgenden zu analysieren.

4.1 Rahmenbedingungen

Nachfolgend sind zunächst die politischen und kommunalen Rahmenbedingungen zu beschreiben. Ebenso ist das Vorgehen der Stadt Duisburg in den Blick zu nehmen, wie auch der Prozess der Bürgerbeteiligung.

4.1.1 Leipzig Charta zur nachhaltigen europäischen Stadt

Im Gegensatz zum Bereich der Stadtplanung unterliegen Prozesse der Stadtentwicklung, wozu auch die kulturelle Stadtentwicklung zählt, keinen gesetzlichen Vorgaben. Somit orientiert sich das Projekt *DUISBURG2027 zur nachhaltigen Stadtentwicklung*, wie auch die Bestrebungen im Rahmen des Kulturentwicklungsplanes, an den Vorgaben der Stadtentwicklungspolitik auf europäischer Ebene. Auf dieser Ebene wurde im Jahr 2007 durch die für Stadtentwicklung zuständigen Ministerinnen und Minister der Mitgliedsstaaten die *Leipzig-Charta zur nachhaltigen europäischen Stadt* erarbeitet, welche die Grundlage für eine erstmals europaweit einheitlichen Grundsätzen folgende Stadtentwicklungspolitik schafft.

Als Ausgangspunkt dient der Leipzig Charta das Leitbild der *Europäischen Stadt*.²⁹⁰ Die Leipzig-Charta sieht die *europäische Stadt* unter den gegebenen Voraussetzungen als „*stark gefährdet*“²⁹¹ an und entwickelt vor diesem Hintergrund die Grundlagen für eine zeitgemäße Erneuerung und Umsetzung dieses Konzepts.

In Bezug auf das politische Handeln verweist die Leipzig-Charta auf die Notwendigkeit einer *integrierten Stadtentwicklungspolitik*. Diese ist hier als Prozess zu definieren, in welchem zentrale städtische Politikfelder „*in räumlicher, sachlicher und zeitlicher Hinsicht*“²⁹² koordiniert werden. Für die Umsetzung dieser Forderung auf kommunaler Ebene gibt sie entsprechende Handlungsstrategien vor.

Die Stadt Duisburg hat es sich zum Ziel gemacht, eine nachhaltige integrierte Stadtentwicklungspolitik zu verfolgen. Der Forderung nach der „*Entwicklung von integrierten Stadtentwicklungsprogrammen auf gesamtstädtischer Ebene*“²⁹³ kommt sie mit dem Projekt *DUISBURG2027* nach, ebenso wie durch die Erstellung eines Kulturentwicklungsplanes. Ebenfalls strebt die Stadt in beiden Prozessen „*eine weitreichende, dia-*

²⁹⁰ Vgl. hierzu Kapitel 3.2.2.1.

²⁹¹ Kiepe 2007:2.

²⁹² Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz, Bau und Reaktorsicherheit 2007:2.

²⁹³ Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz, Bau und Reaktorsicherheit 2007:3.

*logorientierte Beteiligung von Bürgerinnen und Bürger sowie von Fachakteuren*²⁹⁴ an, um alle für die Entwicklung der Stadt relevanten Belange und Interessen gleichzeitig und gerecht zu berücksichtigen.²⁹⁵

Bis auf den Verweis auf die kulturellen und baulichen Qualitäten der Europäischen Stadt,²⁹⁶ formuliert die Leipzig Charta keine kulturellen Entwicklungsziele. Somit ist im Folgenden in den Blick zu nehmen, wie sich die Stadt Duisburg dieser Aufgabe organisatorisch und inhaltlich annimmt.

4.1.2 Kulturentwicklungsplanung auf kommunaler Ebene

Die Pflege und Förderung von Kultur und Kunst obliegt in Nordrhein-Westfalen Land und Gemeinden gleichermaßen.²⁹⁷ Die Gemeinden nehmen die Aufgabe der Kulturförderung und -pflege aufgrund ihrer von der Verfassung kodifizierten Selbstverwaltungsgarantie in eigener Verantwortung wahr, wobei sie grundsätzlich dazu verpflichtet sind, *„innerhalb der Grenzen ihrer Leistungsfähigkeit die für die kulturelle Betreuung ihrer Einwohner erforderlichen öffentlichen Einrichtungen“* zu Unterhalten.²⁹⁸ Auch wenn sich die Gemeinden an den Grundsätzen, Schwerpunkten und Zielen des Kulturförderungsgesetzes zu orientieren haben, welche die Aufgabenstellung näher konkretisieren, sind sie in ihrem Vorgehen grundsätzlich frei. Somit obliegt es den Gemeinden, ob sie einen Kulturentwicklungsplan erstellen, aber auch wie sie den Prozess der Kulturentwicklungsplanung ausgestalten.

Im konkreten Beispiel ging die *Erstellung eines Kulturentwicklungsplanes für Duisburg* von einem gemeinsamen Antrag der SPD-Fraktion, der Fraktion Bündnis90/Die Grünen und der Fraktion DIE LINKE aus. Über diesen wurde in der Sitzung des Kulturausschusses vom 18.03.2014 entschieden und die Verwaltung mit dem Entwurf eines Kulturentwicklungsplanes beauftragt.²⁹⁹

Ziel des aktuellen Anliegens ist es, *„langfristige kulturpolitische Perspektiven für Duisburg“*³⁰⁰ zu erarbeiten. Neben dieser Zielsetzung enthält der Antrag ebenfalls Ansatzpunkte zur Gestaltung des Entwicklungsprozesses, welcher partizipativ angelegt werden soll. Der Planungsprozess soll mit einem Kulturworkshop eingeleitet werden, an dem Verwaltung, Politik, Kulturschaffende und interessierte Bürger teilnehmen. Dieser soll Impulse für den weiteren Planungsprozess geben.

²⁹⁴ Stadt Duisburg 2017b:online.

²⁹⁵ Vgl. Leipzig-Charta 2007:2.

²⁹⁶ Vgl. Ebd.

²⁹⁷ Vgl. hierzu Artikel 18 Verfassung des Landes Nordrhein-Westfalen in der Fassung vom 27.05.2017.

²⁹⁸ Vgl. hierzu § 2 Kulturförderungsgesetz in der Fassung vom 01.01.2015.

²⁹⁹ Vgl. Stadt Duisburg 2014a:online.

³⁰⁰ Ebd.

Der Antrag formuliert ebenfalls kulturpolitische Eckpunkte:

- „1. Sichtung und Auswertung vorhandener Daten und Potenziale als Grundlage für die künftigen Planungsziele.
2. Langfristige Sicherung der Kulturvielfalt in Duisburg. Hierbei sollen die Chancen und Möglichkeiten städteübergreifender Kulturzusammenarbeit aufgegriffen werden.
3. Einrichtung einer Informationsplattform für alle Kulturschaffenden zu Terminen, Aktivitäten usw. im Bereich der Kultur.
4. Erschließung und Nutzung von Fördermöglichkeiten für Kulturprojekte und Kulturinstitutionen sowohl hinsichtlich ihrer finanziellen Bezuschussung als auch hinsichtlich der Bereitstellung infrastruktureller Ressourcen.
5. Professionalisierung der touristischen Vermarktung der Kulturangebote unserer Stadt.“³⁰¹

Die Durchführung einer Bestandsanalyse zur Formulierung der Entwicklungsziele, das Bestreben regionaler Kooperationen, die Prüfung finanzieller und ressourcen-basierter Fördermöglichkeiten und nicht zuletzt die Etablierung kooperativer und wirkungsvoller Governance-Strukturen schließen deutlich an die Forderungen der Leipzig Charta an und tragen somit zur Umsetzung einer integrierten Stadtentwicklungspolitik bei.³⁰²

Auch wenn bislang noch offen ist, „ob die gegenwärtigen Planungsprozesse in der Summe das bewirken, was ihnen an Anforderungen und Hoffnungen zugeschrieben wird - nämlich die bekannten Problemlagen aufzulösen“³⁰³, zeigt sich das Vorgehen der Stadt Duisburg hier als strategisch fundiert, prozess- und ergebnisorientiert.

Die Zielsetzung, kulturelle Angebot stärker touristisch zu vermarkten, verdeutlicht darüber hinaus, dass durchaus eine Indienstnahme von Kultur zu touristischen Zwecken angedacht ist und Kultur nicht nur um ihrer selbst willen gefördert werden soll. Auf die Chancen und Herausforderungen der Indienstnahme von Kultur zu diesen Zwecken wurde bereits verwiesen.³⁰⁴ Es bleibt also abzuwarten, ob es der Stadt Duisburg gelingt, den kulturellen Mehrwert der Angebote zu sichern und nicht die ökonomischen Zwecke in den Vordergrund zu stellen.

4.2 Prozessbeschreibung

4.2.1 Vorgehen der Verwaltung

Nach Anleitung des Auftrags des Kulturausschusses befasste sich die Verwaltung, insbesondere das *Dezernat für Familie, Bildung und Kultur* unter Leitung des Beigeordneten der Stadt Duisburg Thomas Krützberg, mit den Vorbereitungen zur Erstellung des Kulturentwicklungsplanes.

³⁰¹ Stadt Duisburg 2014a: online.

³⁰² Vgl. Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz, Bau und Reaktorsicherheit 2007:3.

³⁰³ Föhl 2014:32.

³⁰⁴ Vgl. hierzu Kapitel 3.3.2.3.

Die Verwaltung reflektiert in diesem Rahmen die Aufgabe, Kultur durch Planung zu entwickeln, und definiert diese daraufhin: „*Elementare Aufgabe eines Kulturentwicklungsplanes ist es, Rahmenbedingungen für kreatives künstlerisches Tun zu gewährleisten, zu erweitern oder in manchen Bereichen vielleicht gar erst zu schaffen.*“³⁰⁵ Die Verwaltung ist sich somit bewusst, dass sie keinen Anspruch auf eine verbindliche Steuerung der kulturellen Entwicklung der Stadt erheben darf,³⁰⁶ sondern gezielt agieren muss, um die Rahmenbedingungen für mögliche Entwicklungen und vielfältige Identifikationsmöglichkeiten zu schaffen.³⁰⁷

Als Schwerpunkte für einen Kulturentwicklungsplan legte die Verwaltung, ausgehend von den oben beschriebenen kulturpolitischen Eckpunkten, die Bestandsaufnahme und Beschreibung des Ist-Status, die Bewertung von Stärken und Schwächen, die Zielbeschreibung und Maßnahmenvorschläge für die Zielerreichung, den Zeitrahmen, Akteure und Partnerschaften und die Kontrollmechanismen zur Zielerreichung fest. Diese Aufgabenbeschreibung soll den Prozess im weiteren Verlauf strukturieren.

Die Verwaltung befasst sich im Vorfeld des Prozesses mit der Erstellung der *Bestandsaufnahme der Kultur in Duisburg*. Im diesem Rahmen formuliert sie noch einmal deutlich die Position der Stadt Duisburg. Sie stellte konkret heraus, dass die Stadt Duisburg sich als *Kulturstadt* versteht. Kulturelle Angebote und Aktivitäten, wie auch Angebote der kulturellen Bildung sind demnach als identitätsstiftend und verbindend zu betrachten, vor allem da sie die Möglichkeit bieten „*Widersprüche zu thematisieren und auszutragen.*“³⁰⁸ Kultur stellt für die Stadt nicht nur im ökonomischen Sinn einen Standortfaktor dar, sondern auch auf der gesellschaftlichen Ebene eine Triebkraft sozialer und kultureller Prozesse. Hierbei steht der Eigenwert von Kunst und Kultur für die Stadt Duisburg jedoch immer im Mittelpunkt.³⁰⁹

Diese Position wird auch den Arbeitsgruppen mit auf den Weg gegeben. Ebenso stellt die Verwaltung ihre Sicht auf die partizipative Prozessgestaltung dar, indem sie die Notwendigkeit beschreibt, „*sich den subjektiven wie objektiven Gegebenheiten, Herausforderungen und Ansprüchen zu stellen.*“³¹⁰ Somit bezieht sie in die Bestandsaufnahme der Kultur in Duisburg nicht nur die kommunale Kulturarbeit ein, sondern auch die städtischen Gesellschaften und Beteiligungen, aber auch „*den privat-gemeinnützigen und den privat-kommerziellen Sektor des Kulturlebens*“³¹¹. Genannte

³⁰⁵ Stadt Duisburg 2014b:online.

³⁰⁶ Vgl. hierzu Siebel 2015:259f.

³⁰⁷ Vgl. hierzu Kapitel 3.3.2.4.

³⁰⁸ Stadt Duisburg 2016:online (hier: Anlage 4 des zitierten Dokuments).

³⁰⁹ Vgl. ebd.

³¹⁰ Ebd.

³¹¹ Stadt Duisburg 2014b:online.

Akteure sollen ebenfalls an der Entwicklung des Kulturentwicklungsplanes beteiligt werden.

Die Verwaltung reflektiert im Vorfeld recht deutlich ihren Standpunkt. Zudem legt sie fest, welche Ergebnisse gefordert werden und welche Relevanz diese im Prozess haben. Hierdurch stellt sie transparente Spielregeln auf.³¹²

4.2.2 Ablauf des Entwicklungsprozesses

Der Kulturentwicklungsplan soll für die Jahre 2014 - 2019 erstellt werden. Zur Vorbereitung des eigentlichen Entwicklungsprozesses wurde im März 2015 eine öffentliche Informationsveranstaltung durchgeführt, um die Hintergründe Instrumentarien und Abläufe vorzustellen und zu diskutieren, aber auch um die interessierte Öffentlichkeit zur Teilnahme am Entwicklungsprozess anzuregen.³¹³

Im Anschluss an die Präsentation der bisherigen Ergebnisse wurden die fünf Themenfelder erläutert, mit denen sich anschließend in fünf Arbeitsgruppen auseinandergesetzt werden sollte. Vorgeschlagen wurden die Arbeitsgruppen: Kulturelle Stadtentwicklung, (Inter)kulturelle Bildung, Kulturelle Vielfalt, Kulturförderung und Kultur- und Kreativwirtschaft. Als Aufgabe der Arbeitsgruppen wurde die Erstellung einer Stärken- und Schwächenanalyse ihres Themenfeldes auf Grundlage der Bestandsaufnahme der Kultur in Duisburg formuliert. Hieraus sollten Ziele abgeleitet und konkrete Maßnahmenvorschläge zur Zielerreichung formuliert werden, wie auch die beabsichtigten Kontrollmechanismen zur Zielerreichung.³¹⁴ Zur Mitwirkung in den Arbeitsgruppen konnten sich die Interessierten im Anschluss an die Veranstaltung melden.

Zur Konkretisierung der Inhalte und Arbeitsgebiete der Gruppen und zur Klärung organisatorischer Fragen, fand im Mai 2015 ein gemeinsamer Workshop mit allen Beteiligten statt. In diesem Rahmen wurde auch die Anmeldefrist zur Mitwirkung in den Arbeitsgruppen verlängert und vereinbart, dass die Gruppen im Juni 2015 das erste Mal zusammenkommen. Ebenfalls wurde festgelegt, dass bei dem ersten Treffen der Arbeitsgruppen ein Gruppenleiter bestimmt wird, der den Verwaltungsleiter, welcher die jeweilige Arbeitsgruppe begleitet, unterstützt und gleichzeitig Mitglied der Lenkungsgruppe wird.

Bis zum Ende des Jahres trafen sich alle Gruppen, je nach Bedarf, zwei bis drei Mal. Abschließend wurden alle Ergebnisse zusammengetragen und in einem kurzen Bericht dargelegt. Dieser diente der Lenkungsgruppe als Grundlage zur Vorbereitung der Endgültigen Beschlussvorlage zur Erstellung eines Kulturentwicklungsplanes für Duisburg.

³¹² Vgl. Föhl 2014:34.

³¹³ Anm. d. Verf.: Das Vorhaben wurde zwar im Jahr 2014 initiiert, der Arbeitsprozess wurde jedoch erst im Jahr 2015 begonnen und verspätet zum Ende des Jahres 2016 abgeschlossen.

³¹⁴ Vgl. Stadt Duisburg 2014b:online.

Die Beschlussvorlage wurde dem Rat der Stadt Duisburg am 24.11.2016 vorgelegt und von diesem beschlossen.

4.3 Ergebnisse

4.3.1 Beschlussvorlage

Die Beschlussvorlage nimmt Bezug auf den Prozess der Arbeitsgruppen, beinhaltet aber auch eine konkrete Zielbeschreibung und erklärt abschließend die Handlungsempfehlungen. Vorab fasst sie jedoch das Selbstverständnis der Stadt Duisburg als Kulturstadt zusammen, welches dem Prozess in den Arbeitsgruppen als Präambel vorangestellt wurde.

„Für Duisburg ist Kultur ein wichtiger Schlüssel zu einer erfolgreichen Stadtentwicklung. Dabei verstehen wir Kultur als einen dynamischen Prozess und als Praxis der Sinnstiftung und der Positionierung. Gleichzeitig spiegelt sich die Diversität der Kulturen, von der Hochkultur bis hin zu den zahlreichen (inter-)kulturellen Milieus auch in unserer Stadt wider. Eine kreative und innovative Kulturpolitik und Kulturförderung ist deshalb unverzichtbarer Bestandteil der Stadtpolitik. Leitgedanke ist dabei, allen Bürgern unserer Stadt - insbesondere auch in den Stadtteilen - eine Teilhabe am kulturellen Leben zu ermöglichen. In diesem Sinne verstehen wir Kulturpolitik und Kulturförderung als kommunale Pflichtaufgabe.“³¹⁵

Dieses ausformulierte und vom Rat der Stadt verabschiedete Selbstverständnis erklärt Kultur als Standortfaktor im ökonomischen und gesellschaftlichen Sinn und verdeutlicht damit die zentrale Rolle, die Kultur im städtischen Wandel spielt. Im gleichen Zuge definiert die Stadt Kultur als kommunale Pflichtaufgabe. Hiermit wird das Selbstverständnis zur Selbstverpflichtung und verankert eine kontinuierliche Kulturpflege und -förderung, wie auch eine nachhaltige kulturelle Stadtentwicklung in den Grundsätzen der Stadtpolitik.

In diesem Zuge stellt die Beschlussvorlage auch noch einmal die Notwendigkeit partizipativer Prozesse heraus, um die in der Stadtgesellschaft vorhandenen Potentiale in Prozessen der Stadtentwicklung aufzugreifen und aktiv zu nutzen. Die Beschlussvorlage gesteht zu, dass die Stadt *„auf das Mitwirken möglichst vieler Akteure aus allen gesellschaftlichen Handlungsfeldern angewiesen ist, da [ihr] inzwischen das Wissen und die Ressourcen fehlen, um die beschriebene Komplexität alleine zu bewältigen.“³¹⁶*

Sie beschreibt die Aufgabe der Verwaltung als die Organisation und Moderation von partizipativen Prozessen. Aus der inhaltlichen Diskussion hält sie sich vollständig heraus. Damit fungiert die kommunale Kulturpolitik als Vermittlerin zwischen den Anliegen von Stadt und Bürgern, indem sie die Mitsprache bei Entscheidungen, vor allem aber

³¹⁵ Stadt Duisburg 2016:3.

³¹⁶ Föhl 2014:34.

das Mitwirken an Prozessen ermöglicht.³¹⁷ Der Einzelne, aber auch soziale Gruppen in der Stadt erhalten auf diese Weise die Möglichkeit die Identität der Stadt mitzugestalten.³¹⁸

Objektiv betrachtet werden damit die fünf Elemente der Partizipation nach Newig vollständig berücksichtigt.³¹⁹ Die Verwaltung schafft die partizipativen Strukturen und organisiert entsprechende Prozesse. Die Politik trifft gemeinsam mit der Wirtschaft und zivilgesellschaftlichen Akteuren konfliktbehaftete Entscheidungen und diese werden anerkannt und umgesetzt, ohne sie zugunsten der städtischen Interessen abzuwandeln. Für diese *Umsetzung* beziehungsweise die Zusammenfassung der erarbeiteten Ergebnisse und deren Vorbereitung zur Vorlage im Stadtrat wurde die Lenkungsgruppe eingerichtet. Diese wurde durch den Kulturdezernenten geleitet und bestand aus den Koordinatoren der Arbeitsgruppen und deren gewählten Stellvertretern aus der Mitte der Teilnehmer. So wird letztlich die Repräsentation der am Prozess Beteiligten gewährleistet.

4.3.1.1 Zielbeschreibung für eine Kulturentwicklung der Jahre 2014 bis 2019

Die Lenkungsgruppe entwickelt aus den von den Arbeitsgruppen vorgelegten Abschlussberichten eine gemeinsame Zielbeschreibung für die kulturelle Entwicklung der Stadt Duisburg. Dieser liegt *„ein Kulturverständnis des Räumeschaffens und des Ermöglichens“*³²⁰ in geistiger, ideeller, physischer und materieller Hinsicht zugrunde:

- *„Die Entwicklung der Kultur in unserer Stadt erfordert einen dauerhaften, interaktiven und inklusiven Prozess von Bürgerschaft, Politik und Verwaltung, Wirtschaft und Universität.“*
- *Die Kulturentwicklungsplanung wird als stetiger, langfristiger Prozess verstanden. Die regelmäßige Prüfung, Anpassung und Fortschreibung des Planes ist Voraussetzung für das Gelingen.*
- *Die gegenseitige Wertschätzung der gewählten politischen Vertreterinnen und Vertreter des Rates sowie der Verwaltung einerseits und der Freien Szene mit den Kulturschaffenden in den Institutionen andererseits ist die Voraussetzung für Begegnung und Dialog auf Augenhöhe.*
- *Ein wichtiges Anliegen ist die Entwicklung einer gemeinsamen städtischen Kultur des Ermöglichen-Wollens und des Ermöglichens. Ressortübergreifende, interdisziplinäre und kreativwirtschaftliche Lösungsansätze sind wichtige Bestandteile dieses neuen Miteinanders in der Kultur.“*³²¹

Die beschriebenen Zielsetzungen verweisen in erster Linie auf eine neue Haltung gegenüber kulturellen Entwicklungsprozessen, die durch Politik und Verwaltung zu entwickeln ist. Diese ist Voraussetzung für das Schaffen von Möglichkeitsräumen. Die Ar-

³¹⁷ Vgl. hierzu Kapitel 2.2.3.

³¹⁸ Vgl. hierzu Kapitel 3.3.2.4.

³¹⁹ Vgl. hierzu Kapitel 3.2.2.3.

³²⁰ Stadt Duisburg 2016:4.

³²¹ Ebd.

beitsgruppen spiegeln ihre bisherigen Erfahrungen im städtischen Umgang mit unkonventionellen Anliegen. Ist diese Haltung tatsächlich erst noch zu entwickeln, steht Politik und Verwaltung ein grundlegender Paradigmenwechsel bevor.³²² Der Erfolg der Kulturentwicklungsplanung ist somit nicht allein von der aktiven Nutzung von Möglichkeitsräumen durch die kulturelle Szene und Institutionen abhängig, sondern zunächst von der Fähigkeit der Stadt, die Erschaffung von Möglichkeitsräumen zu gewährleisten.

Des Weiteren geht die Beschlussvorlage auf Kultur als Standortfaktor ein und fasst die aus der Stärken- und Schwächenanalyse hervorgehenden Potentiale der Stadt zusammen. Diese bilden die Grundlage zur Formulierung des kulturellen Profils der Stadt.³²³ Hierbei werden Stärken benannt, vor allem aber auch realistische Entwicklungspotentiale aufgezeigt.

Aus der Betrachtung der Potentiale geht hervor, dass die Stadt bisher vorwiegend auf die kommunalen Kulturaktivitäten fokussiert ist. Zwar nennt die Stadt die kulturelle Vielfalt als Element ihres kulturellen Profils als Kulturstadt, jedoch realisiert sie bisher keine flächendeckende Unterstützung und Förderung der gesamten Vielfalt des kulturellen Lebens. Gefordert wird somit eine größere Wertschätzung der zivilgesellschaftlichen und ehrenamtlichen Initiativen. Vor allem auch die Potentiale der Kreativschaffenden sind hier in den Blick zu nehmen, „wesentlich selbstbewusster und selbstverständlicher“³²⁴ als Qualität des Standortes zu fördern und nach außen zu präsentieren.

Verstärkt muss sich die Stadt also auch den kultur- und kreativwirtschaftlichen Akteuren annehmen und „das vorhandene kreativwirtschaftliche Potential [...] in den regulären, aber auch in ungewöhnlichen, kreativen Experimentier- und Erlebnisräumen“³²⁵ stärken, um sich als attraktiven Standort für die Kultur- und Kreativwirtschaft gegenüber der regionalen Konkurrenz behaupten zu können. Ebenso können diese Akteure nachhaltige innerstädtische, aber auch „branchenübergreifende Impulse“³²⁶ geben. In der Folge sind vor allem Existenzgründungen von kultur- und kreativtätigen Akteuren zu unterstützen.

Generell sind im Zuge der Förderung der Attraktivität des Standortes auch Qualifizierungs- und Weiterbildungsangebote für Kultur- und Kreativschaffende zu etablieren. Diese Angebote sollten der breiten Bevölkerung zugänglich sein und stellen damit eine Erweiterung des Angebots der kulturellen Bildung dar.

³²² Vgl. hierzu Kapitel 2.3.

³²³ Vgl. Stadt Duisburg 2016:4f.

³²⁴ Ebd.:4.

³²⁵ Ebd.:5.

³²⁶ Ebd.

Darüber hinaus wird eine Verstärkung der Unterstützung und Förderung kultur- und kreativwirtschaftlicher Projekte „über das bisherige Maß hinaus“³²⁷ gefordert, um langfristige Perspektiven zu eröffnen, aber auch um ein kontinuierliches kulturelles Angebot zu gewährleisten. In diesem Zuge wird „der Aufbau eines ‚Sponsorenpools‘ nach dem Vorbild der Sportförderung“³²⁸ angeregt.

Letztlich wird eine deutlich größere Transparenz kommunaler Prozesse gefordert. Hierzu zählen regelmäßige Informationsangebote, welche die Voraussetzung für eine „effektive und kritische Teilhabe und Mitarbeit [...] insbesondere in den Beteiligungsgremien“³²⁹ darstellt.

Aus der Betrachtung der Zielbeschreibungen geht deutlich hervor, dass die städtische Perspektive auf das notwendige Vorgehen zur Bewältigung der strukturellen Herausforderungen bisher eine einseitige Perspektive darstellt. Der Blick auf die in den Arbeitsgruppen formulierten Entwicklungspotentiale zeigt, dass die Stadt sich zwar durch ihre kulturelle Vielfalt definiert, hierbei jedoch deutliche Schwerpunkte setzt und damit nicht alle Akteure gleichermaßen berücksichtigt. Dennoch ist zu erkennen, dass gerade der kultur- und kreativwirtschaftliche Bereich sich deutlich für die Stadt engagieren möchte und zur aktiven Ausgestaltung des kulturellen Profils beitragen will.

Gleichzeitig eröffnen sich in diesem Bereich noch ungenutzte Potentiale, die gerade zur Indienstnahme der Kultur als Standortfaktor einen essentiellen Beitrag leisten können. Die Zielbeschreibungen formulieren konstruktive Vorschläge, um diesen wirtschaftlichen Bereich zu fördern. Diese Vorschläge verweisen in erster Instanz auf die Herstellung entsprechender Rahmenbedingungen und zielen auf die Erschließung neuer finanzieller Fördermöglichkeiten, um die Stadt in ihrer finanziellen Situation zu entlasten. Hierin zeigt sich zum einen das Kulturverständnis des Räumeschaffens und Ermöglichens, aber auch eine differenzierte und realistische Sichtweise auf die Aufgaben und Möglichkeiten von Politik und Verwaltung.

4.3.1.2 Handlungsempfehlungen

Aus den Zielbeschreibungen gehen konkrete Handlungsempfehlungen an die Stadtpolitik und -verwaltung hervor. Diese sind im Folgenden zu erläutern.

- Einrichtung einer zentralen Informationsstelle (Infopoint)

Um das Informationsangebot, gerade auch für Migrantinnen, Migranten und Jugendliche zugänglicher zu machen, sollen alle Informationen zu kulturellen Angeboten zukünftig gebündelt, aufbereitet und an einem zentralen Infopoint, wie auch digital, zur

³²⁷ Stadt Duisburg 2016:5.

³²⁸ Ebd.

³²⁹ Ebd.

Verfügung gestellt werden. Kommuniziert werden soll hier ein breit gefächertes Angebot an „*Informationen aus der Kultur*“³³⁰ und demnach nicht nur kulturelle Angebote an sich, sondern auch „*Förder-, Qualifizierungs- und Raumangebote sowie Antragsrelevantes*“³³¹.

Generell ist die Bündelung von Angeboten und die regelmäßige Bereitstellung von Informationen sinnvoll. Vor dem Hintergrund der pluralistischen gesellschaftlichen Strukturen muss jedoch genauer herausgearbeitet werden, wie eine solche Informationsstelle zu gestalten ist. Gerade Jugendliche, Migrantinnen und Migranten sind nicht besonders gut durch eine zentral gelegene Informationsstelle zu erreichen. Hier müssen gezielte Strategien entwickelt werden, um die Zielgruppen in ihrem direkten Lebensumfeld zu informieren, vor allem in Hinblick auf die räumliche Teilung der Stadt Duisburg in Süd und Nord durch den Fluss Ruhr, wie auch in links- und rechtsrheinisch durch den Fluss Rhein. Ebenso sind die *digitalen* Informationskanäle zielgruppenspezifisch abzustimmen.

- Beteiligungsgremien und Kulturförderung

Die zentralen Voraussetzungen für die Fortführung des Prozesses der Kulturentwicklung in Duisburg sind Transparenz und Information. Diese stellen vor allem für die Mitarbeit in den im Folgenden beschriebenen Gremien eine wichtige Grundlage dar.

Wie zuletzt im Rahmen der Entwicklungsmöglichkeiten der Stadt Duisburg angesprochen,³³² stellt die Transparenz und Information eine essentielle Grundlage für das Agieren der nachfolgend benannten Gremien dar. An dieser mangelte es offenbar in der Vergangenheit durch das Fehlen bürgernaher Informationsangebote der Stadt, aber auch durch die fehlende Vielfalt an tagesaktuellen, regionalen oder überregionalen Medien, was sich negativ auf die Informationsverbreitung auswirkt.³³³ Um die Arbeit der Gremien aktiv zu fördern, ist die Stadt Duisburg gefordert zumindest das kommunale Informationsdefizit auszugleichen. Hier ist auch ein Bezug zur zuvor genannten zentralen Informationsstelle herzustellen. Die Besetzung der beschriebenen Gremien sollte „*die kulturelle Diversität der Stadt widerspiegeln*“³³⁴.

Kulturkonferenz

Die Kulturkonferenz ist neu einzurichten und soll einmal im Jahr stattfinden. Ihre Aufgabe besteht in der Förderung des Dialogs zwischen den kommunalen und freien Akteuren zu fördern. Ebenfalls sollen in diesem Rahmen Entwicklungen ausgewertet, Vorschläge aus dem Kulturrat beraten und eigene Vorschläge entwickelt und der Politik

³³⁰ Stadt Duisburg 2016:5.

³³¹ Ebd.

³³² Vgl. hierzu Kapitel 4.3.1.1.

³³³ Vgl. Prosek 2008:93ff.

³³⁴ Stadt Duisburg 2016:5.

empfohlen werden.³³⁵ An dieses Konzept können daneben Weiterbildungsmaßnahmen gekoppelt werden, sowie wie relevante Informationsangebote.

Kulturrat

Die Gründung eines *Kulturrates* ist hier im Sinne eines unabhängigen Beratungsgremiums gedacht, welches Vorschläge für kulturelle Ansätze entwickelt, die in der Kulturkonferenz zu diskutieren sind. Die Besetzung dieses Gremiums wechselt turnusmäßig, wobei die Bereiche Bildung, Bau, Soziales, Kulturschaffende und Vertreter der Verwaltung jeweils zwei Mitglieder stellen. *„Mit einer solchen Zusammensetzung kann gesichert werden, dass Stadtkultur als Gemeinschaftsaufgabe verstanden wird.“*³³⁶

Kulturbeirat

Der Kulturbeirat besteht bereits als Gremium und befasst sich mit der Vergabe von Fördermitteln an Kulturprojekte. In Zukunft sind in diesem Rahmen kreativwirtschaftliche Konzepte zu fördern. Die Besetzung dieses Fördergremiums ist durch den Rat der Stadt zu bestimmen.

Wie erfolgreich die Arbeit der Gremien verläuft, vor allem die des neu etablierten Kulturrates, bleibt unter Erfüllung der genannten Voraussetzungen abzuwarten. Hierzu äußert sich auch Christian Heiko Spließ, Mitglied der Arbeitsgruppe Kultur- und Kreativwirtschaft, auf seinem Blog skeptisch. Er kritisiert die vage Formulierung in der Beschlussvorlage und fragt sich, ob der Kulturrat *„eigentlich handlungsfähig“*³³⁷ ist, wenn er zwar selbstständig Vorschläge für die Kulturarbeit entwickeln kann, aber immer nur einmal im Jahr, nach Beschluss durch die Kulturkonferenz, Empfehlungen an Politik und Verwaltung aussprechen soll. Bei der Umsetzung dieser Handlungsempfehlung muss der Grad der tatsächlichen Einflussnahme und die Möglichkeit der kontinuierlichen Mitsprache genau geprüft werden mit dem Ziel, das Engagement der Freien Szene und interessierten Öffentlichkeit in das städtische Vorgehen zu integrieren. Es dürfen keine parallelen Scheinstrukturen aufgebaut, sondern es müssen aktive Beteiligungsstrukturen geschaffen werden.

- Konzeptförderung

Das Vorgehen der Kulturförderung soll verändert werden. Statt einer reinen Projektförderung sollen auf politischer Ebene auch Möglichkeiten zur institutionellen Förderung kreativwirtschaftlicher Konzepte geschaffen werden, um die Planbarkeit und eine Verstärkung zu gewährleisten. Hier zeigt sich abermals die bisherige Vernachlässigung kreativer Initiativen. Um nicht nur projektbezogene Interventionen, sondern eine sich fortentwickelnde kulturelle Stadt zu fördern, sind die Bestrebungen zur Verstärkung

³³⁵ Vgl. Stadt Duisburg 2016:6.

³³⁶ Ebd.

³³⁷ Spließ 2016:online.

durchaus zu begrüßen. Hier sind von der Stadt innovative Fördermodelle und erneuerte Förderkriterien zu erarbeiten. Ob diese sich letztlich am tatsächlichen Bedarf der Kulturschaffenden orientieren, bleibt abzuwarten.

- Stadtteilbeauftragte

Es sollen „als ‚Kümmerer‘ und Mittler für Bürgerinnen und Bürger, Akteure und Verwaltung“³³⁸ Stadtteilbeauftragte für Kultur und kreative Innovationen etabliert werden. Zur Erschließung neuer Zielgruppen, aber auch neuer kultureller Potentiale in den Stadtteilen und -quartieren scheint diese Handlungsempfehlung durchaus sinnvoll. Hierdurch kommt die Kulturpolitik ihrer Rolle als Vermittlerin zwischen Bürger und Ökonomie nach, indem sie Schwellen abbaut und aufkeimende Entwicklungen stärkt. Wie effektiv die Arbeit vor Ort ist, hängt jedoch stark von den Personen ab, die diese Aufgabe übernehmen sollen, ebenso wie vom Handlungsspielraum, der den Mittlern vor Ort durch die Stadt zugestanden wird.

- Qualifizierung und Weiterbildung

Auf Grund der vielfältigen kulturellen Ausprägungen und Aktivitäten in der Stadt, sind spezifische und bedarfsgerechte Qualifizierungs- und Weiterbildungsangebote für Kultur- und Kreativschaffende zu realisieren. Um neue Zielgruppe zu erreichen sind bestehende Angebote gezielter zu vermarkten. So wird der Zugang zu diesen erleichtert. Dies bedarf einer verbesserten und gezielten Ansprache.

Im Zuge der Entwicklung zu einer Wissensgesellschaft sind auch in diesem Bereich Neuerungen notwendig. Hier ist nicht allein die Kulturpolitik gefragt, sondern ebenfalls die kulturellen und wirtschaftlichen Bildungsanbieter vor Ort gefragt, so zum Beispiel die Universität. Gelingt es, ein entsprechendes Qualifizierungs- und Weiterbildungsangebot zu installieren, könnte dieses der Stadt Duisburg auf ihrem Weg zur Kulturstadt einen bedeutenden Standortvorteil gegenüber den benachbarten Städten bieten.

- Interkommunale Zusammenarbeit

Letztlich soll die „interkommunale, überregionale und internationale Kulturarbeit“³³⁹ verbessert werden. Diese Kooperationen sollen durch das Kulturmarketing kommuniziert und hierdurch als Teil des kulturellen Profils der Stadt anerkannt werden. Vor allem durch interkommunale Kooperation kann das herrschende Konkurrenzdenken zwischen den Städten gemindert werden. Aus der intensiveren kommunalen Zusammenarbeit, die in der freien kulturellen Szene bereits etabliert ist, ergeben sich neue Potentiale für das kulturelle Leben in Duisburg. Im geistigen Austausch können neue Impulse für kulturpolitische Verfahrensweisen und Ansätze entwickelt werden.

³³⁸ Stadt Duisburg 2016:6.

³³⁹ Ebd.

4.3.2 Kritische Betrachtung

Die Betrachtung des Prozesses zur Erarbeitung eines Kulturentwicklungsplanes zeigt, dass die Stadt Duisburg sich ihrer Herausforderungen und Aufgaben im Zuge des Wandels zur postmodernen Stadt durchaus bewusst ist. Mit dem Ziel, das kulturelle Profil der Stadt zu stärken und dabei den Fokus auf das breite und vielfältige kulturelle Angebot der Stadt zu richten, strebt sie deutlich die Förderung einer lebendigen Stadtkultur an.

Dennoch ist zu erkennen, dass die Stadt sich bisher noch nicht sehr intensiv mit partizipativen Prozessen befasst hat. Dies wird vor allem in der stetigen Forderung nach mehr Transparenz und Information deutlich. Die Umsetzung dieser Forderung ist elementar für die Herstellung einer städtischen Öffentlichkeit, die nicht nur die aktive und effektive Mitarbeit der Bürger an städtischen Entwicklungsprozessen ermöglicht, sondern die Grundvoraussetzung für eine lebendige Stadtkultur ist.³⁴⁰ Zudem lässt die Forderung nach mehr Möglichkeitsräumen, aber auch die Empfehlung der Etablierung einer Kulturkonferenz auf den Bedarf des kulturellen Austauschs in der Stadt schließen. Duisburg muss dringend Orte schaffen, an denen ein informeller Austausch der kulturellen Szene, „die sich mangels Örtlichkeiten momentan eher immer in Essen“³⁴¹ aufhält, stattfinden kann. Im besten Fall eignen sich diese Orte nicht nur für Kulturschaffende im engeren Sinne, sondern auch für eine breite städtische Öffentlichkeit, sodass ein interdisziplinärer Austausch gefördert werden kann.

Eine weitere Voraussetzung für das Entstehen einer lebendigen Stadtkultur, wie auch für den Prozess der kulturellen Stadtentwicklung, ist die Etablierung partizipativer Strukturen.³⁴² Aus der Mitteilungsvorlage, in welcher der Kulturausschuss den Prozessentwurf darstellt,³⁴³ geht das Bestreben hervor, alle wichtigen Parteien der Stadt aus dem Bereich der Kultur zu beteiligen. Darüber hinaus sollten die Ergebnisse der Arbeitsgruppen durch die Lenkungsgruppe, deren Mitglieder direkt oder indirekt in den Arbeitsprozess involviert waren, zusammengefasst und zur Entscheidung vorbereitet werden. Grundsätzlich sollte somit eine Partizipation im Sinne der Governance-Perspektive etabliert werden.³⁴⁴

Diese konnte in den Prozessen der Arbeitsgruppen vorbildlich realisiert werden. Durch die Moderation der Arbeit in den Gruppen wurden die Ergebnisse letztlich auf ein realistisches Niveau qualifiziert.³⁴⁵ Wie der Anlage der Beschlussvorlage zu entnehmen

³⁴⁰ Vgl. hierzu Kapitel 3.2.2.2.

³⁴¹ Spließ 2016:online.

³⁴² Vgl. hierzu Kapitel 3.2.2.3.

³⁴³ Vgl. Stadt Duisburg 2014b:online.

³⁴⁴ Vgl. hierzu Kapitel 3.2.2.3.

³⁴⁵ Vgl. Föhl 2014: 34.

ist, sind aus dem Prozess kreative, innovative und durchaus umsetzbare Strategien entstanden.

Leider wurde in der Planung des Prozesses nicht berücksichtigt, dass eine nahezu freie Aufgabenstellung auch sehr differenzierte, vielfältige und auch widersprüchliche Ergebnisse liefert. Somit entstanden fünf unterschiedliche Strategien zur Entwicklung einzelner kultureller Schwerpunkte, die es für die Beschlussvorlage zusammenzufassen galt. Bei eingehender Betrachtung fällt auf, dass einige der für die jeweiligen Themenbereiche essenziellen Empfehlungen nicht in der Beschlussvorlage erwähnt werden. Spließ kritisiert: *„Fast habe ich den Eindruck, man hat sich auf das kleinste gemeinsame Vielfache geeinigt, damit der Rat bloß alles noch absegnet.“*³⁴⁶

Der Umgang mit den Ergebnissen beziehungsweise der Abschluss des kreativen Prozesses durch die Einigung auf gemeinsame Ziele und Empfehlungen, wirkt etwas unglücklich. Auch wenn die Ergebnisse der Gruppen in die Anlage der Beschlussvorlage aufgenommen wurden, bleibt abzuwarten, wie mit diesen umgegangen wird. Sollte die Stadt sich auf die Umsetzung der in der Beschlussvorlage zusammengefassten Ziele und Empfehlungen beschränken, wäre zunächst die intensive Arbeit der Beteiligten umsonst gewesen. Dies würde einen Verlust der Glaubwürdigkeit und des Vertrauens in das kommunale Handeln nach sich ziehen.

Wie sich der Entwurf des Kulturentwicklungsplanes entwickelt, wird sich herausstellen. Und vielleicht *„ist es erstmal auch keine schlechte Taktik: Das, was in vielen Arbeitsgruppen als Forderungen doppelt und dreifach kam erstmal in die allgemeine Vorlage zu packen, die der Rat beschließen soll. Alles andere kann dann nach und nach angepackt werden.“*³⁴⁷

4.3.3 Instrumentalisierung der Kultur

Abschließend ist zu betrachten, wie Kultur, nach der Kulturentwicklungsplanung der Stadt Duisburg, als Gegenstand der Identifikation instrumentalisiert wird. Indem die Beschlussvorlage auf *„Kultur als einen dynamischen Prozess und als Praxis der Sinnstiftung und der Positionierung“*³⁴⁸ verweist, geht sie auf den identitätsbildenden Charakter der Kultur ein. Aus der Selbstbeschreibung *Duisburg - Stadt der Kulturen*,³⁴⁹ die den Arbeitsgruppen als Ausgangsmaterial zur Verfügung gestellt wurde, geht hervor, dass Kultur ebenfalls zur Identität der Stadt gehört. Hier heißt es: *„Die Kultur mit ihren*

³⁴⁶ Spließ 2016: online.

³⁴⁷ Ebd.

³⁴⁸ Stadt Duisburg 2016:3.

³⁴⁹ Stadt Duisburg 2016:online (hier: Anlage 1 des zitierten Dokuments).

*künstlerischen Positionen und gesellschaftlichen Debatten ist wesentlich für unser Selbstverständnis und für die Identität der Stadt.*³⁵⁰

Auf die Gestaltung und die Identifikation des städtischen Raumes durch Kultur gehen die Arbeitsgruppen nicht ein. Jedoch lassen sich einige Anhaltspunkte zum *Identifiziert-Werden* durch Kultur finden. Es zeigt sich, dass Duisburg bestrebt ist, das Image der Kulturstadt aktiv aufzubauen. Dies geht aus der Bestandsanalyse hervor, in der kommunale und freie Akteure der Kultur zusammengefasst sind, aber auch aus dem Prozess der Kulturentwicklungsplanung, in den diese Akteure eingebunden wurden. Die Kulturstadt definiert sich somit über eine kulturelle Vielfalt, muss diese aber auch nach außen hin darstellen.

Vor allem die Zielbeschreibungen und Handlungsempfehlungen zur Stärkung der kultur- und kreativwirtschaftlichen Akteure zeigt, dass in Duisburg noch nicht alle Bereiche der Kultur angemessen repräsentiert werden oder sich wahrgenommen fühlen. Hier besteht definitiv Handlungsbedarf. Wie sich zeigt, bietet gerade der Bereich der Kultur- und Kreativwirtschaft deutliches Potential, um ein aktives kulturelles Leben in der Stadt zu fördern. Durch die Förderung dieser Zielgruppe, aber vor allem durch die Etablierung entsprechender Rahmenbedingungen, kann die Attraktivität des Standortes verbessert werden. Das Image der Kulturstadt wird auf diese Weise nicht nur durch innovative Ideen und Projekte geprägt und der kulturelle Alltag in der Stadt um diese bereichert. Auch hebt sich hierdurch das kulturelle Profil der Stadt von anderen ab. Hierbei darf die Stadt jedoch nicht vergessen, dass sie den Eigenwert der Kultur immer als ihren Schwerpunkt betrachtet und nicht deren Instrumentalisierung zur ökonomischen Aufwertung der Stadt.³⁵¹

Erst wenn der Handlungsbedarf, der durch die Arbeitsgruppen ausgemacht wird, gedeckt ist, kann sich die Kulturstadt als *Branding* durchsetzen.³⁵² Es bleibt abzuwarten, wie die Kulturpolitik in Zukunft mit den Ergebnissen der Arbeitsgruppen umgeht. Hier von ist abhängig, ob sich die Bürger der Stadt und vor allem die Kulturschaffenden mit dem neuen Image der Kulturstadt identifizieren können oder nicht.

Abschließend ist in den Blick zu nehmen, ob eine *Identifikation mit* der Stadt durch die Bestrebungen der Kulturentwicklungsplanung zu realisieren ist. Zu einem gewissen Grad identifizieren sich die Kulturschaffenden und die interessierte Öffentlichkeit bereits mit der Stadt. Andernfalls wäre die Beteiligung am Prozess des Kulturentwicklungsplanes von rund hundert Menschen geringer ausgefallen.³⁵³ Dennoch wird die Forderung nach Möglichkeitsräumen im räumlich-baulichen, wie auch im geistigen

³⁵⁰ Vgl. Stadt Duisburg 2016:online (hier: Anlage 1 des zitierten Dokuments).

³⁵¹ Vgl. Ebd. (hier: Anlage 4 des zitierten Dokuments).

³⁵² Vgl. hierzu Kapitel 3.3.2.3.

³⁵³ Vgl. Stadt Duisburg 2016:3.

Sinn deutlich. Der Wille zur Mitgestaltung und Erneuerung des städtischen Raumen ist erkennbar, nur die Rahmenbedingungen stimmen noch nicht.

Deshalb verweist die Beschlussvorlage an mehreren Stellen darauf, dass innovative und nicht alltägliche Ideen, vor allem aber die dahinterstehenden Akteure ernst zu nehmen und zu fördern sind. Insgesamt zielen die Zielbeschreibungen auf die Etablierung einer offenen Denkweise seitens der Verwaltung. Offenbar zeigte sich in der Vergangenheit sehr oft, dass der Wille der Verwaltung innovative Ideen zu ermöglichen, nicht sehr ausgeprägt war.³⁵⁴ Die Erschaffung von Möglichkeitsräumen setzt folglich die Etablierung einer Kultur des Ermöglichen voraus. Ist dieser Paradigmenwechsel vollzogen, bieten sich durchaus viele Räume und Nischen in der Stadt, die durch fehlende Investoren seit Jahren leer stehen und durch kulturelle und kreative Initiativen genutzt und aufgewertet werden könnten.

Schlussendlich ist es begrüßenswert, dass die Stadt Duisburg die Potentiale der Kultur für die Gestaltung einer lebendigen Stadtkultur anerkennt und auch erste Ansätze etabliert, um diese aktiv zu fördern. Ebenfalls fällt positiv auf, dass die Stadt Kultur in diesem Rahmen als ihre Pflichtaufgabe definiert. Dies ist bei Weitem nicht selbstverständlich und stärkt auch bei den Kulturschaffenden den Willen etwas zu verändern. Mit dem Kulturentwicklungsplan ist erst der Anfang gemacht. Wie sich das kulturelle Profil der Stadt Duisburg tatsächlich ausprägt, bleibt abzuwarten.

³⁵⁴ Vgl. Wenzel 2015:online.

5 Schlussbetrachtung

5.1 Zusammenfassung

Ausgehend von der Fragestellung, welche Rolle der Kultur im Rahmen der Stadtentwicklung zukommt, wurden zunächst die Herausforderungen eingegrenzt, mit denen Städte im Zuge des Wandels zur postmodernen Stadt konfrontiert sind. Aus der Betrachtung ergaben sich Ansatzpunkte für die Stadtentwicklung, um die Herausforderungen zu bewältigen und damit den Wandel zur postmodernen Stadt zu realisieren.

- Kultur in der Stadtentwicklung aus Sicht der Städte

Die erste Herausforderung ergibt sich aus der Analyse der aktuellen Theorien zum Verständnis städtischer Räume. Hier zeigt sich, dass das bisherige Vorgehen zur Planung und Entwicklung des städtischen Raumes deutlich auf die Entwicklung der physischen Strukturen von Städten fokussiert ist. Um den Entwicklungsprozess zur postmodernen Stadt überhaupt gestalten zu können, muss der städtische Raum nach dem spatial turn jedoch auch auf der gesellschaftlichen Ebene gedacht werden. Die Städte sind somit gefordert, das bisher hantierte, territoriale Raumverständnis zu revidieren, um ein auf dem relationalen Raumbegriff basierendes Selbstverständnis zu entwickeln. Vor dem Hintergrund des erneuerten Selbstverständnisses nimmt das Vorgehen zur Planung und Entwicklung des städtischen Raumes auch auf die gesellschaftliche Dimension Bezug. Die Aufgabe der Gestaltung des gesellschaftlichen Raumes können Städte durch eine ganzheitliche Betrachtung und Planung des physischen Raumes erfüllen. Damit einher geht eine stärkere Berücksichtigung der gesellschaftlichen Bedürfnisse und Wünsche im Planungsprozess. Ebenfalls sind Schnittpunkte mit anderen Bereichen der städtischen Verwaltung in stetigen Kooperationen aktiv auszubauen. Hierdurch ist nicht nur eine ganzheitliche Betrachtung zu realisieren, sondern auch ein integratives Vorgehen sicher zu stellen.

Die Öffnung und Erweiterung des Vorgehens der Städte steht in Zusammenhang mit der zweiten Herausforderung, die der strukturelle Wandel mit sich bringt. Dadurch, dass die Städte sich nicht mehr nur auf die Gestaltung des physischen Raumes konzentrieren können, sind sie gefragt, die aktuelle gesellschaftliche Verfasstheit in den Blick zu nehmen. Aus der Analyse geht hervor, dass die postmoderne Gesellschaft das Bedürfnis nach Orientierung in einer pluralisierten Lebenswelt hat. Dieser Bedarf findet seinen Ausdruck in der Suche nach Identität. Um sich dieser zentralen Herausforderung zu stellen, sind Städte gefordert ein deutlicheres städtisches Profil auszubauen, aber auch vielfältige Identifikationsmöglichkeiten mit der Stadt im Rahmen einer lebendigen Stadtkultur zu schaffen.

Diese Aufgabe ist in erster Instanz der Kultur zugeordnet. Die Betrachtung der Herausforderungen zeigt jedoch auch, dass grundsätzlich eine integrative Herangehensweise gefragt ist, um die komplexe Aufgabenstellung der Herstellung einer lebendigen Stadtkultur umsetzen zu können. Somit wurde die Aufgabenstellung der Kultur im weiteren Verlauf näher abgegrenzt und konkreter ausformuliert. Hierzu wurde ein Perspektivwechsel vorgenommen, von den Anforderungen an die Entwicklung des städtischen Raumes zu den Möglichkeiten der Instrumentalisierung von Kultur zur Förderung einer lebendigen Stadtkultur und Identitätsbildung.

- Kultur in der Stadtentwicklung aus Sicht der Kulturwissenschaft

Zunächst wird deutlich, dass das kulturelle Leben in den Städten vorwiegend durch die Bestrebungen der Kulturpolitik beeinflusst wird. Diese entscheidet über die Förderung bestimmter Sparten und Initiativen, woraufhin sich ein spezifisches kulturelles Profil in den Städten ausbildet. Aus der Analyse geht hervor, dass vorwiegend kommunale Institutionen und etablierte Initiativen hierdurch Unterstützung finden.

Mit Blick auf die Funktion der Identitätsbildung, die Kultur zur Bewältigung der Herausforderungen erfüllen soll, ist in der Kulturpolitik jedoch ein Umdenken erforderlich. Um ein kulturelles Leben zu fördern, welches vielfältige Anknüpfungspunkte für eine pluralistische Gesellschaft bietet, muss sich die Kulturpolitik auch neuen Formaten und Inhalten annehmen, die einen Bezug zur gesellschaftlichen Lebenswelt nehmen. Das Selbstverständnis als Gesellschaftspolitik ist somit Voraussetzung, um eine lebendige Stadtkultur auf der kulturellen Ebene effektiv und nachhaltig gestalten zu können.

Aus der Betrachtung des Konzeptes der Stadtkultur geht hervor, dass sich vielfältige Ansatzpunkte zur Förderung der Identitätsbildung bieten. An diesen Stellen entwickeln sich ebenfalls Möglichkeiten zur Instrumentalisierung der Kultur als Identifikationsgegenstand. Grundsätzlich sollte sich Kultur in diesem Rahmen keinen fremden Zwecken andienen, sondern die Kulturpolitik ein qualitatives kulturelles Angebot fördern. Vor allem gilt es vielfältige kulturelle Ansätze und neue Angebotsformen zu etablieren, um ein Angebot zu entwickeln, welches sich stärker an der Nachfrage orientiert. Instrumentalisiert werden kann Kultur somit in sehr unterschiedlichen Ansätzen, solange sie im weitesten Sinne an die Lebenswelt der Bewohner einer Stadt anknüpft. Dies gilt auch für Ansätze, die eine aktive Auseinandersetzung mit städtischen Themen und die Gestaltung des städtischen Raumes ermöglichen. Sie fördern aktiv die Identifikation mit der Stadt und ein lebendiges kulturelles und gesellschaftliches Leben.

- Der Einsatz von Kultur in der Stadtentwicklung im Transformationsprozess zur postmodernen Stadt

Bei der Betrachtung des praktischen Beispiels aus der Stadt Duisburg zeigt sich zunächst, dass sich die lokale Politik und Verwaltung deutlich mit ihren Herausforderungen, aber auch mit der europäischen Stadtentwicklungspolitik auseinandergesetzt hat. Demnach entschied sie, im Rahmen einer nachhaltigen Stadtentwicklungspolitik, die Erstellung eines Kulturentwicklungsplanes zur strategischen Förderung des kulturellen Lebens und zur Schärfung ihres Profils als Kulturstadt anzugehen.

Aus der Analyse des Prozesses geht deutlich hervor, dass die kommunale Kulturpolitik sich aktuell zwar den städtischen Herausforderungen durch kulturelle Strategien annehmen will. Dennoch ergeben sich einige Entwicklungspotentiale, die nicht nur das kulturelle Leben in der Stadt betreffen, sondern vor allem auch mit der Einstellung und bisher verfolgten Herangehensweise der Kulturpolitik und -verwaltung zusammenhängen.

Somit beschreibt der Kulturentwicklungsplan nicht nur kulturelle Ansätze, die konkret realisiert werden sollen, es ist vor allem eine grundsätzliche Haltung, die sich in der Stadt entwickeln muss. Demnach muss die kommunale Kulturpolitik sich verstärkt der Förderung der ganzen Vielfalt des kulturellen Lebens in der Stadt Duisburg annehmen. In der Praxis der Stadtentwicklung müssen kultur- und kreativwirtschaftliche Ansätze und Initiativen in den Blick genommen werden, ebenso wie deren Potentiale zur Herausbildung eines sich abhebenden kulturellen Profils. Damit soll nicht allein die kommunal geförderte Kultur instrumentalisiert werden, sondern ebenfalls der freie und wirtschaftliche Bereich der Kultur, um letztlich den Standort für die Anwesenden, aber auch für weitere Akteure von außerhalb attraktiver zu gestalten.

Grundsätzlich zeigt sich im Vorgehen der Stadt Duisburg zur Erstellung eines Kulturentwicklungsplanes viel Potential, um die Herausforderungen des strukturellen Wandels mittels kultureller Strategien zu bewältigen. Durch die Etablierung partizipativer Strukturen ist die Stadt in der Lage, die zukünftige Stadtentwicklung gemeinsam mit den Akteuren und Bewohnern auszuhandeln und zu gestalten. Werden die im Kulturentwicklungsplan beschriebenen Entwicklungspotentiale realisiert und die kulturellen Strategien der Stadtentwicklung tatsächlich weiterentwickelt, Besteht eine realistische Möglichkeit zur Bewältigung des strukturellen Wandels und zur Herstellung einer lebendigen Stadtkultur.

5.2 Fazit

Die in der Einleitung getroffene Annahme, dass Kultur als Motor des Strukturwandels zu betrachten ist, lässt sich abschließend nicht uneingeschränkt bestätigen. Festzuhalten bleibt, dass Kultur eine wichtige Funktion im Rahmen der Stadtentwicklung erfüllen kann. Gerade durch ihren Symbolcharakter und das Hervorbringen sozialer Interaktionen kann Kultur eine Orientierung im städtischen und gesellschaftlichen Leben bieten, aber auch aktiv die Identifikation mit dem städtischen Raum fördern.

Damit sie diese Funktion erfüllen kann, muss sich zunächst eine Kulturpolitik entwickeln, die an die Potentiale ihrer Disziplin glaubt und diese unvoreingenommen fördert. Nicht nur der Erhalt von Bestehendem ist zu unterstützen, sondern vor allem kulturelle Innovationen, die die gesellschaftliche Entwicklung voranbringen, gleichzeitig aber auch Zeichen eines aktiven kulturellen Lebens in den Städten sind. Da die Kulturpolitik hierdurch ihren Standpunkt stärkt, kann sie sich letztlich im politischen Gefüge wieder besser behaupten.

Aber nicht nur die Kulturpolitik muss ihren Blick auf die Herausforderungen verändern. Auch ganz allgemein muss die kommunale Politik und Verwaltung ihre starren Hierarchien und unflexiblen Strukturen erneuern. Dies wirkt sich besonders an den Schnittflächen zur Kulturpolitik aus, die ohne eine generelle *Kultur des Ermöglichens* nur eingeschränkt agieren kann. Ein konsequentes integratives Vorgehen ist gefordert, um die Qualitäten der europäischen Städte neu zu beleben und deren Merkmale vor dem Hintergrund einer postmodernen Gesellschaft im einundzwanzigsten Jahrhundert neu zu definieren. Nur auf diesem Wege wird es möglich sein eine nachhaltige Entwicklung der Städte zu gewährleisten.

Konkret werden die Städte in Zukunft gefordert sein, sich stärker mit partizipativen und integrierten Ansätzen der Stadtentwicklung auseinanderzusetzen. Diese Auseinandersetzung muss vor Ort in den Städten und im praktischen Vorgehen erfolgen. Letztlich muss jede Stadt unter Berücksichtigung der lokalen Eigenheiten ihren eigenen Weg finden, um die Entwicklung zur postmodernen Stadt zu vollziehen.

Kultur kann in diesem Rahmen durchaus als Standortfaktor eingesetzt werden. Wie am Beispiel der Stadt Duisburg dargestellt, kann diese sogar als kulturelles Profil der Stadt aufgebaut werden. Hierdurch können touristische Effekte hervorgerufen werden, aber auch weitere Akteure angezogen. Hierbei darf jedoch nicht der Eigenwert von Kunst und Kultur für die Stadt aus dem Fokus geraten. Es braucht durchaus Leuchtturmprojekte, aber in erster Linie kulturelle Angebote und Möglichkeitsräume für die Bewohner der Städte.

Letztlich können wissenschaftliche Erkenntnisse zur Erneuerung der Städte einen fundamentalen Beitrag leisten. Zunächst müssen jedoch auch wissenschaftliche Ansätze eine integrative Sichtweise auf die Herausforderungen des städtischen Wandels entwickeln. Vor allem der Bereich der Stadt- und Raumplanung ist hier gefragt, seinen Fokus auf das gesellschaftliche Leben in den Städten zu erweitern, um die angehenden Stadtplaner und Raumentwickler angemessen auf ihre zukünftige Aufgabe vorzubereiten.

Auch die Kulturwissenschaften müssen sich stärker mit den aktuellen gesellschaftlichen Entwicklungen auseinandersetzen. Hier sind die Funktionen der Kultur im Kontext der Stadtentwicklung näher zu betrachten, mit denen sich europaweit bisher erst weniger als zehn vergleichende Studien auseinandersetzen.³⁵⁵

Zudem muss der Bereich der Kultur- und Kreativwirtschaft eingehender untersucht werden. Dieser wird in der kulturwissenschaftlichen Betrachtung oftmals vernachlässigt, da er immer auch einen Bereich der Wirtschaft repräsentiert. Nur durch eine intensive Auseinandersetzung sind diese Vorbehalte abzubauen. Sind diese abgelegt, können letztlich neue Potentiale erkannt und hierdurch die Entwicklungschancen der Städte nachhaltig verbessert werden. Dies sollte dazu führen, dass letztlich auch dieser neu entstandene, innovative Bereich des kulturellen Lebens im kulturellen Profil der Städte gleichberechtigt berücksichtigt wird.

Abschließend bleibt festzuhalten, dass der Strukturwandel tiefgreifende Auswirkungen auf gesellschaftliche, wirtschaftliche und staatliche Zusammenhänge hat. Vor allem in Regionen, wie dem Ruhrgebiet, welches zuvor monostrukturell durch die Industrie geprägt war, ergeben sich hieraus komplexe Herausforderungen. Mittels Kultur können diese im gesellschaftlichen Bereich durchaus bewältigt werden. Ein umfassend wirksames und übertragbares Vorgehen ergibt sich aus der Analyse jedoch nicht. Dennoch bietet der Wandel zur postmodernen Stadt vielfältige Möglichkeiten, um Kultur im gesellschaftlichen Leben wieder eine stärkere Bedeutung zu geben. Hier zeigen sich also nicht nur Herausforderungen, sondern gleichzeitig Potentiale, um eine positive und nachhaltige Entwicklung der Städte zu initiieren. In Bezug auf Städte, wie Duisburg bleibt zu wünschen, dass diese genutzt werden und der Wandel zur postmodernen Stadt somit gelingt.

³⁵⁵ Vgl. Kirchberg 2016:14.

6 Literaturverzeichnis

- Barz, Andreas (2011) Zu den Begriffen Moderne und Postmoderne oder die Architektur als Zeitmaschine. Ein Versuch der Begriffsnäherung aus kunstwissenschaftlicher Perspektive kunsttexte e.V. (Hrsg.). *kunsttexte.de - E-Journal für Kunst- und Bildgeschichte* (3). <http://edoc.hu-berlin.de/kunsttexte/2011-3/barz-andreas-2/PDF/barz.pdf> [04.04.2017]
- Baum, Martina (2008) Urbane Orte. Ein Urbanitätskonzept und seine Anwendung zur Untersuchung transformierter Industriereale. Karlsruhe: Universitätsverlag Karlsruhe.
- Bautz, Georg u. a. (2016) Identität und Raum - Beiträge des öffentlichen Freiraums zu Prozessen der Identitätsbildung auf Grätzelebene. Wien: Stadtentwicklung Wien. (Werkstattbericht) <https://www.wien.gv.at/stadtentwicklung/studien/pdf/b008481.pdf> [10.05.2017]
- Beyme, Klaus von (1998) Stadtgestaltung als Kulturpolitik. In: Kulturpolitik und Nationale Identität. Studien zur Kulturpolitik zwischen staatlicher Steuerung und gesellschaftlicher Autonomie. S. 145–162. Opladen / Wiesbaden: Westdeutscher Verlag.
- Dingeldey, Irene (2006) Aktivierender Wohlfahrtsstaat und sozialpolitische Steuerung Bundeszentrale für politische Bildung (Hrsg.). *Aus Politik und Zeitgeschichte* (8–9):3–9.
- Döring, Jörg und Tristan Thielmann (2008) Was lesen wir im Raume? Der Spatial Turn und das geheime Wissen der Geographen. In: Spatial Turn. Das Raumparadigma in den Kultur- und Sozialwissenschaften. S. 7–48. Bielefeld: transcript.
- Dunckelmann, Henning (1975) Lokale Öffentlichkeit. Eine gemeindesoziologische Untersuchung. Stuttgart: W. Kohlhammer. (Schriften des Deutschen Instituts für Urbanistik, 51)
- Föhl, Patrick S. (2014) Kulturentwicklungsplanung. Instrument zeitgemäßer Kulturpolitik oder überladener Hoffnungsträger? *Kulturpolitische Mitteilungen* 144(1):32–35.
- Foucault, Michel (2006) Von anderen Räumen. In: Jörg Dünne und Stephan Günzel (Hrsg.), Raumtheorie. Grundagentexte aus Philosophie und Kulturwissenschaften. S. 317–329. Frankfurt am Main: Suhrkamp.
- Frey, Oliver und Florian Koch (Hrsg.) (2011a) Positionen zur Urbanistik I: Stadtkultur und neue Methoden der Stadtforschung. Berlin/ Münster/ Wien/ Zürich/ London: LIT Verlag. (Stadt- und Raumplanung/Urban and Spatial Planning, 9)
- Frey, Oliver und Florian Koch (Hrsg.) (2011b) Positionen zur Urbanistik II: Gesellschaft, Governance, Gestaltung. Berlin/ Münster/ Wien/ Zürich/ London: LIT Verlag. (Stadt- und Raumplanung/Urban and Spatial Planning, 7)
- Fuchs, Max (2007) Aktuelle Probleme und Herausforderungen. In: Kulturpolitik. S. 85–125. Wiesbaden: VS Verlag.

- Fuchs, Max (2012) Kulturbegriffe, Kultur der Moderne, kultureller Wandel. <https://www.kubi-online.de/artikel/kulturbegriffe-kultur-moderne-kultureller-wandel> [21.02.2017]
- García Leguizamón, Fernando Mauricio (2009) Vom klassischen zum virtuellen öffentlichen Raum. Das Konzept der Öffentlichkeit und ihr Wandel im Zeitalter des Internets. Elektronisches Dokument, Berlin: Freie Universität Berlin. http://www.diss.fu-berlin.de/diss/servlets/MCRFileNodeServlet/FUDISS_derivate_000000006955/ [30.03.2017]
- Geertz, Clifford (2000) [1966] Kulturbegriff und Menschenbild. In: Franz-Peter Burkard (Hrsg.), Kulturphilosophie. S. 205–231. Freiburg/München: Alber.
- Göschel, Albrecht (2001) [1979] Stadtkultur zwischen Universalismus und Identität. *Kulturpolitische Mitteilungen* 92(1):34–39.
- Göschel, Albrecht (2007) Zukunft von Stadt und Region. Band V: Strategien und Verfahren für Forschung und Politik. Deutsches Institut für Urbanistik (Hrsg.). Wiesbaden: VS Verlag.
- Habermas, Jürgen (1990) [1962] Strukturwandel der Öffentlichkeit. Untersuchungen zu einer Kategorie der bürgerlichen Gesellschaft. Frankfurt am Main: Suhrkamp.
- Haselbach, Dieter u. a. (2012) Der Kulturinfarkt. Von allem zuviel und überall das Gleiche. München: Albrecht Knaus Verlag.
- Hoffmann, Hilmar und Dieter Kramer (2013) Kultur für alle. Kulturpolitik im sozialen und demokratischen Rechtsstaat. Elektronisches Dokument. <https://www.kubi-online.de/artikel/kultur-alle-kulturpolitik-sozialen-demokratischen-rechtsstaat> [27.02.2017]
- Holtmann, Jan und Armin Chodzinski (2008) Die Frage des Anfangens ist eine Frage nach der Form der Organisation. In: IBA-Labor. Kunst und Stadtentwicklung. S. 9–26. Hamburg: IBA Hamburg GmbH.
- IW Consult (o. J.) Regionalranking 2016. <http://www.iwconsult.de/regional/> [13.03.2017]
- Kajetzke, Laura und Anina Engelhardt (2013) Leben wir in einer Wissensgesellschaft? *Aus Politik und Zeitgeschichte* (18–20):28–35.
- Kiepe, Folkert (2007) Die europäische Stadt - Auslaufmodell oder Kulturgut und Kernelement der Europäischen Union? Einführung und Thesen. Köln. http://www.deutscherstaedtetag.de/imperia/md/content/dst/thesenpapier_europaeische_stadt_2007.pdf [13.03.2017]
- Kirchberg, Volker (2016) Künste, Kultur und Künstler im Verständnis der Stadtentwicklung Bundeszentrale für politische Bildung (Hrsg.). *Aus Politik und Zeitgeschichte* (20–22):14–22.
- Klinke, Harald (2000) Kulturbegriff heute. Clifford Geertz: Dichte Beschreibung. Beiträge zum Verstehen kultureller Systeme. <http://www.haraldklinke.de/archiv/texte/sa/GEERTZ.htm> [21.02.2017]
- Kunzmann (2004) Culture, creativity and spatial planning. *Town Planning Review* 75(4):383–404.

- Landry, Charles (2008) *The Creative City: A Toolkit for Urban Innovators*. Comedia.
- Liebsch, Katharina (2010) Identität und Habitus. In: Hermann Korte und Bernhard Schäfers (Hrsg.), *Einführung in Hauptbegriffe der Soziologie*. S. 69–86. Wiesbaden: VS Verlag.
- Lipp, Wolfgang (1979) Gesellschaft als Kultur. In: Rainer Mackensen und Felizitas Saagebiel (Hrsg.), *Soziologische Analyse. Referate aus den Veranstaltungen der Sektionen der Deutschen Gesellschaft für Soziologie und der ad-hoc-Gruppen beim 19. Deutschen Soziologentag (Berlin, 17.-20. April 1979)*. S. 905–912. Berlin. <http://nbn-resolving.de/urn:nbn:de:0168-ssoar-135600> [13.02.2017]
- Lischka, Konrad (2010) Kult ums Ruhrgebiet. Fünf Mythen aus dem Malocherparadies. *Spiegel Online*, 5. April <http://www.spiegel.de/reise/deutschland/kult-ums-ruhrgebiet-fuenf-mythen-aus-dem-malocherparadies-a-688538-2.html> [13.05.2016]
- Lischka, Konrad und Frank Patalong (2011) *Das Schönste am Wein ist das Pilsken danach. Die wunderbare Welt des Ruhrpotts*. Köln: Bastei Lübbe.
- Lorz, Arne (2011) Herausforderungen der Siedlungsentwicklung im Ruhrgebiet aus der Sicht der Stadt Duisburg am Rhein. Informationsportal. http://www.metropoleruhr.de/fileadmin/user_upload/metropoleruhr.de/01_PDFs/Regionalverband/Regionaler_Diskurs/RF_Herausforderungen/Lorz_statement.pdf [24.05.2017]
- Löser, Freimut (2011) Postmodernes Mittelalter? (Un)arten des Erzählens und ihre Theorie(n). In: Günter Butzer und Hubert Zapf (Hrsg.), *Theorien der Literatur. Grundlagen und Perspektiven*. S. 253–286, vol. 5. Tübingen: A. Francke.
- Lossau, Julia (2012) Spatial Turn. In: Frank Eckardt (Hrsg.), *Handbuch Stadtsoziologie*. S. 185–198. Wiesbaden: Springer.
- Löw, Martina (2001) *Raumsoziologie*. Frankfurt am Main: Suhrkamp.
- Löw, Martina (2015) Space Oddity. Raumtheorie nach dem Spatial Turn. *sozialraum.de*, <http://www.sozialraum.de/space-oddity-raumtheorie-nach-dem-spatial-turn.php> [04.03.2016]
- Lyotard, Jean-François (1999) [1986] *Das Postmoderne Wissen. Ein Bericht*. Peter Engelmann (Hrsg.). Wien: Passagen.
- Lyotard, Jean-François (1987) *Randbemerkungen zu den Erzählungen*. In: Peter Engelmann (Hrsg.), *Postmoderne für Kinder*. S. 49–53. Wien: Passagen.
- Mandel, Birgit (2007) *Die neuen Kulturunternehmer. Ihre Motive, Visionen und Erfolgsstrategien*. Bielefeld: transcript Verlag.
- Müller, Anna-Lisa (2014) *Die Stadt im Blick der Soziologie*. <http://soziologieblog.hypotheses.org/1343> [05.10.2016]
- Newig, Jens (2011) Partizipation und neue Formen der Governance. In: Matthias Groß (Hrsg.), *Handbuch Umweltsoziologie*. S. 485–502. Wiesbaden: VS Verlag. <http://nbn-resolving.de/urn:nbn:de:0168-ssoar-405663> [15.03.2017]

- Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz, Bau und Reaktorsicherheit (2007) Leipzig Charta zur nachhaltigen europäischen Stadt. Angenommen anlässlich des Informellen Ministertreffens zur Stadtentwicklung und zum territorialen Zusammenhalt in Leipzig am 24./25. Mai 2007. Berlin. http://www.bbr.bund.de/BBSR/DE/Veroeffentlichungen/IzR/2010/4/Inhalt/DL_LeipzigCharta.pdf%3F__blob%3DpublicationFile%26v%3D2 [11.12.2016]
- Petzold, Knut (2009) Multilokale Identifikation. Ein theoretisches Modell zur Entstehung kognitiv-emotionaler Bindungen an mehrere Orte. In: Wolfgang Andexlinger, Stefan Obkirchner, und Karin Saurwein (Hrsg.), *Dokonara 2008. 2. Internationales DoktorandInnenkolleg Nachhaltige Raumentwicklung*. S. 157–172. Innsbruck: Innsbruck University Press. <https://www.uibk.ac.at/dokonara/2008/downloads/petzold.pdf> [11.05.2017]
- Projektbericht „Die postindustrielle Stadt ...“ (2006) Uwe-Jens Walther. Berlin/Stuttgart: Technische Universität Berlin. <http://home.arcor.de/postindustrielle.stadt/Pdf/Endbericht.pdf> [16.05.2016]
- Prosek, Achim (2008) Sie nennen es Metropole. Die Kulturregion Ruhrgebiet zwischen Anspruch und Wirklichkeit. In: Johannes Springer, Christian Steinbrink, und Christian Werthschulte (Hrsg.), *Echt! Pop-Protokolle aus dem Ruhrgebiet*. Duisburg: Salon Alter Hammer.
- Regionalverband Ruhr (2015) Sozialversicherungspflichtige Beschäftigte 2015. Elektronisches Dokument. <http://www.metropoleruhr.de/regionalverband-ruhr/statistik-analysen/statistik-trends/erwerbstaetigkeit/svb/nach-branchen.html> [02.02.2017]
- Reicher, Christa (2014) Zum Verständnis der Grundbegriffe. In: *Städtebauliches Entwerfen*. Wiesbaden: Springer Vieweg.
- Schäfers, Bernhard (2008) Soziales Handeln und seine Grundlagen: Normen, Werte, Sinn. In: *Einführung in Hauptbegriffe der Soziologie*. Wiesbaden: VS Verlag.
- Schäfers, Bernhard (2006) *Stadtsoziologie. Stadtentwicklung und Theorien - Grundlagen und Praxisfelder*. Wiesbaden: VS Verlag.
- Scheytt, Oliver (2006) Blick zurück nach vorn - Von der neuen zur aktivierenden Kulturpolitik. *Kulturpolitische Mitteilungen* 113(2):29–37.
- Schröteler-von Brandt, Hildegard (2014) Städtebau und Wohnungsbau von 1960 - 1980. In: *Stadtbau- und Stadtplanungsgeschichte. Eine Einführung*. S. 238–261, *Basiswissen Architektur*. Wiesbaden: Springer Vieweg.
- Siebel, Walter (2015) *Die Kultur der Stadt*. Berlin: Suhrkamp.
- Siebel, Walter (1994) Was macht eine Stadt urban? Zur Stadtkultur und Stadtentwicklung. Friedrich W. Busch und Hermann Havekost (Hrsg.). Oldenburg: BIS. (Oldenburger Universitätsreden, 61) <http://oops.uni-oldenburg.de/1232/1/ur61.pdf> [26.04.2017]
- Sievers, Norbert (2010) Mehr Kulturpolitik als Gesellschaftspolitik wagen. *Kulturpolitische Mitteilungen* 129(2):24.

- Spließ, Christian Heiko (2016) Der Kulturentwicklungsplan: Was der Rat der Stadt beschließen soll. <https://www.xtraneews.de/2016/11/24/der-kulturentwicklungsplan-was-der-rat-der-stadt-beschliessen-soll-id01188281.html> [26.05.2017]
- Stadt Duisburg (2016) Beschlussvorlage zur Erstellung eines Kulturentwicklungsplanes für Duisburg. Duisburg. https://sessionnet.krz.de/duisburg/bi/vo0050.asp?__kvonr=20069777 [25.05.2017]
- Stadt Duisburg (2017a) Das Projekt Duisburg2027. <https://www.duisburg.de/micro2/du2027/rubrik3/index.php> [24.05.2017]
- Stadt Duisburg (2017b) Die teilräumlichen Strategiekonzepte. <https://www.duisburg.de/micro2/du2027/rubrik1/bereich2/102010100000490944.php> [24.05.2017]
- Stadt Duisburg (2014a) Gemeinsamer Antrag der SPD-Fraktion, der Fraktion Bündnis90/Die Grünen und der Fraktion DIE LINKE zur Erstellung eines Kulturentwicklungsplanes für Duisburg. Duisburg. http://kep.duisburg.de/wp-content/uploads/2015/09/14-0372_Antrag.pdf [25.05.2017]
- Stadt Duisburg (2014b) Mitteilungsvorlage zur Erstellung eines Kulturentwicklungsplanes für Duisburg (Sachstand zu DS 14-0372). Duisburg. http://kep.duisburg.de/wp-content/uploads/2015/09/14-0372_1_Mitteilungsvorlage.pdf [25.05.2017]
- Stehr, Nico und Marian Adolf (2009) Die neue Macht der Kreativität. Wissensklassen in modernen Gesellschaften. In: Nico Stehr, Eckhard Schröter, und Stephan A. Jansen (Hrsg.), *Rationalität der Kreativität?* Wiesbaden: Springer.
- Streich, Bernd (2005) Begriffe und Systematik der Stadtplanung. In: *Stadtplanung in der Wissensgesellschaft. Ein Handbuch.* S. 15–46. Wiesbaden: VS Verlag.
- Thoben, Christa (o. J.) Grußwort. In: *Wandel durch Kultur(wirtschaft) im Ruhrgebiet. Kultur(wirtschaft) durch Wandel.* S. 7. Düsseldorf: Ministerium für Wirtschaft, Mittelstand und Energie des Landes Nordrhein-Westfalen. https://www.creative.nrw.de/fileadmin/files/downloads/Publikationen/Wandel_durch_Kulturwirtschaft.pdf [23.03.2017]
- Vogelpohl, Anne (2012) Die „unternehmerische Stadt“ und das „Recht auf Stadt“. *DISS-Journal* (24):6–7.
- Volkmann, Anne (2012) Raumkonzepte in der sozialen Stadtpolitik. In: *Quartiereffekte in der Stadtforschung und in der sozialen Stadtpolitik. Die Rolle des Raumes bei der Reproduktion sozialer Ungleichheit.* S. 37–44, *Graue Reihe des Instituts für Stadt- und Regionalplanung.* Berlin: Universitätsverlag der Technischen Universität Berlin.
- Welsch, Wolfgang (1997) [1986] *Unsere postmoderne Moderne.* Berlin: Akademie Verlag.
- Welsch, Wolfgang (2009) Was war die Postmoderne - und was könnte aus ihr werden? In: Ingeborg Flagge und Romana Schneider (Hrsg.), *Die Revision der Postmoderne.* S. 33–39. Hamburg: Junius.
- Wenzel, Maren (2015) Das ist unser Loch! <http://akduell.de/2015/08/das-ist-unser-loch/> [27.05.2017]

Wüst, Thomas (2004) Stadtkultur und aktuelle Stadtentwicklung. In: Urbanität. Ein Mythos und sein Potential. S. 87–104. Wiesbaden: VS Verlag.

Zukin, Sharon (2010) Stadtkultur auf der Suche nach Authentizität. In: Christine Hanemann u. a. (Hrsg.), Jahrbuch StadtRegion 2009/2010. Schwerpunkt: Stadtkultur und Kreativität. S. 45–63. Opladen / Farmington Hills: Barbara Budrich.

Eidesstattliche Erklärung

Ich versichere an Eides statt, dass ich diese Masterarbeit selbstständig und nur unter Verwendung der angegebenen Quellen und Hilfsmittel angefertigt und die den benutzten Quellen wörtlich oder inhaltlich entnommenen Stellen als solche kenntlich gemacht habe. Die Arbeit hat in gleicher oder ähnlicher Form noch keiner anderen Prüfungsbehörde vorgelegen.

.....

Ort, Datum

.....

Unterschrift